Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (19.10.2006)

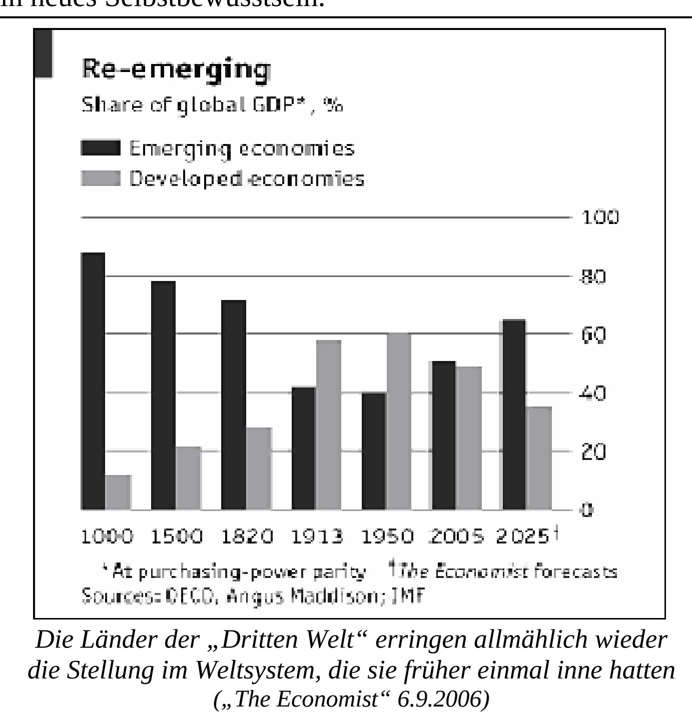
Sand im Getriebe 54

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version unter www.attac.de/rundbriefe HTML-Version unter www.sandimgetriebe.attac.at/. MAIL an die Redaktion: sig@attac.de

Die Globalisierer bekommen kalte Füße

Die Welthandelsrunde (WTO) schafft es nicht, sich auf eine neue Liberalisierungsrunde zu einigen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) verliert an Bedeutung, weil die großen Schuldner (Brasilien, Argentinien, Indonesien) ihre Schulden vorzeitig zurückgezahlt haben. Asiatische Länder haben sich einen Schatz von Devisen aufgebaut, damit sie sich nie wieder dem Diktat des IWF und der Devisenspekulanten unterwerfen müssen. Die Länder des Südens vernetzen sich und entwickeln ein neues Selbstbewusstsein.



Die Länder der „Dritten Welt" erringen allmählich wieder die Stellung im Weltsystem, die sie früher einmal inne hatten („The Economist" 6.9.2006)

Giovanni Arrighi, einer der Theoretiker der Bewegung der Weltsozialforen, analysiert diese neue Rolle der Peripherie, der bisher abhängig gehaltenen Länder des globalen Südens: „*Das Auftauchen von China als einem neuen Zentrum der weltweiten Produktion und Akkumulation verändert die globalen Beziehungen zwischen Norden und Süden. China ist immer noch ein armes Land, ist immer noch in vielen Aspekten ein Land des Südens. Es strahlt auf andere Länder des Südens aus. Lateinamerika erhebt sich jetzt gegen die US-Hegemonie, auch unter anderem, weil in China eine Alternative gesehen wird. Venezuela, Brasilien und andere Länder finden in China ihren neuen, höchst dynamischen Markt. Im Unterschied zu Bandung, das ja im Wesentlichen ideologischen und politischen Einfluss ausübte, aber ansonsten höchst abhängig vom Markt des Westens und Nordens war, gibt es heute eine Alternative. Indien, Südafrika, und Brasilien haben auch die gesamte Hochtechnologie, die sie brauchen. China finanziert die USA, sie haben dort das Kapital, und all die Arbeitskräfte und auch die natürlichen*

Ressourcen, die sie brauchen, also ***eine neue Situation in der Welt ist entstanden.*** *Abkoppelung ist nicht mehr die einzige Frage, denn sie koppeln sich ab, aber sie verbinden sich auch unter einander und stärken sich gegenseitig in Bezug auf den Norden, und dadurch veranlassen sie den Markt, in ihrem Interesse zu arbeiten….Ich sage nicht, dass das Sozialismus ist, ich stelle nur fest, dass dort heftige Kämpfe stattfinden und dass es nicht entschieden ist. Die Sache in China ist nicht entschieden, denn die Kapitalisten kontrollieren dort nicht den Staat."*

Auf diese neue Situation in der Welt gibt es heftigen Reaktionen – auch in Form einer neuen Globalisierungsdebatte. Während bisher die Presse fast einmütig das Hohelied des Freihandels sang, ruft der Spiegel (37/2006) in einem überaus reißerischen Artikel mit militaristischen Vokabular: Schluss damit! Wir befinden uns im Krieg, in einem Weltkrieg um Wohlstand. Angreiferstaaten aus dem Süden versuchen „uns" unsere Privilegien zu rauben. „*Die Zeit westlicher Dominanz geht damit zu Ende*" und, schlimmer noch „*Der Glaube an die westliche Überlegenheit ging vielen schon verloren*." Ein neuer Feind wird entdeckt: „*In Peking und anderswo setzt man auf die ‚schöpferische Zerstörung' – auch die des Westens*". Statt Freihandel wird jetzt Protektionismus gegen die „*Angreiferstaaten*" gefordert, ja eine ökonomische NATO muss her: „*Was die NATO im Zeitalter militärischer Bedrohung für den Westen bedeutete, könnte im Angesicht der ökonomischen Herausforderung eine transatlantische Freihandelszone leisten…Die im kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden…Die Freihandelszone wäre nach außen eine Festung*." Mit dieser Idee hat sich Frau Merkel denn auch gleich angefreundet. Das sind **neue Töne im Globalisierungsdiskurs**. Kaum führt die der Welt aufgezwungenen Freihandelsdoktrin des Westens zu einigen Teilerfolgen nachholender Entwicklung in einigen Ländern der Peripherie, wird die Leiter weggestoßen. Schamlos und offen wird ein Aufklärungsimperialismus des Westens ausgerufen. Dieses neue „*Jahrhundertprojekt*" solle dafür sorgen, dass die „*Herkunftsländer der Aufklärung…die Führung der Welt...nicht kampflos anderen überlassen."*

Auch auf ideologischer Ebene reagiert „der Westen". Die Vorlesung des bayrischen Papstes zum Verhältnis von **Christentum und Islam** passt - meint Uri Avnery, der jüdische Atheist - "*gut zu Bush's Kreuzzug gegen den ‚Islamo-Faschismus' - im Kontext des ‚Kampfes der Kulturen'*". Er sieht in der Islamophobie ein Mittel, politische und ökonomische Interessen mit einem ideologischen Mantel zu verkleiden. Denn " *für Bush's andere Helfershelfer ist dies ein zynischer Versuch, die Herrschaft über die Öl-Ressourcen der Welt zu rechtfertigen. Es wäre nicht das erste Mal im Laufe der Geschichte, dass ein religiöses Mäntelchen über nackte wirtschaftliche Interessen gebreitet wird; es wäre nicht das erste Mal, dass ein* ***Raubzug*** *zum „**Kreuzzug**" wird."*

Nach innen müsse laut SPIEGEL der westliche Firmenchef „*auch seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurück überweisen*." Auf den Herbstdemonstrationen der nächsten Wochen werden die sozialen Bewegungen versuchen, auf diese neuen Zumutungen eine Antwort zu finden. Die Parole lautet "***Das geht nur ganz anders*!"** Gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse und das Rattenrennen nach unten werden u. a. gefordert "*armutsfeste Einkommen für alle, ob mit oder ohne Erwerbsarbeit und eine solidarische Bürgerversicherung, mit umfassender Gesundheitsversorgung für alle*." Konkret bedeutet das: ***„10€ Mindestlohn, 30 Stundenwoche, 500€ Arbeitslosengeld II."***
In der Schweiz hat sich eine viel versprechende Bewegung gebildet gegen den *"ultraliberalen Wahnsinn..., der aus jeder menschlichen Aktivität eine vermarktbare Ware machen und die unterschiedlichsten sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zueinander in Konkurrenz setzen will"*; knapp 100 Schweizer Gemeinden haben sich zur ***GATS-freien Zone*** erklärt und „*lebenswichtige Dienste wie die Müllverwertung, die Wasserversorgung, den Verkehr u.v.m.*" werden wieder unter kommunale Zuständigkeit gestellt.
In Deutschland gewinnt der Kampf gegen den Börsengamg der **Bahn** neuen Schwung, sodass die ersten Brüche im neoliberalen Mainstream sichtbar werden. **Winfried Wolf** führt 12 kurze Argumente gegen die Behauptung auf, dass in diesem Fall *"Wettbewerb Fortschritt"* bringt. Der **wissenschaftliche Beirat** von Attac-D zeigt Alternativen auf und warnt in einer ausführlichen Stellungsnahme : "*In Zeiten, in denen der Ölpreis immer wieder neue Rekordhöhen erreicht, in Zeiten, in denen Kriege um Öl geführt werden, in Zeiten, in denen die Klimaerwärmung unübersehbar und die Gefährdung elementarer Bedingungen für menschliches Leben auf unserem Planeten Erde offensichtlich ist, verbietet sich in der Privatisierungspolitik jedes "Weiter so!"*

Hugo Chavez hat in seiner inzwischen berühmten „Schwefel-Rede" vor der UNO-Vollversammlung *("Gestern kam der Teufel hierher, um als Herr der Welt zu sprechen … es riecht immer noch nach Schwefel"*) die Lektüre von Noam Chomsky empfohlen und festgestellt, dass die militärische und ökologische Bedrohung durch den US-Imperialismus "*wie ein Damoklesschwert über uns schwebt*", dass es aber andererseits "*auch Grund zum Optimismus gibt:* ***Es liegt Morgendämmerung über dem Planeten****, und man sieht sie überall, in Lateinamerika, in Asien, in Afrika, in Europa, in Ozeanien.*" Denn die Kräfteverhältnisse in der Welt haben sich verschoben. "*Was passiert ist, ist, dass die Welt erwacht und überall wir, die Völker, uns erheben....Ich habe den Eindruck, Herr imperialistischer Diktator, dass Sie den Rest ihrer Tage mit einem Alptraum leben müssen, denn wo auch immer Sie hinschauen, werden wir erscheinen, wir, die sich gegen den nordamerikanischen Imperialismus erheben, die die völlige Freiheit der Welt fordern, die Gleichheit der Völker, den Respekt für die Souveränität der Nationen*."

P.S., 19.10.06

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Interview mit Giovanni Arrighi

Die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt?

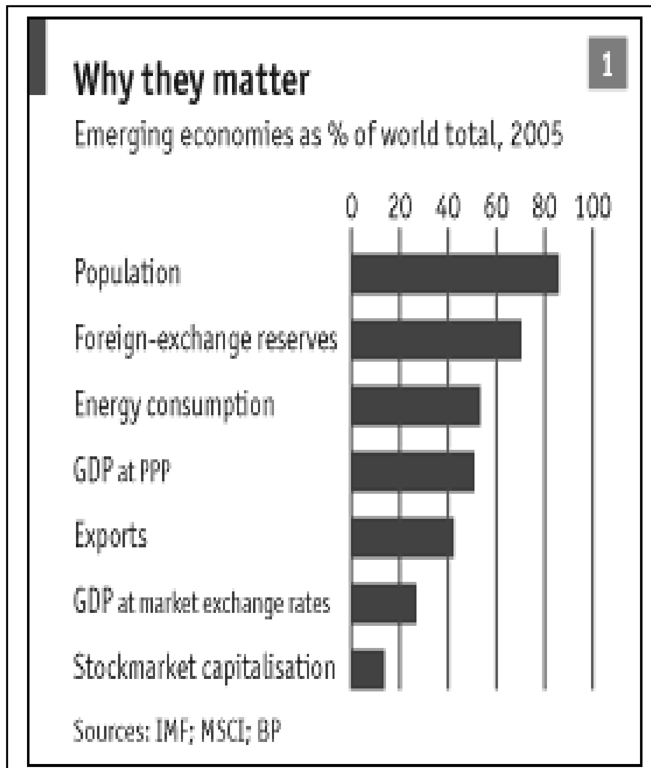
Der lange Zeithorizont und die Perspektiven der Globalisierung

In einem Interview analysiert Giovanni Arrighi, ein Veteran der Weltsystemtheorie, die tektonischen Verschiebungen in der Weltgesellschaft und die Konsequenzen für die emanzipatorischen Bewegungen weltweit. Die Krise der imperialen Supermacht, die neuen Süd-Süd-Vernetzungen und das Auftauchen neuer ökonomischer Pole können weltweit zu erweitertem Spielraum für reformerische und sozialrevolutionäre Kräfte führen und das Wachstum einer neuen Internationale der sozialen Bewegungen befördern.

Das Interview wurde auf dem Berliner Kongress „Kapitalismus reloaded" von Peter Strotmann aufgenommen

PS
Giovanni Arrighi, man sagt häufig mit einem Schuß Ironie, Sie seien ein Mitglied der „Viererbande". Können Sie erklären, was damit gemeint ist, was Ihre gemeinsame Plattform war oder ist oder sein könnte?

GA
Ja, zur „Viererbande" gehörte *Samir Amin* und *Andre Gunder Frank*, die ich beide 1969 in Paris getroffen habe, und *Immanuel Wallerstein*, den ich 1968 in Dar Es Salam getroffen habe. Und dann habe ich im Verlauf der Jahre eine Anzahl von Artikeln veröffentlicht über die Krise, die kommende Krise, die später in *„New Left Review"* veröffentlicht wurden und einige Jahre später übersetzt wurden. Gunter Frank fragte mich, ob wir ein gemeinsames Buch über die Krise machen sollten. Ich sagte ja, lasst uns das zusammen mit Samir Amin und Immanuel Wallerstein machen, und so wurde die „Viererbande" geboren mit dem Buch unter dem Titel *„The Dynamics of Global Crisis*".
Wir haben uns regelmäßig getroffen, um die verschiedenen Ansichten zur Krise zu diskutieren. Was wir gemeinsam hatten war wohl eine radikale Dritte-Welt-Perspektive. Das war unsere Gemeinsamkeit, es gab aber auch Differenzen. Wenn man sich das Buch anschaut, so gibt es dort einen Teil, in dem die gemeinsamen Prämissen dargestellt werden, dann vier Einzelteile und dann gibt es dort eine offene Debatte, wobei ich in gewissen Themen mit Gunder, in anderen mit Immanuel und Samir übereinstimmte, in anderen mit Samir etc. Anschließend haben wir ein Buch gemacht unter dem Titel "*Transforming the Revolution*", das nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Auch hier haben wir auf derselben Basis zusammen gearbeitet, mit einigen gemeinsamen Positionen und andererseits auch unterschiedlichen Einschätzungen. Das wurde dann also die „Viererbande". Wir wollten noch ein anderes Buch machen, aus dem wurde aber nichts. Es gab dann eine gewisse Auseinanderentwicklung zwischen Gunder und Immanuel, bevor Gunder sein Buch *„Re-Orient*" veröffentlichte. Ich selbst fand mich näher an Gunder und Samir. Als Gunder Buch veröffentlicht wurde, haben wir 3 Besprechungen in *„Review*", dem Journal des *Fernand-Braudel-Zentrums* veröffentlicht. Gunder reagierte sehr verärgert, besonders mit Immanuels Besprechung, weniger mit Samir und noch weniger mit mir.
Im Wesentlichen war es eine stärkere Betonung auf den Punkten, die die radikalen Bewegungen des Westens vernachlässigen. Denn es sollte im Auge behalten werden, dass die große Trennung, „the Big Devide" noch immer die zwischen dem Norden und dem Süden ist. Das ist es auch, was uns von solchen Analysen wir *Hardt und Negri* unterscheidet, die ja meinen, es gebe dieses Nord-Süd-Trennung nicht mehr und es handele sich um eine „flache Welt", wie *Thomas Friedman* sagt. In einigen Aspekten stimme ich überein mit Hardt/Negri, aber in diesem entscheidenden Punkt nicht, nämlich in der Frage, dass der Nord/Süd Gegensatz der fundamentalste Widerspruch in der gegenwärtigen Welt ist. Wir sind also – in gewissem Sinne – unheilbare „Third Worldist".



PS
Ist da nicht noch ein weiterer gemeinsamer Nenner, der weite Horizont?

GA
Oh ja, in unterschiedlicher Weise. In der Tat war es ja ein Disput zwischen Wallerstein und Frank, wie weit zurück dieser Zeithorizont ausgedehnt werden sollte. Immanuel hat die Einschätzung, dass alles im langen 16. Jahrhundert begonnen hat, in Europa, hier habe sich das System geformt. Gunder behauptet, dass es auch vorher eine globale Ökonomie gegeben hat, die sich um China

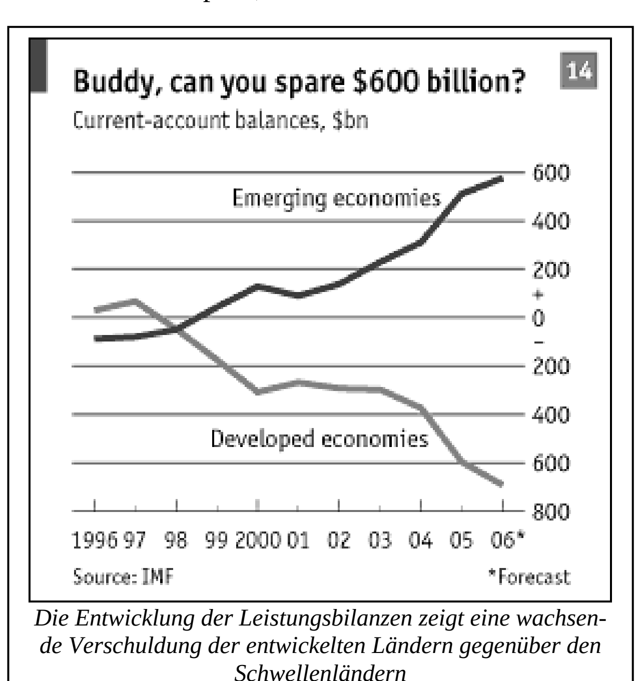
herum zentriert hat, während Europa die Peripherie war. Samir und ich – obwohl nicht in allen Punkten einer Meinung mit Gunder - vertreten auch die Meinung , dass die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaft in Europa in einen Zusammenhang gestellt werden muss mit der globalen Ökonomie, wie sie zuvor existiert hat. In meinem Buch „*The Long Twentiest Century*“ habe ich meine Sicht der Entstehung der Kapitalismus und seiner Transformation dargelegt. Obwohl es Europa als Zentrum dieser Transformation sieht, so wird es doch in den weiteren Horizont der Eurasischen Ökonomie gestellt, wie sie zur Zeit der italienischen Stadtstaaten existierte.
Also ja, wir haben den langen Zeithorizont, das ist sehr wesentlich.

PS
Was ist Ihre Ansicht der Globalen Krise heute? Konzentrieren sich die Krisenerscheinungen – anders vielleicht als vor 30 Jahren –auf die Währungsfragen, den Abstieg des US-Dollars, das desaströse Doppeldefizit der USA etc.?

GA
Es gab schon in den 70er Jahren eine große Dollarkrise. Zunächst hatten wir den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die Zentralität des Dollars wurde in Frage gestellt. Der Neoliberalismus ist eine Reaktion auf diese Krise. Ende der 70er gab es diesen Run auf den Dollar, als der Goldpreis auf 800$ per Feinunze stieg. Das hat die USA dazu bewegt, einen Konkurrenzkampf um die Kapitalressourcen der Welt zu führen, um den Dollar zu festigen. Es war der Volcker-Schock, der die Schuldenkrise der 3. Welt provozierte. Es war erfolgreich im Wiedererstarken des Dollars und in der zeitweiligen Wiederbelebung der US-amerikanischen Hegemonie, hat aber gleichzeitig andere Widersprüche provoziert. *David Harvey* interpretiert den Neoliberalismus als eine Klassenreaktion auf den „Wohlfahrtsstaat“ und die Macht der Arbeiter. Ich denke, das ist ein Element - Gunder Frank sieht das anders. Das Hauptziel der neoliberalen Konterrevolution der frühen 80er Jahre ist nach meiner Einschätzung allerdings die Zähmung und Demütigung der Dritten Welt. In den 70er Jahren verlangte ja bekanntlich die Dritte Welt nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Brand-Kommission war ja z.B. eine reformistische Antwort auf dieses Verlangen. Britannien und die USA nahmen stattdessen eine konterrevolutionäre Position ein und eskalierten die Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt. Das zerstörte tatsächlich die Wirtschaften Afrikas und Lateinamerikas. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass das auch die Zeit ist, in der der Aufstieg Ostasiens begann. In der Mitte der 80er beobachten wir den Aufstieg Chinas und die Wende in Indien. Es ist sehr wohl möglich, dass diese Konterrevolution scheitert, da mit China und Indien und anderen Ländern ein neuer Pol im Süden entsteht, der Gegenpol zu den USA aufbaut.

PS
Wieso Gegenpol? Handelt es sich nicht lediglich um einen kapitalistischen Gegenpol?

GA
Na ja, wie ich gestern auf dem Kongress „Kapitalismus reloaded“ sagte, würde ich das offen lassen. Wir sollten nicht – darauf hat Samir Amin hingewiesen –die Möglichkeit des Marktsozialismus in China ausschließen. Obwohl es ungeheuere Ungleichheiten gibt, obwohl es eine große und wachsende Kapitalistenklasse in China gibt, in einem Land, in dem 1,3 Milliarden Menschen leben, heißt das nicht, dass China ein kapitalistisches Land ist. Man kann Kapitalisten haben ohne Kapitalismus zu haben. Die kapitalistische Klasse in China bildet sich hauptsächlich aus der chinesischen Diaspora, sie hat sich beträchtlich bereichert

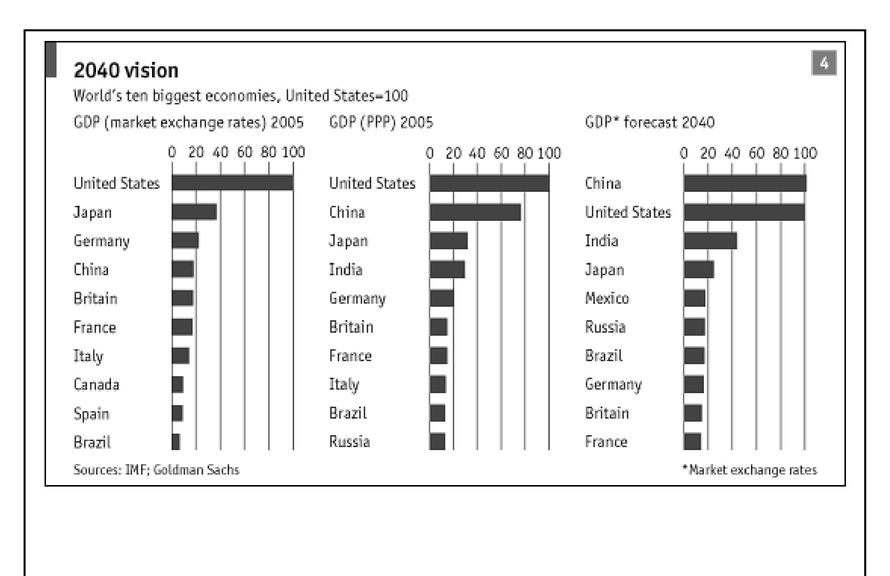


Die Entwicklung der Leistungsbilanzen zeigt eine wachsende Verschuldung der entwickelten Ländern gegenüber den Schwellenländern

in ihren Beziehungen zur chinesischen kommunistischen Partei, aber sie kontrolliert nicht diese Partei. Die Partei selbst ist tief gespalten, aber man sollte nicht die Kraft der Grasroot-Bewegung von Arbeitern und Bauern unterschätzen.

Mit anderen Worten: China ist nicht die Sowjetunion. Es gibt zwei große Unterschiede zwischen China und der SU: zum einen hat der Kommunismus in China niemals die Bauernschaft zerstört, wie Stalin das durch Unterdrückung und Urbanisierung getan hat. Die chinesische Revolution hingegen gründete sich auf die Bauern und die Bauernschaft wurde niemals zerstört. Diese Bauernschaft ist nicht nur eine Quelle von Arbeit, sondern auch eine Quelle der Organisationsfähigkeit von kleinen Unternehmern in einem riesigen Umfang. Das ist der eine große Unterschied.
Dann der andere große Unterschied: zu einem bestimmten Zeitpunkt zerstörte Stalin die Kommunistische Partei durch die Geheimpolizei, während Mao die Partei durch die Massenbewegung zerstörte.

PS
Beide hatten keinen Erfolg, oder?



GA
Da bin ich mir nicht sicher. Stalin hat sicherlich erfolgreich die revolutionäre Partei der SU zerstört und eine Art bürokratische Klasse geschaffen. In China war das anders. Die Partei wurde zerstört, aber als sie nach der Kulturrevolution, nach Maos Tod, zurückkam, da war die Benutzung des Marktes als Herrschaftsinstrument ein Ausdruck einer sehr geschwächten bürokratischen Klasse. Daher mussten sie mobilisieren, Konzessionen machen etc. Deshalb sollte man keine voreiligen Schüsse ziehen, denn diese Dinge brauchen eine lange Zeit, um sich zu zeigen. Man braucht einen langen Zeithorizont besonders in einem Land wie China. Das sind lange Perioden. Was wir hier haben ist eine sehr breite kleinbürgerliche Schicht und eine winzige Schicht der Oberschicht-Billionäre. Auf der anderen Seite gibt es eine breite Protestbewegung, eine wieder auferstehende, wachsende Arbeiterklasse, wie *Bevely Silver*[1] analysiert hat. Es gibt Tausende, Zehntausende von Protestbewegungen. Welches andere Land hat eine solche Bewegung! Zwar sind die Gewerkschaften von der Partei kontrolliert, aber es gibt alle möglichen informellen Streiks und Kämpfe, die dem Kapital und dem Staat die Grenzen zeigen. Auch die neue Führung ist sich sehr bewusst der Tatsache, dass die Ungleichheiten und Ungleichgewichte, die durch das so genannte Wirtschaftswunder erzeugt worden sind, angegangen werden müssen, wenn die Partei überleben will.



Ich sage nicht, dass das Sozialismus ist, ich stelle nur fest, dass dort heftige Kämpfe stattfinden und dass es nicht entschieden ist.

PS
Könnte man das mit der Taktik des Guerillakampfes vergleichen? Man versucht den Frontalangriff, es gelingt nicht, man zieht sich zurück, gibt befreite Gebiete auf, versucht es auf Umwegen. Sie versuchten, der Bürokratisierung durch die Kulturrevolution zu entgehen, das misslang und Teng Hsia Ping übernahm wieder die Macht. Vielleicht denken die Chinesen dialektisch, in langfristigen Widersprüchen, in sehr langen Zeiträumen. Reorganisieren sie sich jetzt in einem strategischen Rückzug, um neue Kräfte zu sammeln? Wird es mit den neu entstehenden proletarischen Kräften einen neuen Anlauf zum Sozialismus geben?

GA
Ob das sozialistisch sein wird, hängt vom Ergebnis der verschiedenen Kämpfe und politischen Konzepten ab. Ich unterscheide – in Anlehnung an Fernand Braudel – zwischen Markt und Kapitalismus. In der Linken, auch in der Rechten, werden Markt und Kapitalismus zu oft gleichgesetzt. Braudel bezeichnet den Kapitalismus als anti-marktwirtschaftlich. Die Beziehung zwischen Kapital und Markt ist sehr widersprüchlich. Wenn der Markt wirklich herrschen würde, wenn es wirklich vollkommene Konkurrenz gäbe, dann könnte es keinen Kapitalismus geben. Kapitalismus existiert, weil er den Markt manipuliert, internalisiert und mächtige Organisationen entwickelt und – wie Braudel sagt – die Kontrolle über den Staat ergreift. Auch deshalb denke ich, die Sache in China ist nicht entschieden, denn die Kapitalisten kontrollieren dort nicht den Staat.

PS
Aber wenn sie nun auch die Unternehmer in die Partei aufnehmen und ihre Unternehmen Kapital in die entwickelten kapitalistischen Länder exportieren, wird es dann nicht zu einem ganz normalen kapitalistischen Akkumulationsprozess kommen, der den Rest der Gesellschaft übernehmen wird?

GA
Es gibt einen US-amerikanischen Autor (*Preskovic*), der von 3 Milliarden neue Kapitalisten in Indien und China spricht. Aber das ist ein Widerspruch in sich selbst. Man kann nicht 3 Milliarden Kapitalisten haben. Denn die Kapitalisten brauchen ja die, die keine Kapitalisten sind. Wenn man eine so große Menge von Möchtegern-Kapitalisten hat, dann hat man eine Situation, in der die Kapitalisten miteinander in Konkurrenz stehen, das hält die Profitrate niedrig. Und das Land, das zum Funktionieren des Kapitalismus notwendig ist – was auch immer die Ideologen des Kapitalismus dazu sagen – wird zerstört. Je mehr Kapitalisten man schafft, um mehr konkurrieren sie untereinander. Auch bei Marx ist die Ausbeutung von Arbeit durch Kapital erst dadurch möglich, dass die Arbeiter in eine Situation gestellt werden, in der die Arbeiter miteinander konkurrieren. Es geht also um die Intensität der Konkurrenz zwischen Arbeit auf der einen Seite und Kapital auf der anderen Seite. Die Tatsache, dass es immer mehr Kapitalisten gibt, bedeutet in sich nicht, dass die Gesellschaft immer kapitalistischer wird.

[1] Siehe Beverly Silver: „Forces of Labor: Arbeiterbewegung und Globaisierung seit 1879“ Verlag Assoziation A, 2003

PS
Ist das der Grund, warum Giovanni Arrighis neues Buch den Titel trägt „Adam Smith in Peking“?

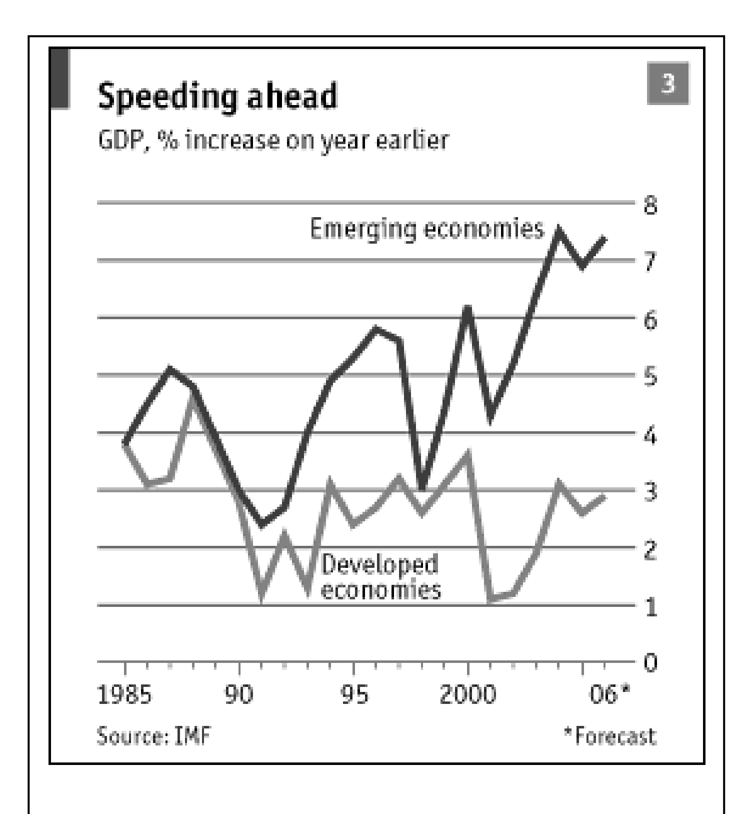
GA
Ja, weil – ganz im Gegensatz zur gängigen Meinung – Adam Smith radikal antikapitalistisch war.

PS
Wie bitte?

GA: Ja, seine Theorie von der Konkurrenz besagte, dass man die Kapitalisten miteinander konkurrieren lassen sollte, während die neuen neoliberalen Ideologen dafür sorgen wollen, dass die Arbeiter miteinander konkurrieren sollen, zum Vorteil der Profite der Kapitalisten.
Es stellt also die Welt auf den Kopf, wenn behauptet wird, jeder sollte zum Vorteil der Kapitalisten miteinander konkurrieren. Smith hat genau das Gegenteil gesagt. Er wollte die Kapitalisten miteinander konkurrieren lassen. Wann immer – sagt er - Kapitalisten sich treffen, konspirieren sie gegen das allgemeine Interesse. Seine Idee ist es deshalb, freien Marktzugang zu gewährleisten, Konkurrenz zu erzwingen und dadurch die Profite zu senken. Sein Interesse war es, die Profite zu senken.
Die Idee von der Krise ist nicht von Marx, sondern von Adam Smith. Marx hat behauptet, dass eine Akkumulationskrise dann entsteht, wenn neue Kapitalistenklassen auftauchen. Smith ging von einem Gleichgewichtszustand aus. Mit Smith und der chinesischen Erfahrung kann man also sagen, dass der Markt ein Instrument der Herrschaft ist. Zentrale Idee ist nicht die so genannte unsichtbare Hand in dem Sinne eines selbst regulierenden Marktes im Gegensatz zur bürokratischen Regulierung. Die Frage ist vielmehr: in welchem Interesse findet die Regulierung statt? Deshalb muss man nicht auf die Form der Dinge, sondern auf die Substanz der Dinge und die zugrunde liegende Strategie schauen.

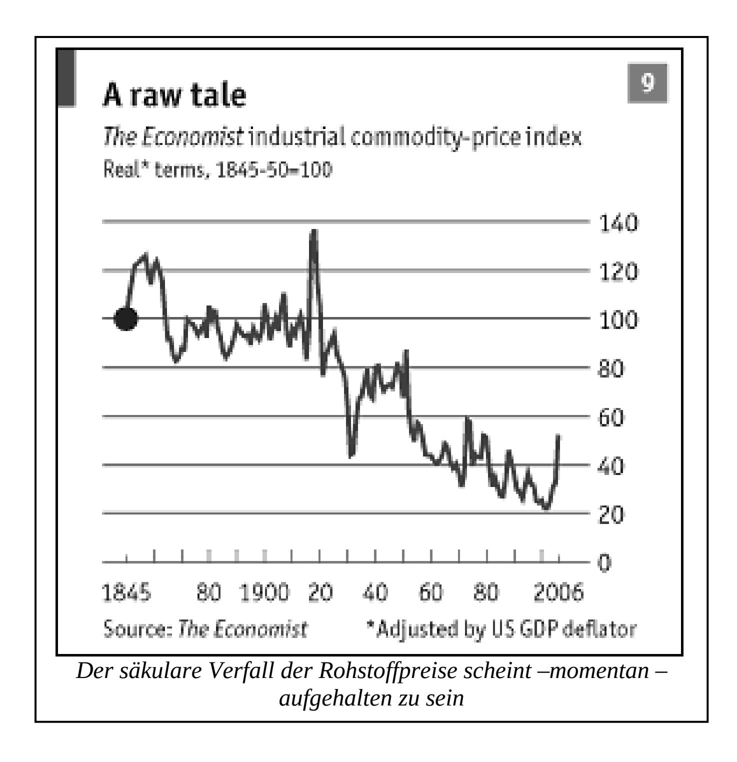
Man sollte auch immer im Auge behalten, dass China 1,3 Milliarden Menschen zählt. Die Provinz Shandong, die ich im letzen Jahr besuchte, hat dieselbe Bevölkerungsgröße wie Deutschland, und das ist nur *eine* Provinz. Und dort gibt es eine Vielzahl von Arrangements auf der Grasroot-Ebene, von dörflichen und städtischen Kleinunternehmen, die sich zu riesigen Konglomeraten bilden, mit Bauernfamilien als Eigentümern, und es gibt so viele davon. Diese dörflich-städischen Komplexe beschäftigen 180 Millionen Menschen, das sind mehr als die Beschäftigten der USA. Selbst die Multinationalen Unternehmen beschäftigen nur einen Teil davon.
Es ist also eine sehr komplexe, widersprüchliche Situation. Man kann nicht Markt mit Kapital gleichsetzen. Die Frage bleibt: der Markt, wie funktioniert er, wer konkurriert miteinander. Natürlich, mit der Liquidation der Staatsunternehmen entstand eine große Masse von arbeitlosen oder unterbeschäftigten Arbeitern. Gleichzeitig entsteht eine neue Arbeiterklasse, die man genau beobachten sollte.

Es gibt da noch diese andere Dimension.
Im Mai habe ich Samir Amin getroffen und es war interessant, dass wir - ohne uns vorher zu treffen - doch zu denselben Schlussfolgerungen über China und über den Süden gekommen sind.
Denn das Auftauchen von China als einem neuen Zentrum der weltweiten Produktion und Akkumulation verändert die globalen Beziehungen zwischen Norden und Süden. China ist immer noch ein armes Land, ist immer noch in vielen Aspekten ein Land des Südens. Es strahlt auf andere Länder des Südens aus.
Lateinamerika erhebt sich jetzt gegen die US-Hegemonie, auch unter anderem, weil in China eine Alternative gesehen wird. Venezuela, Brasilien und andere Länder finden in China ihren neuen, höchst dynamischen Markt. Im Unterschied zu Bandung, das ja im Wesentlichen ideologischen und politischen Einfluss ausübte, aber ansonsten höchst abhängig vom Markt des Westens und Nordens war, gibt es heute eine Alternative. Indien, Südafrika, und Brasilien haben auch die gesamte Hochtechnologie, die sie brauchen. China finanziert die USA, sie haben dort das Kapital, und all die Arbeitskräfte und auch die natürlichen Ressourcen, die sie brauchen, also eine neue Situation in der Welt ist entstanden.



Wachstum findet zyklisch und als ungleiche Entwicklung statt. Die Schwellenländer holen auf. Trotz sozialer Verwerfungen - die Gewichte in der Weltwirtschaft verschieben sich

Abkoppelung ist nicht mehr die einzige Frage, denn sie koppeln sich ab, aber sie verbinden sich auch unter einander und stärken sich gegenseitig in Bezug auf den Norden, und dadurch veranlassen sie den Markt, in ihrem Interesse zu arbeiten.



Der säkulare Verfall der Rohstoffpreise scheint –momentan – aufgehalten zu sein

PS
Nicht alle werden dieser Analyse zustimmen, denn ist diese Situation günstig für die Arbeiter? Die nationale Bourgeoisie wird gestärkt, aber bedeutet das, dass durch diese Süd-Süd-Vernetzung die Emanzipation der Bevölkerung vorangetrieben wird?

GA
Was ist damit genau gemeint? Ich hatte das Glück, China zur Zeit der Kulturrevolution 1970 für 5 Wochen besuchen zu können, dann kam ich 1993 zurück und seitdem bin dort regelmäßig gewesen. Es gibt dort auch ein „empowerment of the people". Mehr als 100 Millionen Menschen – je nachdem, welche Statistik man benutzt – sind aus absoluter Armut befreit worden. Man sieht, dass die Leute in vieler Hinsicht besser leben. In andere Hinsicht wiederum nicht. Wenn eine ähnliche Entwicklung in Brasilien und Indien stattfinden würde, wäre das schon was.

Bei Chavez ist das anders, er ist nicht so populär bei der nationalen Bourgeoisie in Lateinamerika, aber er attackiert die großen sozialen Unterschied, die in diesen Ländern herrschen.

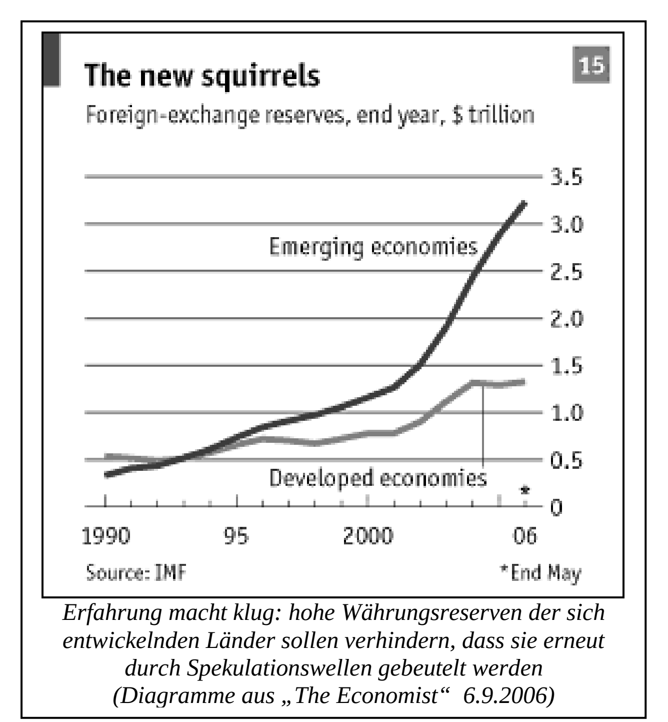
Die Entwicklung der nationalen Bourgeoisien des Südens ist aufgrund des Nachahmungseffektes stark mit der Entwicklung des Nordens verknüpft, da für sie der Maßstab der Lebensstandard der Bourgeoisie des Nordens ist.

Wenn diese großen Differenzen nicht überwunden werden, ist die Klassenzusammensetzung des Südens in vielfacher Hinsicht deformiert. Ja, es gibt gewaltige neue Ungleichheiten, nicht so sehr in Indien, dort waren sie ja eh schon riesig, aber in China. Das erzeugt die Bedingungen für interne Transformationen, neue Arbeiterklassen werden erzeugt. Warum sollten diese Arbeiterklassen weniger kämpferischer sein als die Arbeiterklassen des Nordens? Die Geschichte. Südkoreas, Südafrikas, Brasiliens hat das gezeigt. Die Diktatur des Apartheid-Regimes wurde durch die Arbeiter zu Fall gebracht. China hat eine jahrhundertealte Tradition von Rebellionen.

PS
Der Wind in der Dritten Welt scheint sich also zu drehen, man kann einen gewissen Optimismus angesichts der Süd-Süd-Vernetzung beobachten. Wenn man den Zeithorizont erweitert auf die nächsten 50 oder hundert Jahre, gibt es möglicherweise eine neue weltrevolutionäre Bewegung? In diesem großartigen Artikel in der „New Left Review" stellen Sie den ökonomischen, politischen, ja selbst militärischen Abstieg des US-Imperialismus fest. Bedeutet das, dass Raum entsteht für neue revolutionäre Bewegungen, die nicht durch die USA verhindert oder zerschlagen werden können? Gibt es neue Modelle sozialer Umwälzungen, die auch für uns im Norden für Inspiration sorgen können? Kann man eine neue Theorie der Weltrevolution formulieren?

GA
Na ja, das haben wir (die „Viererbande) schon im Buch „*Transforming the Revolution*" zu formulieren versucht. Die neuen Revolutionen können nicht die alten sein. Die Idee der Revolution selbst muss umformuliert werden. Revolution als Eroberung der Staatsmacht hat in gewisser Weise Erfolg gebracht, aber insgesamt ist es an ihre Grenzen gestoßen. Es geht nicht so sehr um die Eroberung der Staatsmacht als um die Bedingungen sozialer Transformationen. Das bedeutet Unterschiedliches je nach den verschiedenen Orten, manchmal Gutes, manchmal Schlechtes.

Lasst uns einen Blick auf China, Indien oder Brasilien werfen.
Wenn die Industrialisierung des Südens und die Einkommensverbesserungen in diesen Ländern zu internen Kämpfen führen, dann ist z.B. die ökologische Frage ein großes Thema. China und Indien können nicht in derselben Weise reich werden wie es für die USA oder Europa der Fall war, weil das alle ersticken würde. Wenn diese Länder also neue Arten des Konsums, der Produktion, des Transformierens finden würden, die aus den Kämpfen der Basisbewegungen unterschiedlicher Art entstehen, dann könnte das weit größere revolutionäre Auswirkung auf die Gesellschaft haben als die politischen Revolutionen.



Erfahrung macht klug: hohe Währungsreserven der sich entwickelnden Länder sollen verhindern, dass sie erneut durch Spekulationswellen gebeutelt werden (Diagramme aus „The Economist“ 6.9.2006)

PS
Also sollte die Idee der Revolution selbst neu erfunden werden.

GA
Ja, und Pessimismus ist nicht gerechtfertigt. Zum Beispiel im Thema Krieg: die weltweite Bewegung gegen den Irak-Krieg im Februar 2002 ist historisch einmalig. Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges brachen – wie wir wissen – alle sozialen Bewegungen zusammen und haben sich mit ihren Bourgeoisien verbündet. Niemals in der Geschichte hat es eine weltweite Bewegung gegen den Krieg gegeben bevor er ausbrach. Das zeigt, dass es auf der Ebene der Bevölkerung ein neues Bewusstsein gibt, obwohl die ideologischen Differenzen bleiben. Und das hat den Handelungsspielraum der Regierungen verringert, in Deutschland hat Schröder damit sogar Wahlen gewonnen. Es gibt also einen Druck von unten, der bestimmt, was die Regierungen tun können. Das ist eine neue Entwicklung, etwas, das in gewissem sinne der Ersten Internationalen ähnelt. Als Marx auf dem Treffen der Ersten Internationalen sprach, waren einige Anarchisten, einige Kommunisten usw. Es gab keine politische Einheit. Was wir erleben, spielt sich in einem viel größerem Maßstab ab. Es ist sehr gefährlich, sich nostalgisch zur Revolution zu verhalten. 1968 war eine Revolution, die versagte und siegte, es hat die Welt verändert, so oder so, es hat die Welt durchgerüttelt. Revolution ist ein lang anhaltender Lernprozess, sie ist erfolgreich hier, erfolglos dort, sie hat seine Auf- und Abschwünge. Die Linke, besonders die marxistische Linke, war immer in die Eroberung des Winterpalastes verliebt. Ich denke, es gibt keinen Winterpalast, den man erobern kann, es macht keinen Sinn. Wenn man sich die chinesische Revolution anschaut, dann gab es dort keinen Winterpalast, und das mag ein Grund sein, warum sie überlebt. Mao hatte zu den Massen, zu den Bauern zu gehen und dort Wurzel zu schlagen, sie umzingelten die Städte, dann gab es die japanische Invasion usw. Es finden alle möglichen Revolutionen statt, die viel wichtiger sind als die Eroberung des Winterpalastes.

PS
Es gibt da ein Problem in der marxistischen Theorie. Traditionelle Marxisten behaupteten ja, dass mit der Entwicklung der Produktivkräfte im Norden dort ein Gegenmodell zum Kapitalismus aufgebaut werden könnte. Wenn nun die neuen Umbrüche im Süden zu deren Industrialisierung führen sollten, bedeutet das, dass von dort her neue Modelle nichtkapitalistischer Art entstehen, die dem alten Norden zeigen, wie man sozialistische Modelle gestaltet?

GA
Na ja, die Arbeiter des Nordens waren immer ein Problem, da sie in einem goldenen Käfig gefangen gehalten waren und überzeugt waren, dass sie etwas zu verlieren haben, wenn die Nation verlor. Nehmen wir dagegen China. Was Marx über das Proletariat sagt, dass es sich nicht emanzipieren kann ohne die ganze Gesellschaft zu emanzipieren, ist mit größerer Wahrheit auf das chinesische Proletariat und auf China selbst anzuwenden als es je zutraf für das britische oder US-amerikanische Proletariat. Denn China kann sich nicht emanzipieren ohne dass es z.B. ökologische Lösungen, neue Konsummuster, neue Produktionstechnologien erarbeitet. Andernfalls ersticken sie sich selbst bevor sie die ganze Welt ersticken. Warum zögern die USA, China anzugreifen? Weil China die Arbeiterklasse der USA mit billigen Produkten versorgt, die ihr einen höheren Lebensstandard erlauben. Natürlich zerstört das auch Arbeitsplätze. Eine gespaltene Situation. Wenn China sich erhebt und Konsummuster, Produktionsmuster, Demokratiemuster entwickelt, die viel globalisierbarer sind als die Muster, die sich im kleinen aber dominanten Universum des Westens entwickelt haben. Schauen wir nur mal auf die Geographie und vergleichen wir Gesamteuropa mit Gesamtchina. Europa eroberte von Wlodivostok über Europa über den Atlantik hinaus die beiden Amerikas, Australien usw. Wenn wir die Bevölkerung dieses Paneuropas betrachten, eingeschlossen die Siedler, dann sind das von Wladiwostok zu Australien 1,6 Milliarden Menschen. China hat 1,3 Milliarden, etwa vergleichbar damit, aber auf einem sehr viel kleinerem Stück Land. So ist es historisch ein sehr arbeitsintensives, die Natur schützendes Modell. Es gibt hier natürlich einen Streit um das Konsummodell. Wenn China dem fordistischen Konsummodell folgt, mit Autos etc, dann zerstört es alles. Wenn es jedoch fort fährt, einen Energie sparenden, Kapital sparenden, arbeitsintensiven Weg einzuschlagen, dann kann es ein alternatives Modell für die Welt entwickeln.
Wird das geschehen?
Ich weiß es nicht
Ist es möglich!
Ich denke ja!
Ist es wahrscheinlich?
Ich weiß es nicht.

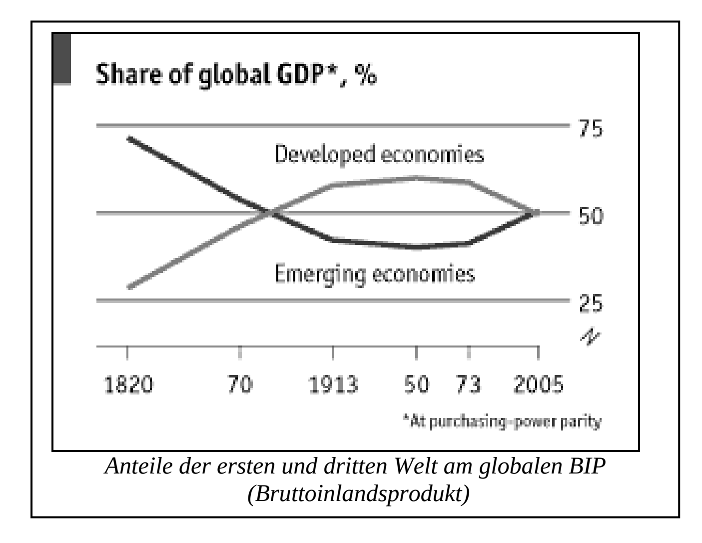
Darum geht der Kampf. Er geht nicht um die Eroberung der Macht hier und da.
Der Kampf ist auch ein kultureller und intellektueller Kampf. Es geht darum, zu verstehen, dass die wesentlichen Transformationen sich um ein Epizentrum drehen, das nicht mehr im Westen ist. Deshalb muss man offen sein.

PS
Der Imperialismus verliert seine Gestaltungskraft?

GA
Zum Konzept des Imperialismus und Neoliberalismus muss man vorsichtig sein. Die alten Imperialisten wollten Land und Leute erobern und beherrschen. Die neuen Imperialisten wollen das gar nicht. Natürlich gibt es da Widersprüche. Einige wollen die Ausdehnung, andere nicht. Die USA drängen z.B. Europa, die Türkei aufzunehmen, aber sie würden niemals Mexiko inkorporieren in der Weise wie Europa Spanien oder Portugal aufgenommen hat. Ich denke im Übrigen, Europa sollte Britannien aus Europa ausschließen und zum 51. Staat er USA machen.

PS
Unterschätzt eine solche Analyse nicht die Rolle der NATO? Handelt es sich hier nicht um ein aggressives Militärbündnis, das aufgelöst gehört?

GA
Glücklicherweise werden sich solche Dinge von selbst auflösen. Die NATO ist eine anachronistische Institution geworden. *Kagan*, dieser konservative US-Theoretiker, fordert ja explizit, dass die NATO umstrukturiert werden muss, um den nächsten Krieg mit China führen zu können. Deshalb sagte ich: vergessen wir die alte Idee der innerimperialistischen Rivalitäten. Momentan geht es eher darum, wie der Norden mit dem Süden umgeht. Das sieht man am Irak-Krieg. Es ging nicht so sehr darum, dass die Europäer den Süden nicht auch in seiner untergeordneten Stellung halten wollten, sie meinten nur zu Recht, dass Bush hier eine verrückte Methode anwendet.



Anteile der ersten und dritten Welt am globalen BIP (Bruttoinlandsprodukt)

PS
Treibt der Irak-Krieg einen Nagel in den Sarg des US-Imperialismus?

GA:
Wiederum: Es könnte sein.
Es scheint so zu sein.
Allerdings muss man vorsichtig sein. Eine neue Niederlage der USA im Irak wird viel stärkere Auswirkungen haben als die in Vietnam. Dabei ist der Irak nicht einmal ein ernsthafter Gegner. Vietnam hatte die Unterstützung der Sowjetunion und Chinas, eine Kommunistische Partei, Ho Chi Minh, eine lange Kampferfahrung etc. Und der Irak? Sie können den Irak nicht kontrollieren, sie können nur Chaos schaffen. Wenn sie dort versagen, weiß man nicht, was in den USA passiert. Die Linie der Demokraten ist ja momentan, mehr Truppen zu schicken, um den Job abzuschließen. Weil die nationale Glaubwürdigkeit auf dem Spiel stehe. Wenn der Irak-Krieg verloren geht, kann daraus ein neuer Isolationismus folgen, oder ein neues Abenteuer.

PS
Giovanni Arrighi, Danke für diese Gedanken. Wir sind gespannt auf Ihr Buch mit dem für mich noch immer provokativen Titel „Adam Smith in Beijing“[2]. Die gigantischen Veränderungen, die wir in unserem Gespräch angesprochen haben, geben uns auch Mut und Kraft und die Gewissheit: „Eine andere Welt ist möglich“.

Buchankündigung:

Giovanni Arrighi
Adam Smith in Beijing
Die Genealogie des 21. Jahrhunderts
Aus dem Amerikanischen von Ingar Solty
528 Seiten; Hardvover (2007)
EUR 36.80 sFr 63.80 ISBN 3-89965-203-

Der Autor:
Giovanni Arrighi ist Professor für Soziologie an der Johns Hopkins University in Baltimore/USA. Autor von u. a.: "The Long Twentieth Century: money, power and the origins of our times", London 1994.

Aus dem Inhalt:
Adam Smith und das Neue Asiatische Zeitalter
1. Marx in Detroit, Smith in Beijing
2. Die historische Soziologie von Adam Smith
3. Kapitalismus, Militarismus und Industrialismus
Pfade globaler Unruhe / Turbulenzen
4. Die Ökonomie globaler Turbulenzen
5. Zwei lange Niedergangsperioden im Vergleich
6. Andere Quellen der Akkumulation
Zerfasernde Hegemonie
7. Dominanz ohne Hegemonie
8. Die "endlose" Akkumulation von Macht und Kapital
9. Der Weltstaat, den es nie gab
Die Genealogie des Neuen Asiatischen Zeitalters
10. Die Herausforderung des "friedlichen Aufstiegs"
11. Staaten, Märkte und Kapitalismus – Ost und West
12. Ursprünge und Aussichten der Renaissance Ostasiens

[2] Das Buch wird 2007 im VSA-Verlag erscheinen.

Alexis Passadakis

Die neue Geographie des Welthandels

„Alle Gespräche in allen Verhandlungsgruppen der WTO werden auf unbestimmte Zeit ausgesetzt." Als Pascal Lamy, Generaldirektor der Welthandelsorganisation, am 24. Juli in Genf vor die Presse trat, gab es für ihn in der Tat nichts anderes kund zu tun als das vorläufige **Scheitern der Doha-Runde.** Unmittelbarer Anlass für den Kollaps der Verhandlungen war die Weigerung der US-Regierung, die internen Stützungen ihrer Landwirtschaft weiter zu reduzieren, wenn im Gegenzug nicht mehr Marktzugang gewährt würde. Die eigentlichen Ursachen aber sind in einer Verschiebung der weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in den vergangenen zehn Jahren zu suchen. Die wachsende Bedeutung von Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien ist Ausdruck einer neuen Geographie des Handels und der globalen Produktion. Die Konkurrenz um Märkte verschärft sich, die Hegemonie der Regierungen des Nordens beginnt zu erodieren. Sie reagieren darauf mit einer Mischung aus Einbindung und Gegenwehr.

Dabei war den Gesprächen in Genf ein einvernehmliches Bekenntnis der Regierungschefs der G8-Staaten zur Doha-Runde vorausgegangen. Auf ihrem Gipfel in St. Petersburg wurde auch das gemeinsame Interesse an einem neuen WTO-Abkommen bekräftigt. Selten jedoch sind G8-Deklarationen so schnell verpufft: Bereits eine Woche später waren die intensiven informellen Konsultationen zwischen der EU, den USA, Japan, Australien, Indien und Brasilien nur noch Makulatur.

Das Scheitern von Genf brachte damit eine grundlegende Verschiebung der Kräfteverhältnisse bei internationalen Handelsverhandlungen zum Ausdruck. Die acht Runden über die Regulierung des Welthandels vor Doha wurden im Wesentlichen als transatlantische Deals ausgehandelt. So wurden in der **Uruguay-Runde von 1986 bis 1994** die Länder des Südens zügig ausmanövriert; die Verhandlungsdynamik wurde weitgehend von Unterhändlern der USA, der EU und einflussreicher Industrieverbände bestimmt. Das Ergebnis war die **Gründung der WTO** als institutionelle Krönung der einseitig vom Norden dominierten Globalisierung.

Seither sind zwölf Jahre ohne einen neuen multilateralen Handelsabschluss vergangen. Mehrere Entwicklungs- und Schwellenländer haben seitdem ihre Position im Verhandlungsprozess erheblich gestärkt; einigen der aggressivsten Vorstöße von EU und USA konnte deshalb die Spitze genommen werden. **1999** starteten die Mitgliedstaaten auf der Ministerkonferenz in **Seattle** einen ersten Versuch, im Rahmen der neuen Organisation eine neue umfassende Verhandlungsrunde zu beginnen. Konflikte zwischen Nord und Süd wie auch die massiven Gegendemonstrationen ließen diesen Anlauf kläglich scheitern. Im **November 2001 in Doha**, also ganz unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge in New York und Washington, gelang es jedoch den Diplomaten der US-Regierung und der EU-Kommission, die Schwellen- und Entwicklungsländer mit massivem Druck zu einer neuen Handelsrunde zu bewegen.

Bereits die erste Ministerkonferenz im Rahmen der Doha-Runde **2003** im mexikanischen **Cancún** platzte jedoch. Zahlreiche afrikanische Delegationen verließen vorzeitig die Konferenz, weil der Norden die so genannten neuen Themen – Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen und Wettbewerb – als eigenständige Verhandlungsbereiche in der WTO verankern wollte. Dabei versuchten EU und USA, schlicht das Muster der Uruguay-Runde zu wiederholen. Damals war der Widerstand von Ländern wie Indien und Brasilien gegen eine Erweiterung des GATT um die neuen Bereiche GATS, TRIPS und TRIMS schnell zusammengebrochen.(1) Cancún belehrte den Norden jedoch eines Besseren; seither sind die neuen Themen von der offiziellen Agenda weitgehend verschwunden.

Nord-westliche Verlierer, süd-östliche Gewinner

Somit war spätestens 2003 klar geworden, dass in der WTO keine reine Nord- Agenda mehr durchzusetzen ist. Zudem hatte sich im Rahmen dieser Ministerkonferenz eine neue Gruppe aus Entwicklungsländern und Schwellenländern konstituiert, die **G20.**(2) Initiiert von der brasilianischen Regierung und den Interessen des exportorientierten Agrobusiness fordert diese seither eine größere Öffnung der Agrarmärkte des Nordens. Kurze Zeit später änderte sich auch das Verhandlungsgefüge der WTO: Die bisherige informelle Vierer- Gruppe („Quad") aus EU, USA, Australien und Japan wurde durch eine „neue Quad" ersetzt. Seither bestimmen, neben der US-Administration und der EU, vor allem Indien und Brasilien die Verhandlungen. Mit weitreichenden Folgen auf die Machtkonstellation innerhalb der WTO: So wurde 2005 ein Kollaps der Gespräche bei der Ministerkonferenz in Hongkong nur dadurch verhindert, dass die dominierenden Akteure des Nordens ihre Erwartungen systematisch absenkten.

In diesem Punkt liegt auch der Grund für das Scheitern von Genf. Trotz jahrelanger Verhandlungen entspricht der derzeitige Zwischenstand nämlich keineswegs den Vorstellungen von EU-Kommission und US-Regierung. „Das Zeug auf dem Tisch [...] würde niemals vom Kongress genehmigt", stellte der Sprecher des Weißen Hauses, Tony Snow, kurz und bündig fest. Angesichts der Positionen der Schwellenländer realisieren die US-Industrie und ihre Verbände, dass ihre radikalen Forderungen nach mehr Marktzugang so nicht durchzusetzen sind. Selbst die traditionell freihändlerische Agrarlobby hält kein Abkommen inzwischen für besser als ein aus ihrer Sicht schlechtes Abkommen. Bereits das Freihandelsabkommen mit einigen mittelamerikanischen Staaten (CAFTA) ließ der Kongress nur knapp passieren, während das US-Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) prompt von Brasilien und Venezuela massiv torpediert wird.

Am deutlichsten zeigt sich die geschwächte Position der **USA** im globalen Machtgefüge allerdings an ihrem gewaltigen Handelsbilanzdefizit von 726 Mrd. US-Dollar im Jahre 2005. Allein das Defizit gegenüber China betrug 202 Mrd. US-Dollar – und es basiert längst nicht mehr nur auf dem Import von Rohstoffen oder einfach verarbeiteten Produkten. Das gewerkschaftsnahe Economic Policy Institute hat errechnet, dass zwischen 2000 und 2004 aufgrund steigender Importe von Industriegütern 935000 Arbeitsplätze in den USA verloren gingen.(3) Sogar der Agrar-Handelsbilanzüberschuss des weiterhin mit 63 Mrd. US-Dollar größten Exporteurs landwirtschaftlicher Produkte ist von 27,3 Mrd. (1996) auf lediglich 3,7 Mrd. Dollar (2005) gesunken.

Derweil erzielte die chinesische Wirtschaft in den vergangenen Jahren Wachstumsraten von bis zu elf Prozent und Indien immerhin von rund sechs Prozent.

Während der Anteil Asiens am Weltsozialprodukt in den kommenden Jahren weiter steigen wird, besagen Prognosen, dass der Anteil des Nordens von heute 45 Prozent auf 30 Prozent im Jahre 2025 sinken wird. Die heute noch überragende Bedeutung der Märkte des Nordens für die Unternehmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich daher tendenziell zu Gunsten Asiens verschieben.

Denn in den vergangenen 15 Jahren hat sich **China** zu einem Zentrum globaler industrieller Produktion entwickelt. Die chinesische Industrie beschäftigt zurzeit etwa 83 Millionen Menschen – ungefähr so viele wie die 14 OECD-Mitgliedstaaten zusammen. Da die chinesischen Arbeitskraftreserven noch längst nicht erschöpft sind, werden auch die Lohnkosten kaum steigen. Die Verlagerung produktiver Kapazitäten nach China wird sich daher fortsetzen. Die wachsenden Exporte setzen die Produktion in den Ländern des Nordens, allerdings auch in vielen Schwellenländern, somit weiter unter Druck.

Auch **Indien** agiert international mit seinen hohen Wachstumsraten aus einer Position der Stärke. Einige indische Stadtregionen haben sich in den vergangenen Jahren regelrecht zum „back-office“ der Welt entwickelt. Immer mehr indische Unternehmen vertreiben weltweit Dienstleistungen – von der Analyse medizinischer Daten über Softwareentwicklung bis hin zu Call- Centern. Über den Unternehmensverband NASSCOM bestimmt dieser Wirtschaftssektor zunehmend die indische Handelspolitik. In der WTO vertritt die indische Regierung als Mitglied der „neuen Quad“ deshalb offensiv ihre Interessen im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. (4) Auch bilateral verfolgt die indische Regierung eine eigene Freihandelspolitik und knüpft dazu inzwischen ein Netzwerk aus zahlreichen Abkommen.

Schließlich haben auch beim zweiten Schwellenland in der „neuen Quad“, **Brasilien**, Exportinteressen spätestens seit dem Amtsantritt der sozialdemokratischen Regierung von Ignácio Lula da Silva einen weit größeren Stellenwert als zuvor. Gleichzeitig nimmt die Exportabhängigkeit der brasilianischen Ökonomie immer mehr zu: Bei einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent stiegen die Exporte 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 22,7 Prozent an. Schon deshalb ist die brasilianische Regierung fest entschlossen, die Doha-Runde doch noch zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Ihr Kernanliegen ist die weltweite Öffnung der Agrarmärkte im Interesse des exportorientierten Agrobusiness. (5) Diesem gegenüber hat die Lula-Regierung schon deshalb eine Bringschuld, weil sie die Liberalisierung im Rahmen der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) scheitern ließ, um die eigene Position gegenüber den USA zu stärken.

Die Krise von WTO, IWF und G8

Das Wachstum vieler Schwellenländer führt jedoch nicht nur zu Friktionen in der WTO. Ebenso bröckelt ein anderes Fundament der Hegemonie des Nordens, der Internationale Währungsfonds (IWF). Im Dezember 2005 zahlten Brasilien und Argentinien ihre Schulden auf einen Schlag zurück. Weitere Länder planen, in Zukunft keine neuen Kredite mehr aufzunehmen. Außerdem regten die argentinische und venezuelanische Regierung kürzlich die Ausgabe von Staatsanleihen („Bonds of the South“) im Rahmen des Mercosur als Vorstufe zu einer regionalen Finanzinstitution an. Die auf diese Weise gewonnenen Spielräume der Schwellenländer haben direkte Auswirkungen auf die Verhandlungen in der WTO: Den Staaten des Nordens fehlt nun aufgrund der geringeren Schuldenlast der großen Länder des Südens ein erprobtes Druckmittel. Was für WTO und IWF einen massiven Machtverlust bedeutet, ist für die Schwellenländer die Chance auf eine Entwicklung ohne Konditionalisierung durch den Norden.

Die Krise der Institutionen, von der WTO über den IWF bis zur G8, bleibt nicht ohne Reaktion. Mit vorsichtigen Zugeständnissen wird versucht, die starken Schwellenländer einzubinden. Ein Beispiel dafür ist die Bildung der „neuen Quad“ in der WTO oder die Einladung weiterer Regierungschefs zu den G8-Gipfeln seit dem Treffen in Evian 2003. Sogar der IWF will nun auf seiner Herbsttagung im September in Singapur über eine Stimmrechtsreform diskutieren.

Angesichts dieser Veränderungen macht sich allerdings bereits wachsende Nervosität bemerkbar – nicht nur in den USA, sondern vor allem in der EU. Gerade die Bundesregierung möchte den wachsenden Einfluss der Schwellenländer zurückdrängen. Kein Wunder, sind doch gerade die Unternehmen des „Exportweltmeisters“ in besonderem Maße vom Weltmarkt abhängig. Die Bundesregierung, die im kommenden Jahr den G8-Vorsitz innehat, wies bereits den Vorschlag Tony Blairs zurück, die G8 zu einer G13 zu erweitern. Frustriert über den Verhandlungsabbruch bei der WTO stellte sie zudem klar, dass beim nächsten G8-Gipfel Fragen von Handel und geistigen Eigentumsrechten deutlichen Vorrang vor Themen wie Entwicklung und Aids haben sollen.

Diese Haltung knüpft an die letzten Gipfel an, auf denen die G8 primär ihre erodierende Macht zu festigen suchte. Ganz in diesem Sinne widmete bereits die G8-Erklärung von Gleneagles vom vergangenen Jahr dem globalen Patent- Abkommen TRIPS eine eigene Passage. Schließlich war dieses von den führenden Industrienationen eben zu dem Zweck entwickelt worden, die aufstrebenden Industrien der Schwellenländer zu behindern.

Die Äußerungen der Bundesregierung lassen darauf schließen, dass der Wettlauf um alte und neue Märkte zukünftig noch aggressiver geführt werden soll. Doch dieser Weg führt in die Irre, wie nicht zuletzt das Scheitern von Genf belegt. Angesichts der sich weiter verschärfenden Konkurrenz ist es vielmehr an der Zeit, Konzepte zu entwickeln, die der gleichzeitig wachsenden globalen Ungleichheit entgegenwirken. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften und kritische Nichtregierungsorganisationen sollten deshalb die neue Machtkonstellation nutzen, um ihren Vorstellungen einer alternativen Globalisierung stärker Gehör zu verschaffen. Spätestens der nächste G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm bietet dazu eine günstige Gelegenheit.

1 Vgl. The Corner House (Hg.), Who Owns the Knowledge Economy? Briefing 32, 2003, www. thecornerhouse.org.uk.
2 Vgl. Ulrich Brand, Neue Macht der Peripherie, in: „Blätter“ 4/2004, S. 146-149.
3 Josh Bivens, Shifting blame for Manufacturing Job Loss, www.epi.org.
4 Vgl. Pia Eberhardt und Alexis Passadakis, Big Business in der WTO, in: „Blätter“ 2/2006, S. 139-142.

Wolfgang Müller

Weltkrieg um Wohlstand?

Die gelbe Gefahr – mal wieder

China Bashing ist in: In den USA schon lange, so vor den letzten Präsidentschaftswahlen oder immer wenn wieder ein chinesischer Konzern einen US-Konzern übernehmen will. Jetzt droht das Gespenst der gelben Gefahr auch in Deutschland. Auf dem Titelbild einer der letzten Ausgaben des „Spiegel“ überschwemmt eine Armee von Terracotta-Kriegern die Welt mit Autos, Handys, DVD-Playern usw. Diese chinesische Armee ist unaufhaltsam, so die Botschaft der Spiegel-Titelgeschichte, weil die chinesische Konkurrenz sich an keinerlei Standards hält – egal ob Sozialstandards wie das Verbot von Kinderarbeit oder der Schutz geistigen Eigentums. In der Sache geht es darum, was der Aufstieg vor allem Chinas und Indiens für die Weltwirtschaft und vor allem für die Ökonomien und Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen der Triade (Nordamerika, Westeuropa, Japan) bedeutet. Dagegen fordert der Spiegel-Autor – zusammen mit Angela Merkel - ein transatlantisches Wirtschaftsbündnis (TAFTA) gegen den Angriff aus China, gegen den neuen Weltwirtschaftskrieg aus Fernost.

Steine gegen China aus dem deutschen Glashaus

Speziell aus der Sicht des deutschen Kapitals ist die China-Schelte einigermaßen pikant: Während in den USA binnen weniger Jahre jeder sechste Arbeitsplatz in der Industrie verloren gegangen ist, haben die deutschen Schlüsselindustrien Maschinenbau und Automobilbranche bis 2004 netto Arbeitsplätze aufgebaut. Bekanntlich „sind wir“ Exportweltmeister, d.h. keine andere Volkswirtschaft exportiert mehr. 10% aller Welt-Exporte kommen aus Deutschland, mit steigender Tendenz. Aus China über 8%, allerdings mit einer noch höheren Steigerungsrate. Für 2007 rechnen die Wirtschaftsverbände mit einer weiteren Steigerung des Anteils der deutschen Warenexporte am globalen Handel. Nach allen Erkenntnissen ist derzeit das Arbeitsplatz-Saldo aus Job-Sicherung durch Exporte gegenüber Arbeitsplatzverlagerungen für Deutschland insgesamt positiv.

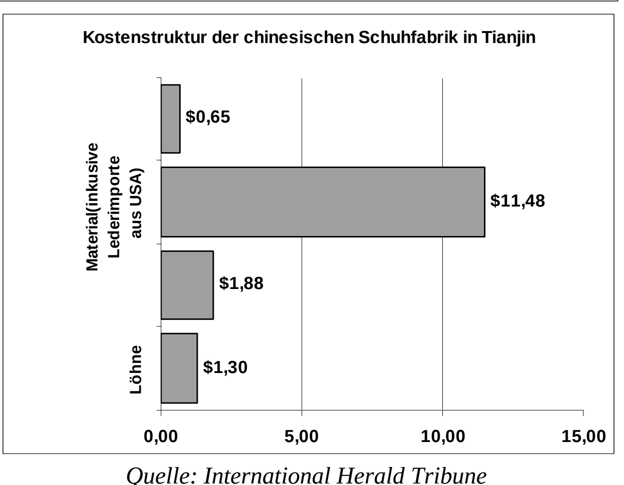
Man kann auch sagen: Die andauernde rabiate Ausdehnung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten, verbunden mit der deutlichen Absenkung der Reallöhne, hat der deutschen Industrie massive Vorteile in der internationalen Konkurrenz beschert. Die Konkurrenz aus China hat – bislang - vor allem die Volkswirtschaften anderer Industrieländer massiv getroffen.

Außerdem war gerade der Aufstieg der deutschen Industrie Ende des 19. und im frühen 20. Jahrhundert begleitet vom Kopieren englischer Qualitätsprodukte. „Made in Germany“ wurde als Schutzsiegel gegen die Billigkonkurrenz aus Deutschland eingeführt. Der industrielle Aufstieg eines kapitalistischen Nachzüglers auf dem Weltmarkt – ob Deutschland, Japan oder jetzt China- ist immer begleitet von Technologieklau oder „Reverse Engineering“ – das Auseinandernehmen eines komplexen Produkts mit dem Ziel, es selbst „nach“ zu entwickeln.

Wertschöpfung einer chinesischen Schuhfabrik in Tianjin ($)

Schufabrik in China $15,31

Einzelhändler in den USA $34,70



Quelle: International Herald Tribune

Wie gefährlich ist China wirklich?

Zweifellos verändern sich die Gewichte in der kapitalistischen Konkurrenz, seit China mit 1,3 Mrd. Einwohnern und Indien mit knapp 1 Mrd. Einwohner zunehmend in den kapitalistischen Weltmarkt integriert sind. Ein unerschöpfliches Heer von Arbeitskräften, darunter mehrere hunderttausend Ingenieure, die jährlich die Hochschulen verlassen, steht plötzlich zusätzlich zur Ausbeutung zur Verfügung. Durch die *„größte Umwälzung der Klassenstrukturen in der Neuzeit“* (Eric Hobsbawm) sind plötzlich hunderte Millionen chinesischer Bauern ihrer Produktionsmittel beraubt und drängen als Wanderarbeiter auf die Baustellen in Peking und Shanghai, in die Elektronikmontagen in Suzhou und Shenzhen. Das drückt nachhaltig auf die Preise von Produkten wie von Arbeitskräften auf dem Weltmarkt. Bislang scheint das chinesische Kapitalismusmodell zu funktionieren, das die Vorteile des grenzenlosen Nachschubs billigster Arbeitskräfte mit einer High-Tech-Entwicklungsstrategie kombiniert.

China: Exportmaschine mit Fragezeichen

Nach Daten der chinesischen Zollbehörden trugen 2004 60% aller Warenexporte aus China das Etikett von amerikanischen, japanischen oder deutschen etc. Multis. Bei Kategorien wie Computerteilen und Konsumelektronik ist der Anteil der Multis noch höher. Diese Warenexporte sind Teil der **konzerninternen Produktions- und Lieferkette**. In China wird konzernintern oder durch Auftragsfertiger produziert oder montiert, was anderswo entwickelt und designed wird. Die Wertschöpfung in China ist gering. **Der Löwenanteil der Gewinne landet in den Finanzdrehscheiben der**

Multis in irgendwelchen Steueroasen. Chinesische Kapitalisten, die für WalMart oder Metro, für Adidas und Timberland produzieren, klagen über den **doppelten Druck** ihrer Auftraggeber: Bei jedem neuen Auftrag müssen sie noch billiger sein. Gleichzeitig sollen sie auch noch Sozialstandards zum Wohle des Markenimage ihrer Auftraggeber einhalten.

Some Assem Needed: China as Asia Facto

Außerdem ist "Made in China" oft zum großen Teil anderswo gefertigt. Denn die Multis nutzen China oft nur als allerletzte Montagestation in ihren globalen Produktionsnetzen. Das verzerrt die Zahlen über globale Handelsströme und macht die chinesische Volkswirtschaft zu einer größeren Handelsmacht, als sie in der Realität ist. Die multinationalen Konzerne und die globalen Einzelhandelsriesen sind die großen Gewinner dieser Globalisierung: „*In den 90er Jahren haben Konzerne mit Basis in Amerika, Europa und in Asien ihre Fertigungen nach China verlagert. Aber die Kontrolle über und damit die Profite aus diesen Fertigungen bleiben fest in der Hand ausländischer Firmen. China bekommt zwar die Lohnsumme, aber nicht die Profite aus dieser Globalisierung*", erklärte ein Experte vom MIT in Boston.

Die Wertschöpfungsketten werden immer komplexer. Zwischenprodukte aus vielen Ländern gehen zur Endmontage nach China. Daten über den bilateralen Handel sind zunehmend irrelevant. Die Handelsbilanz zwischen China und den USA sagt genauso wenig aus wie die zwischen Bayern und Berlin. Ein Label „Montiert in China" würde besser die tatsächlichen Verhältnisse reflektieren, in denen von einer Barbie-Puppe, die in den USA 20 $ kostet, genau 35 Cent in China bleiben. Das britische Wirtschaftsmagazin Economist zitiert den Ökonomen Mei Xinyu vom chinesischen Handelsministerium: „*China hat in den letzten Jahren ein paar nette Zahlen vorzuweisen. Aber amerikanische und ausländische Firmen insgesamt haben die realen Profite gemacht.*"

Dass hohes Exportwachstum nicht unbedingt qualitatives Wachstum bedeutet, drückt sich auch in der Entwicklung von Export- und Importpreisen aus: In den letzten 20 Jahren verschlechterten sich die Preise der chinesischen Exporte gegenüber den Importen um 30%. Das Wachstum, die entstandenen Überkapazitäten und die Währungsrelationen haben die China-Preise gedrückt

Wer kontrolliert Chinas Elektronikindustrie?

Vor 10 Jahren kontrollierte Taiwan den Markt für Computer-Komponenten und produzierte auf Taiwan. Heute kontrollieren taiwanesische Konzerne weiter diesen Markt, aber die Produktion ist auf das chinesische Festland gewandert, weil die Lohnkosten in Taiwan zu hoch sind. Dasselbe gilt für japanische und koreanische Konzerne: Panasonic hat 70.000 Beschäftigte in China, die Hauptfertigung von Toshiba-Computerprodukten ist südlich von Shanghai. Samsung hat 23 Fabriken mit 50.000 Beschäftigten in China und letztes Jahr die Notebook-Fertigung in Südkorea geschlossen. Diese Firmen sind nach China gekommen wegen niedriger Löhne (75 US-Cents Stundenlohn) und einem Fabriksystem mit jungen Arbeitskräften, die in Schlafsälen auf dem Fabrikgelände kaserniert sind. Dazu kommen Steuerbefreiungen und niedrige Ansiedlungskosten.

Die China-Wanderung der Elektronikindustrie hinterlässt natürlich Spuren in der Handelsstatistik: 1990 war Japan der größte Handelspartner der USA im Pazifik. 38% aller US-Importe kamen aus Asien. Inzwischen – 15 Jahre später - ist China der größte asiatische Handelspartner der USA mit einem Handelsbilanzüberschuss von 200 Mrd. Dollar im Jahr 2005. Gleichzeitig ist der Anteil Asiens an den US-Importen auf 36% gesunken, was den Preisdruck aus China reflektiert.

Aber trotz der China-Wanderung der Elektronikindustrie haben die Konzerne aus Japan, Südkorea oder Taiwan ihren Einfluss in der **globalen Wertschöpfung** der Elektronikindustrie weiter ausgedehnt durch Konzentration auf Entwicklung und Fertigung von komplexeren Produkten und Komponenten. Deshalb hat China mit dem Rest von Asien ein Handelsdefizit von 137 Mrd. $.

Chinas Aufstieg als Handels-Weltmacht unterscheidet sich wesentlich vom Aufstieg Japans in den 80er Jahren. Damals wurden japanische Konzerne wie Toyota, Honda oder Sony zu weltbekannten Marken und Branchengrößen. Solche globalen Konzerne hat der chinesische Kapitalismus bislang nicht hervorgebracht. Bislang haben nur wenige chinesische Konzerne in diesen Industrien den Aufstieg von Montage und Fertigung im Fremdauftrag zu eigener Forschung und Entwicklung und Marketing geschafft.

EU- und US-Konzerne drohen mit Investitionsstopp bei Verschärfung des chinesischen Arbeitsrechts

Dass die internationalen Konzerne in China mit der Politik **dasselbe Erpressungsspiel machen wie in Europa oder den USA**, zeigten die Einlassungen der US- und der EU-Handelskammer in China zum Entwurf eines neuen Arbeitsvertragsgesetzes. „*Ausländische Unternehmer weisen den Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes zurück - Rückzug von Investitionen aus China angedroht*", titelte das 21 Century Economy Journal am 11.5.2006. Nach dem Gesetzentwurf soll z.B. am Ende eines befristeten Arbeitsvertrages - in China die Regel – eine Abfindung fällig werden.

Die HEU (EU-Handelskammer) drohte: „*Die strengen Verordnungen im neuen Gesetz werden die Beschäftigungsflexibilität der Arbeitgeber in hohem Maße beschränken und damit die Produktionskosten in China erhöhen. Die Erhöhung der Produktionskosten wird die ausländischen Unternehmen zwingen, weitere Investitionen und den Ausbau ihrer Chinageschäfte zu überdenken.*"

Dagegen erklärte der chinesische Sozialwissenschaftler Guo Jun: „*Was die chinesische Wirtschaft tatsächlich beeinträchtigt, ist die übermäßige Verletzung der Interessen der Arbeitnehmer. Dies behindert auch die Erhöhung der Qualität der Arbeitskräfte und hält die chinesische Wirtschaft auf einem niedrigen Niveau der Entwicklung … Sollte dieses Gesetz etwas beeinträchtigen, dann die übermäßigen Profite und ungerechtfertigen Interessen durch die Verletzung der Interessen der Arbeitnehmersch*aft".

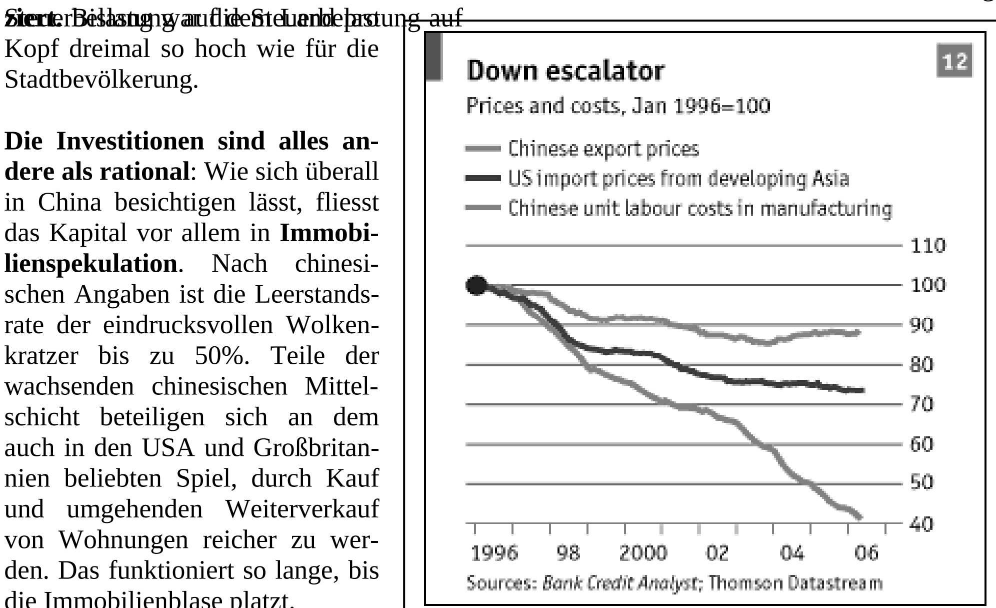
Überakkumulation und Fehlsteuerung von Kapital

China investierte in den letzten Jahren ca 40% des erwirtschafteten Bruttoinlandprodukts. Die Überakkumulation von Kapital hat sich in den letzten 10 Jahren noch verschärft. In anderen Entwicklungsländern sind 25% üblich. In den kapitalistischen Metropolen wie Deutschland beträgt die Rate um die 20%.

Was investiert wird, kann nicht konsumiert werden. Die extrem hohe Investitionsquote ist also ein Indiz dafür, dass die chinesische Bevölkerung gezwungenermaßen die Kosten des Aufbaus trägt. Der Boom in den chinesischen Küstenregionen, der Aufstieg einer gut verdienenden Mittelschicht, ist **von Bauern und Wanderarbeitern finanziert.** Die Steuerbelastung auf dem Land pro Kopf dreimal so hoch wie für die Stadtbevölkerung.

Die Investitionen sind alles andere als rational: Wie sich überall in China besichtigen lässt, fliesst das Kapital vor allem in **Immobilienspekulation**. Nach chinesischen Angaben ist die Leerstandsrate der eindrucksvollen Wolkenkratzer bis zu 50%. Teile der wachsenden chinesischen Mittelschicht beteiligen sich an dem auch in den USA und Großbritannien beliebten Spiel, durch Kauf und umgehenden Weiterverkauf von Wohnungen reicher zu werden. Das funktioniert so lange, bis die Immobilienblase platzt.

Die **massive Fehlallokation von Kapital** treibt ihre Blüten auch in der Industrie: Längst hat die chinesische Automobilindustrie Kapazitäten, die weit über die absehbare Binnennachfrage hinausgehen. Das ist in erster Linie das Ergebnis der Chinabesoffenheit der westlichen und japanischen Autokonzerne, die alle auf dem künftig größten Automarkt der Welt präsent sein wollen und deshalb alle Partnerschaften mit chinesischen Staatskonzernen eingegangen sind. Auch die Stahlindustrie hat bei bestimmten Stahlsorten inzwischen **Überkapazitäten**: Zwar hat die Nachfrage aus China in den letzten Jahren die Stahlpreise auf dem Weltmarkt hoch getrieben. Aber gleichzeitig sind so große neue Kapazitäten entstanden, dass bei einem absehbaren Einbruch der Weltkonjunktur China die Welt mit billigem Stahl überschwemmen wird. In der Elektronikindustrie zeigt der gnadenlose Preiskampf, dass hier kaum noch Geld mehr verdient wird.



Die steigende Konkurrenz chinesischer Produzenten auf dem Weltmarkt führt zu Überproduktion, fallenden Exportpreisen und sinkenden Lohnstückkosten (Diagram: „The Economist“ 6.9.2006)

Exzessiver Aufbau von Kapazitäten

Dieser exzessive Aufbau von Kapazitäten führt zwangsläufig zu **Preisverfall**, zu Deflation. In China wird ein großes Rad gedreht, aber wenig Geld verdient. Die Kapitalproduktivität nimmt rapide ab: Kein anderes Land braucht soviel Kapitaleinsatz für Wachstum. Für einen Dollar Ergebnis (BIP) müssen 40 Cents investiert werden. Das Handelsblatt hat diesen Widerspruch so beschrieben: Die ineffizienteste Volkswirtschaft der Welt erzeugt das schnellste Wachstum der Welt.

Chinas Low-Cost-Strategie: keine dauerhafte Option

Immer mehr Kapital wird für die Aufrechterhaltung der hohen Wachstumsraten gebraucht. Die Wachstumsraten sind auf zweistelligem Niveau, weil sonst noch mehr soziale Konflikte drohen. Der spekulative Kapitalzufluss (geschätzt 500 Mrd. $ in 2004) wegen der erwarteten Aufwertung des Renminbi (Volksgeld) nimmt weiter zu und treibt zusätzlich das Wachstum der Kreditmenge, die dreimal so schnell wächst wie das Inlandsprodukt, und das Investitionsvolumen, das sogar sechsmal so schnell wächst wie das Inlandsprodukt.

Alles, was China braucht (Energie, Rohstoffe), wird teurer. Von allem braucht China immer mehr, der Energiebedarf wächst exponentiell. **Aber alles, was China liefert, wird billiger**. Der gesellschaftliche Preis dafür: immer mehr soziale Konflikte und **Unruhen**, Raubbau an der Arbeitskraft, massive Umweltzerstörung.

Das beste, was der Weltwirtschaft passieren kann: Chinas Wirtschaft orientiert sich auf den Binnenmarkt wird durch private Nachfrage angetrieben.

Das gegenwärtige Entwicklungsmodell in China ist jedenfalls nicht durchzuhalten.

Der Autor ist Mitglied im Aufsichtsrat der Siemens AG und arbeitet für die IG Metall in Bayern. Der Beitrag wurde leicht verändert im „Freitag“ vom 6.10.2006 veröffentlicht.

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis
Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:.
1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

C%rditrad ruft zur Mitarbeit auf:

Coorditrad bietet die Möglichkeit, an spannenden und wichtigen internationalen Kampagnen von Attac teilzunehmen. In Europa verstärkt sich die internationale Zusammenarbeit innerhalb von Attac immer mehr. Seit seiner Gründung im Jahr 1999 spielt Coorditrad hierbei eine wichtige Rolle.

Die Freiwilligen entscheiden jeweils selbst, wie viel sie beitragen möchten – je nach zeitlichen Ressourcen, Themenkenntnissen und Erfahrungsniveau. JedeR bestimmt selbst, wie viel Zeit und Engagement sie/er investieren will. Alle TeilnehmerInnen erhalten die Anfragen für Übersetzungen und wählen aus, was sie interessiert.

Coorditrad soll keine Konkurrenz gegenüber professionellen ÜbersetzerInnen sein, sondern in Fällen zum Einsatz kommen, in denen ohne freiwillige Arbeit keine Übersetzung gewährleistet wäre.

Als ÜbersetzerInnen, DolmetscherInnen, GegenleserInnen, KoordinatorInnen oder mit einer Kombination verschiedener Aufgaben tragen die TeilnehmerInnen dazu bei, dass Attac dem steigenden Bedarf nach Verbreitung von Informationen an ein breites Publikum nachkommen kann.

Alle Sprachen sind erwünscht – denn die Welt ist vielfältig und verschieden, und dies wollen wir auch fördern!

Anmeldeformular : http://www.coorditrad.attac.org/index.php?cmd=reg

Tomasz Konicz

Kapitale Ängste

US-Konzerne drohen chinesischer Regierung mit Investitionsrestriktionen

In China engagierte US-Konzerne sind seit Monaten bestrebt, die Einführung eines neuen Arbeitsrechts zu verhindern, das derzeit von der chinesischen Regierung entworfen wird. So lautet das Fazit eines am Freitag in New York von »Global Labor Strategies« (GLS) vorgestellten Reports. Bei GLS handelt es sich um eine von US-Gewerkschaftsveteranen gegründete Nichtregierungsorganisation, die sich um die weltweite Unterstützung und Koordination von Gewerkschaftskämpfen bemüht.

Besserer Kündigungsschutz

Laut dem Bericht der GLS drohten namhafte US-Konzerne wie Wal-Mart, Google, UPS, Microsoft, Nike, AT&T und Intel mit einer Verminderung ihrer Investitionen in China, sollte der derzeit diskutierte Entwurf des neuen Arbeitsrechts wie geplant im Mai 2007 in Kraft treten. Die Lobbyvereinigung des in China tätigen US-Kapitals, die »American Chamber of Commerce« (ACC), sandte ein längeres Schreiben an die Regierung in Peking, in dem die Vorbehalte und Änderungswünsche der amerikanischen Unternehmen artikuliert wurden. Neben der in Schanghai ansässigen ACC, die 1300 US-Konzerne vertritt, haben sich auch das »US-China Business Council« und die 860 Unternehmen repräsentierende »European Chamber of Commerce« in längeren Schreiben an die chinesische Regierung gewandt. Laut der GLS drohten alle drei Verbände mit dem Abzug ausländischer Konzerne, sollten ihre Einwände nicht gebührend berücksichtigt werden.

Im Zuge der öffentlichen Diskussion des Gesetzentwurfes - ein Novum in der Geschichte der Volksrepublik - hat die chinesische Regierung laut offiziellen Angaben bereits über 200000 Kommentare erhalten, zumeist von Gewerkschaftsaktivisten, aber auch von US-Unternehmen, die sich für die Beibehaltung des Status quo aussprachen. Die geplanten Änderungen sind für chinesische Verhältnisse nahezu revolutionär. Laut Anita Chan, einer Expertin für chinesisches Arbeitsrecht, würden die Löhne für einheimische Wanderarbeiter um 50 oder mehr Prozent steigen. Alle Lohnabhängigen sollen nur noch mit Verträgen arbeiten dürfen, um die prekäre Beschäftigung einzudämmen. Zur Zeit haben nach Schätzungen 15 Prozent aller abhängig Beschäftigten in den Städten Chinas keinen Arbeitsvertrag, auf dem Land sollen es sogar 70 Prozent sein. Die Probezeiten für Neueingestellte sollen auf sechs Monate begrenzt werden. Die derzeit bei Unternehmen beliebte Praxis, sich die Einarbeitungszeit einer neuen Arbeitskraft von dieser als »Training« bezahlen zu lassen, wäre in Zukunft verboten. Da viele Arbeitsverträge in China zeitlich befristet sind, sollen bei deren Nichtverlängerung »Abbruchszahlungen« an die Entlassenen fällig werden. Ferner müßten laut Gesetzentwurf alle Beschäftigten nach einem Jahr automatisch in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Zudem sollen Entlassungen erschwert und besonders ältere Beschäftigte vor Kündigungen besser geschützt werden.

Auch die Interessenvertretung in den Betrieben soll neu geregelt werden. Die Beschäftigten sollen in kollektive Verhandlungen mit der Betriebsleitung über Lohn, Entlassungen, Arbeitssicherheit und ähnliches treten dürfen, indem sie sich an die staatlichen chinesischen Gewerkschaften wenden oder selbst Vertreter wählen. Diese Regelung stört die ausländischen Unternehmer besonders stark, da durch sie zumindest pro forma Betriebsgewerkschaften legalisiert würden. Überbetriebliche, unabhängige Gewerkschaften bleiben jedoch weiterhin verboten

Mehr Arbeiterproteste

Das bisherige Arbeitsrecht Chinas wird oft von Unternehmen gebrochen und gilt als »Papiertiger«, da es kaum Sanktionsmöglichkeiten gibt. Der neue Entwurf sieht hingegen empfindliche Strafen für Verstöße vor. Das Leitprinzip des zukünftigen Arbeitsrechts bestehe nicht darin, den Beschäftigtenschutz dramatisch zu steigern, sondern die »Kosten für dessen Übertretung zu erhöhen«, so ein Berater der chinesischen Regierung gegenüber der New York Times.

Peking befindet sich nicht nur seitens ausländischer Konzerne unter Druck, sondern auch durch die chinesische Arbeiterbewegung. Laut Robin Munro, Forschungsdirektor des »China Labour Bulletin«, sind Arbeiterproteste in China inzwischen an der Tagesordnung. »Wir haben in China eine Arbeiterbewegung. Sie ist nicht organisiert. Sie ist spontan und unvollständig. Aber das war die Arbeiterbewegung in westeuropäischen Ländern auch, bevor Gewerkschaften legalisiert wurden«, wird Munro von der GLS zitiert.

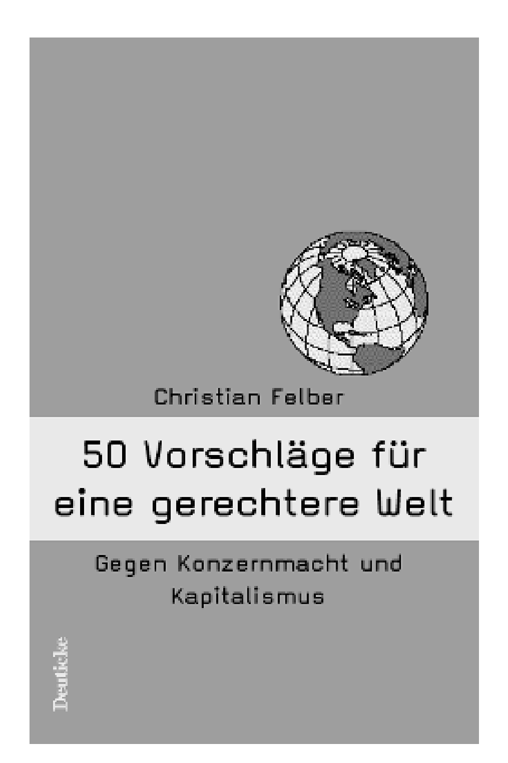
Sogar die offiziellen Statistiken chinesischer Behörden geben Munro recht: Vor zehn Jahren registrierte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit jährlich 10000 größere, teilweise gewalttätige Proteste im ganzen Land. Im Jahr 2005 waren es bereits 87000 mit vielen Millionen Teilnehmern.

Junge Welt, 17. 10 2006

http://www.jungewelt.de/2006/10-17/015.php

Christian Felber
Ernährungssouveränität statt Freihandel

Soziale Bewegungen in Süd und Nord fordern statt Freihandel die Umsetzung des Prinzips der Ernährungssouveränität: Jedes Land und jede Region sollte das Recht haben, die eigene Ernährung sicherzustellen. Im Unterschied zu Ernährungssicherheit, die nur auf die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln abzielt, auch durch Importe, beinhaltet Ernährungssouveränität das Recht des Einzelnen und jeder Gemeinschaft, Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Dieses Konzept richtet sich nicht generell gegen den Handel mit Nahrungsmitteln. Diese sollen nur so lokal wie möglich produziert und vermarktet werden (ökonomische Subsidiarität). Wo dies nicht möglich ist, können selbstverständlich Produkte aus anderen Regionen das Nahrungsangebot ergänzen. Logischerweise bräuchte Island auch in Zukunft keinen Wein anbauen und Bayern keine Kokosnüsse. Hingegen müssen EU-Milchprodukte schleunigst aus Jamaika und chilenische Äpfel aus Mitteleuropa verschwinden. Gerade im Agrarbereich sollte der Welthandel ergänzend sein (Austausch von Spezialitäten) und nicht verdrängerisch (Vernichtungskonkurrenz). Das Prinzip der ökologischen Kostenwahrheit im Transport würde das Ziel der Ernährungssouveränität ungemein erleichtern, weil sich das weltweite Herumfliegen-, schiffen und –karren von Lebensmitteln nicht mehr rentieren würde. Der verbleibende Agarhandel sollte zur Gänze auf Fair Trade umgestellt werden.
Wenn sich arme Länder zum Zwecke der Ernährungssouveränität mit Zöllen oder Importkontingenten vor Billigimporten schützen, können die Subventionen der reichen Länder keinen Schaden mehr anrichten, dann ist es auch egal, ob „Exportsubvention“, „Direktzahlung“ oder „Umweltförderung“ draufsteht.
Exportsubventionen sollten dennoch grundsätzlich verboten werden. Die EU darf den Weltmarkt nicht als Abfallkübel für ihre industriellen Überschussprodukte verwenden, ebenso wenig die USA die „Nahrungsmittelhilfe“ für die Verbreitung von gentechnischem Saatgut.
Zur Anerkennung des Prinzips der Ernährungssouveränität durch die Industrieländer gehört auch, dass sie die „Besetzung“ der fruchtbarsten Bäden im Süden aufgeben, zumindest dort, wo Hunger herrscht, und sich mit Futtermitteln und Biokraftstoffen selbst versorgen. Zugespitzt: Der Hunger in Brasilien darf nicht länger Zutat unseres Sonntagsschnitzels (und zukünftig unserer Autotanks) sein. Falls dies zu etwas höheren Fleischpreisen führen sollte, wäre das nur gut. Der Fleischkonsum ist in den Industrieländern viel zu hoch. Eine Absenkung wäre der Gesundheit der BewohnerInnen Europas und der USA nur zuträglich. Im Norden leiden ungefähr so viele Menschen an Übergewicht wie im Süden hungern.



Den GlobalisierungskritikerInnen wird immer wieder vorgeworfen, sie würden nur Probleme aufzeigen, aber keine Lösungen bieten: Dieses Buch entkräftet diesen Vorwurf eindrucksvoll.

Es stellt 50 konkrete Alternativen zur gegenwärtigen Form der Globalisierung und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche vor. Die Lösungsmodelle reichen von der Neugestaltung der Finanzmärkte und des Welthandels über allgemein verbindliche Regeln für Konzerne und Standortkooperation bis hin zu sozialer Sicherheit und globaler Steuergerechtigkeit.

ISBN: 3-552-06040-5
EUR 20,50 (A)/ 19,90 (D)/SFR 36,00

www.zsolnay.at

Attac Österreich: Neue EU-Handelspolitik: Wunschkonzert für Konzerne
Aggressive bilaterale EU-Strategie bedroht Umwelt- und Sozialstandards

04.10.2006:
EU-Handelskommissar Mandelson stellt am Mittwoch in Brüssel die Grundzüge der neuen „Global-Europe“-Strategie zur externen Wettbewerbsfähigkeit in der internationalen Handels- und Investitionspolitik vor. Die darin skizzierten Vorschläge lesen sich wie eine Wunschliste europäischer Konzerne für neue aggressive bilaterale Handels- und Investitionsverträge. „Die großen Herausforderungen unserer Zeit, nämlich Entwicklung, Umwelt und soziale Sicherheit fallen dabei völlig unter den Tisch“, kritisiert Franziskus Forster von Attac Österreich.

Ziel der EU-Strategie ist es, europäische Konzerne in Drittländern von umwelt-, sozial- und entwicklungspolitischen „Hindernissen“ zu befreien. Die Menschen in den Zielländern der EU-Strategie werden mit keinem Wort erwähnt. „Diese Politik gefährdet sowohl die von Armut Betroffenen im Süden, als auch das europäische Sozialmodell“, so Forster. Auch innerhalb der EU will die Kommission eine unternehmerfreundlichere Umgebung schaffen. Handelspolitik soll den Rahmen für nationale Gesetzgebung festlegen. Die Opfer dieser Strategie sind nach Einschätzung der EU-Kommission „in bestimmten Bereichen sehr konzentriert und sichtbar“ und meint damit „die weniger qualifizierten und verwundbaren Arbeiter“. „Der dafür vorgesehene „Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“ wird wohl hauptsächlich dem schlechten Gewissens der Kommission dienen“, so Forster.

Die Industrie dürfte mit der neuen EU-Strategie, wie sie sich nun abzeichnet, hoch zufrieden sein. Das darf nicht verwundern, spiegelt sie doch in allen Bereichen den Forderungskatalog wider, den sie seit Jahren unentwegt vorträgt. „Vermutlich würden sich aber auch die EU-Bürger wünschen, gefragt zu werden, ob sie eine solche Politik samt ihren Folgen tatsächlich mittragen wollen. Bei der Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit der EU hat Gerechtigkeit für die Armen offenbar keinen Platz – nicht für die im Norden und erst recht nicht für die im Süden“, so Forster.

Attac fordert seit Jahren eine grundlegende Neuorientierung des Welthandelssystems:
Basis für Handelsbeziehungen muss die Einhaltung von internationalen Normen und Abkommen sein, welche ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Menschenrechte sicherstellen. Die gegenwärtige Wettbewerbsorientierung unterminiert alle diese Ziele.
http://www.attac.at/4880.html

Attac Deutschland
Eine Perspektive für gesellschaftliche Allianzen gegen neoliberale Politik

Brief an FunktionsträgerInnen in den Gewerkschaften zur Verbindung gewerkschaftlicher Sozialproteste mit den Protesten gegen die G8 im Juni 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie jüngst veröffentlichte Daten zeigen, stärken Rekordgewinne in Milliardenhöhe die Position deutscher Unternehmen für ihre globale Expansion. Sie verstärken damit ihren Einfluss weltweit und nutzen ihn für die Beschleunigung des neoliberalen Ab- und Umbaus. Die Bundesregierung drückt Steuern und Sozialabgaben stärker als dies in den europäischen Nachbarländern geschieht und heizt den Standortwettbewerb weiter an – auf dem Rücken fast aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Erwerbslosen und Armen. Die Schwäche der Gewerkschaften trägt dazu bei: Nirgendwo steigen die Löhne langsamer als in Deutschland.

Wir wollen Sand ins Getriebe dieser Entwicklungslogik streuen. Wir beteiligten uns an den DGB-Demonstrationen und deren Vorbereitung in diesem Herbst. Und wir gehen davon aus, dass es vieler weiterer Aktionen bedarf, um die Richtung zu ändern. Deshalb werben wir für eine Orientierung auf die Proteste gegen den G8-Gipfel, der im Juni 2007 in Deutschland stattfindet, damit der Faden nicht abreißt.

Angela Merkel will dafür sorgen, dass beim kommenden G8-Gipfel neben der Energiefrage (die als Energiesicherheit für die Industrieländer definiert wird) die Weltwirtschaft wieder stärker ins Zentrum gerückt wird. Es steht zu erwarten, dass es dabei vor allem um die Wettbewerbsvorteile der Wirtschaft gehen soll.

Die G8 steuern hart auf Neoliberalem Kurs

Das Treffen der mächtigsten Staaten wurde in der Ära von Ronald Reagan und Margret Thatcher zur Speerspitze des neoliberalen Projektes entwickelt. Sie haben ein weltweites Leitbild durchgesetzt, bei dem die Pflege von Kapital und großen Vermögen im Zentrum steht:

Löhne, Sozialabgaben, Steuern, Arbeitnehmerrechte oder Kosten für Umweltschutz werden gesenkt, damit Konzerne und „Shareholder“ attraktive Angebote vorfinden;
Beschränkungen für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen werden abgebaut, öffentliche Einrichtungen und Betriebe privatisiert, um Kapitalbesitzern neue Profitquellen für ihre überschüssigen Gewinne zu erschließen;
Absoluter Vorrang von „Währungsstabilität“, um große Vermögen vor Abwertung zu schützen.

Die G8 betreibt ein globales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das undemokratisch ist, weil es die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen missachtet und die Gesellschaft immer mehr in Arm und Reich, in Mächtig und Ohnmächtig spaltet.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die globalisierungskritische Bewegung, kirchliche Kräfte, soziale Initiativen, die Friedensbewegung und Umweltverbände haben bereits begonnen, sich auf den Gipfel vorzubereiten und werden die öffentliche Aufmerksamkeit für eigene Positionierung nutzen.

Auch für Gewerkschaften gibt es Gründe und Anlässe, sich mit der G8 auseinanderzusetzen.

„Gegenwind für Kapitäne auf Havarie-Kurs“

ist das Motto, unter dem wir die G8-Proteste vorbereiten. Unsere Losung heißt „Genug für alle!“ Sie ist Feststellung - es gibt keinen Mangel, sondern Geld, Güter und Lebensmittel im Überfluss - und radikal demokratische Forderung nach Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle, die hier leben. Daraus ergeben sich Vorschläge, wie wir diesem Ziel näher kommen könnten:

Gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen; Einführung von internationalen Steuern auf Finanztransaktionen (Tobinsteuer) oder Flugbenzin; Schließung der Steueroasen; Verbot von hochspekulativen Finanzanlagen (z.B. Hedge-Fonds); Europaweit harmonisierte Kapitalbesteuerung; solidarische Einfachsteuer.

Arbeitszeitverkürzung, Ausbau von öffentlichen Beschäftigungssektoren, ökologischer Umbau von Industrie, Verkehr und Konsum. Dazu soziale Sicherheit und armutsfeste Einkommen für alle, ob mit oder ohne Erwerbsarbeit und eine solidarische Bürgerversicherung, mit umfassender Gesundheitsversorgung für alle.

Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne durch Mitbestimmung; Rechtsverbindlichkeit von sozialen und ökologischen Standards; demokratische Kontrolle und gesellschaftlich sinnvolle Steuerung – als ein erster Schritt z.B. das Verbot von Entlassungen in profitablen Unternehmen. *)

Es geht nur anders

Die Kräfteverhältnisse in Deutschland und Europa schätzen wir derzeit so ein, dass keine unserer Alternativen – so einleuchtend sie auch sind – durchsetzbar ist, wenn es nicht gelingt breite gesellschaftliche Allianzen zu entwickeln, die über klassische Aktionsbündnisse hinaus reichen; wenn wir nicht gemeinsame Perspektiven entwickeln, die über den nationalen Tellerrand reichen, den universellen Anspruch auf soziale und ökologische Rechte ernst nehmen und zu gemeinsamer Handlungsfähigkeit finden.

Dieser Prozess braucht bewusste Gestaltung. Deshalb sollten wir uns alle in Gewerkschaften, Attac und anderen Zusammenhängen dafür einsetzen, dass sich die unterschiedlichen sozialen und politischen Strömungen des emanzipatorischen Lagers stärker aufeinander beziehen, gemeinsame Debatten und gemeinsame Praxis entwickeln.

Gelegenheiten nutzen

Es wird in den nächsten Monaten eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen geben, die dazu genutzt werden können. Und es gibt schon einige Vorschläge, wie die Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann. Bitte schaut darum auf unsere Internetseite unter http://www.attac.de/allianzen
Wir laden dazu ein, mit uns in Kontakt zu treten, Vorschläge zu machen und Veranstaltungshinweise zu geben – die o.g. Homepage kann Unterstützung sein für Vernetzung.

Viele Grüße, bis bald und alles Gute
Werner Rätz, Bonn und Peter Wahl, Berlin
Attac-Koordinierungskreis
Sabine Leidig, Attac Bundesbüro (GF)

*) Attac möchte punktuelle Eingriffe in das Verfügungsrecht der Kapitaleigner vorschlagen, die Kämpfe ermöglichen. Die hier aufgeführte Forderung ist lediglich ein erster Vorschlag zum Umgang mit dem Problem, dass Konzerne produktive Beschäftigte einzig aus dem Grund entlassen, die Aktienkurse in die Höhe zu treiben. Die konkreten Forderungen, die in Attac Gegenstand einer kontroversen Debatte sind, müssen und werden gemeinsam beraten werden.
http://www.attac.de/allianzen/pages/worum-geht-es/offener-brief.php

Die Aushöhlung von demokratischen Arbeitnehmer/Innenrechten beenden, die gewollten Verarmungsprogramme von Alten, Behinderten, Erwerbslosen, Kindern und Jugendlichen stoppen, die Teilhabe an Arbeit und freier Bildung für alle Menschen, die täglichen Repressionen in der Asyl- und Hartz IV-Politik sofort beenden, für fairen Handel weltweit, Rücknahme der neoliberalen Agendapolitik, Erhaltung des Sozialstaats, Recht auf Wohnung für Alle, sofortiger Stopp aller Kriegsvorbereitungen, Recht auf Bildung:

Statt Armutslöhne, Hartz IV und tägliche Repressionen gegen Erwerbslose:
_ Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 EUR und eine repressionsfreie und armutsfeste Grundsicherung von mind. 500 EUR zuzügl. Kosten der Unterkunft.

Statt Studiengebühren:
_ kostenfreie Bildung und armutsfeste Grundsicherung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule und ein elternunabhängiges, bedarfsdeckendes, darlehenfreies BAfög.



Statt eines permanent gescheiterten Ausbildungspakts:
_ ein Ausbildungsplatzgesetz: wer nicht ausbildet, muss für die Ausbildung zahlen.

Statt Verarmungsprogramme für Kinder und Alleinerziehende:
_ armutsfeste Grundsicherung.

Statt entwürdigender Altersarmut:
_ eine angemessene Rentenanpassung und eine armutsfeste Grundrente.

Statt ‚Rente mit 67' und Arbeitszeitverlängerung:
_ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche, eine faire Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit und die Schaffung von öffentlich geförderten Beschäftigungen.

Statt einem zunehmenden repressiven Maßnahmenstaat:
_ Residenzpflicht für Asylsuchende und Erwerbslose abschaffen sowie gleiche soziale und demokratische Grundrechte für alle hier lebenden Menschen. Recht auf Nahrung, Recht auf Gesundheit, Recht auf Wohnung

***„Demokratie bedeutet Einmischung in die eigenen Angelegenheiten"* (Daniela Dahn, Schriftstellerin)**

Stoppen wir gemeinsam am 21. Oktober 2006 die neoliberalen Interessensvertreter, die uns einreden wollen, es sei kein Geld da und gleichzeitig über die Privatisierung öffentlichen Vermögens und öffentlicher Leistungen die Staatsfinanzen in den Keller fahren.
Stoppen wir mit möglichst allen betroffenen und noch nicht betroffenen Menschen, die Verletzung des Grundgesetzes, indem die sog. Arbeit„geber" keine Arbeit mehr geben und nur noch Gewinne abkassieren.
Das Grundgesetz fordert „Eigentum verpflichtet", deshalb müssen sie zahlen.
Stoppen wir, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, den Lohnraub, diese Teufelsspirale in die Armut, indem wir alle Mindestlohnkampagnen und die Erhöhung des ALG II unterstützen.

Setzen wir uns hier durch, wird der Weg frei für unsere Forderung nach einem Mindestlohn von 10,– Euro die Stunde. Zwingen wir das Kapital zu zahlen, also für die Folgen der Erwerbslosigkeit aufzukommen, ist eine Regelsatzerhöhung auf 500,– Euro leicht finanzierbar.
Zwingen wir die Unternehmen, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, müssen sie neue Arbeitsplätze schaffen, das lässt sich aus den Wirkungen der 35- Stunden-Woche erkennen.
Petitionen und Denkschriften werden nicht reichen um solche Reformen durchzusetzen. Den Herrschenden wird jede dieser Forderungen mühsam abgerungen werden müssen. **Nötig ist politischer Druck**: Sozialer Protest und der Aufbau von politischen Alternativen! Es ist an der Zeit: die Unternehmen und das Kapital müssen sich wieder beteiligen.

• Weg mit Hartz IV!
• Für Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung jetzt.
• Kostenfreie Bildung und Ausbildung!
• Gesundheit ist keine Ware!
• Großzügige Bleiberechtsregelung jetzt!

Schluss mit den „Reformen" gegen uns!

Erstunterzeichner: *Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) || Erwerbslosen Forum Deutschland || Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) || Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) || Labournet || Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne || Projekt Neue Linke || Anti-Kriegs-Bündnis Aachen || DIDF || Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung || Parteilose Wählergruppe Gelsenkirchen || WASG Bonn*
Weitere Unterstützer dieses Aufrufs: ***http://www.protest2006.de/unterstuetzer/unterstuetzer/unterstuetzer/erstunterzeichner.html***



Die Reformen nicht „kritisch begleiten", sondern verhindern! Dazu braucht es mehr als einen folgenlosen Aktionstag

Offensichtlich wird der von den Arbeitgeberverbänden verlangte Sozial- und Lohnabbau von der Bundesregierung weiter vorangetrieben. Kaum hat sie aber verlauten lassen, dass die Gesundheitsreform um 3 Monate verschoben wird, haben schon einige Gewerkschaftsverantwortliche vernehmbar aufgeatmet. Der DGB-Vorsitzende Sommer hofft, dass in der so gewonnenen Zeit „Nachbesserungen" durchgesetzt werden können. Wir sehen aber überhaupt keinen Grund zur Entwarnung, denn:

die große Koalition ist sich ausnahmslos darin einig, dass die Reform auf Kosten der Lohnabhängigen und Bedürftigen durchgesetzt werden soll. Die Verschiebung des Starttermins ergab sich nicht aus dem bisher entwickelten Widerstand der Betroffenen, sondern aus den inneren Ungereimtheiten der Reform und aus den Bedenken, die Fachkreise für die technische Umsetzung sehen. Die Verursacher der Misere werden weiterhin geschont: der gesamte medizinisch-industrielle Komplex, vor allem die Pharmaindustrie mit ihren ungeheuren Gewinnen; die Unternehmen, die ungebremst Massenentlassungen vornehmen und so für die hohe Erwerbslosigkeit und die daraus resultierenden geringeren Beitragszahlungen verantwortlich sind; die faktisch heute schon durchgesetzte weitgehende Deckelung des so genannten Arbeitgeberbeitrags; die Aufrechterhaltung der Beitragsbemessungsgrenze; die Fortexistenz der privaten Krankenversicherungen usw.

die Rente mit 67 ist in der großen Koalition alles andere als strittig; sie wird nicht mit Argumenten zu verhindern sein.

Genauso ist es mit den verschärften Maßnahmen gegen Erwerbslose, vor allem gegen Langzeitarbeitslose, denen mit den unterschiedlichsten Mitteln die Hölle heiß gemacht werden soll. Auch die SPD unter Beck will den „Missbrauch" von Hartz IV bekämpfen, nur über das Tempo der weiteren Vorstöße gibt es Differenzen. Dabei ist die Forderung der „Fünf Weisen" nach Senkung des Arbeitslosengeldes II um 30% nur die Speerspitze der weiteren Offensive zur Einführung von Kombilöhnen und anderer Mittel zur Durchsetzung von Zwangsarbeit zu Hungerlöhnen und zur generellen Absenkung des Lohnniveaus.

Ein paar Kundgebungen am 21. Oktober und das war`s?

Die Vorbereitungen für den Protesttag am 21. Oktober erwecken bei den KollegInnen nicht den Eindruck, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften wirklich Widerstand entwickeln wollen: Es sind keine weiteren Aktionen geplant. Ein paar Kundgebungen an einem arbeitsfreien Tag werden – wenn es dabei bleibt – nicht mehr als eine Zeitungsmeldung bewirken. Das spüren die KollegInnen und fühlen sich nicht groß motiviert.

Es fehlt vor allem das in sich schlüssige Gegenmodell zu den „Reformen" der Bundesregierung. Die vom DGB vorgebrachten Vorschläge sind größtenteils so schwammig, dass sich die meisten KollegInnen nichts (beziehungsweise sehr unterschiedliche Dinge) darunter vorstellen können. So wird als Antwort auf das Bestreben nach Kombilöhnen ein Mindest-lohn von sage und schreibe 7,50 Euro gefordert! Wer soll davon wirklich leben können! Kein Wunder, dass diese Losung keine Begeisterung unter den Betroffenen, den Millionen von Billiglöhnern, hervor-gerufen hat.

Nein! Am Widerstand der französischen KollegInnen ein Beispiel nehmen!

Der Sinn des 21. Oktober darf nicht darin liegen, dass der DGB nur mal der Regierung zeigen kann, dass noch ein paar hunderttausend Menschen hinter ihm stehen, und dass man doch bitte den DGB wieder ernst nehmen und mit ihm sprechen soll! Wenn wir überhaupt was erreichen wollen, müssen wir uns an den KollegInnen in Frankreich ein Beispiel nehmen, die im letzten Frühjahr auch nicht von einer Woche auf die nächste geschlossen auf der Straße waren. Aber sie haben sich in einer entschlossenen Kampagne des Widerstands wochenlang zur Wehr gesetzt und sind dabei immer zahlreicher geworden, bis am Schluss 3 Millionen gleichzeitig auf der Straße waren, viele davon in der Arbeitszeit, also streikend! Das Gesetz zur Aufhebung des Kündigungsschutzes für unter 26-jährige wurde daraufhin wieder abgeschafft.

Die große Koalition setzt die Agenda 2010 fort. Wir gehen davon aus, dass hartnäckiger Widerstand erforderlich ist. Machen wir deutlich, dass für uns der 21. Oktober nur ein Auftakt ist. So wie die Regierung es ernst meint, meinen wir es auch ernst und nur wenn wir „Butter bei die Fische" tun und unseren Widerstandswillen in einer anhaltenden Kampagne entwickeln, können wir die bisher noch Unentschlossenen zum Mitmachen bewegen. Und nur wenn wir uns mit einem schlüssigen Konzept an die breite Öffentlichkeit wenden, können wir so große Kreise ziehen, dass auch die Bundesregierung zum Rückzug gezwungen wird.

Wir fordern:

Gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 € in der Stunde für alle Branchen und Tätigkeiten

Ein Mindesteinkommen für Erwerbslose, wenigstens 500 € Eckregelsatz sowie Unterkunftskosten und Heizung

Absenkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ohne Abschläge

Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Sofortige flächendeckende Umsetzung der 35-h-Woche und Kurs auf die 30-h-Woche

Verbot von Massenentlassungen

Weg mit der Gesundheitsreform. Statt dessen: Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Festpreise für alle Medikamente. Weg mit der Praxisgebühr und den Zuzahlungen. Keine Deckelung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungen. Paritätische Finanzierung. Einheitl. bedarfsdeckende Krankenversicherung

Die sofortige Rücknahme der Senkung der Körperschafts- und Einkommenssteuer für Konzerne und Spitzenverdiener – Wiedereinführung der Vermögenssteuer – keine Mehrwertsteuererhöhung

22. September 2006

Weitere Infos unter:
www.labournet.de/GewLinke
DGB-Material zum 21.10. :
http://www.dgb.de/aktionstag/index_html

Angela Klein
Mindestlohn
Kein Stundenlohn unter 10 Euro - Sonst bleibt man arm trotz Arbeit

Seit Januar dieses Jahres führen Ver.di und NGG eine gemeinsame Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro, schrittweise soll er auf 9 Euro angehoben werden. Nun will Müntefering in Absprache mit dem DGB 6 Euro durchsetzen.
Seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sind in den meisten europäischen Staaten die Reallöhne hinter der Produktivitätsentwicklung zurück geblieben, sodass der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen fast überall rückläufig ist — während der Anteil der Kapitaleinkommen steigt. Darin schlägt sich die massive Umverteilung von unten nach oben wieder, die alle Regierungen — nicht zuletzt durch ihre Politik der Steuergeschenke an die Reichen — betrieben haben.
Aber auch unter den abhängig Beschäftigten haben die Lohnunterschiede zugenommen — vor allem ist die Zahl derer, die im Niedriglohnbereich arbeiten, sprunghaft gestiegen. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen in den letzten zehn Jahren geht so gut wie ausschließlich auf ihr Konto. In Deutschland arbeiteten laut einer WSI-Studie bereits 1997 36% aller Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor — das waren fast 7,9 Millionen Menschen. 24% (5,3 Millionen) erhielten 1997 einen prekären Lohn ; 12% (2,6 Millionen)bekamen einen Armutslohn.
Der Niedriglohnbereich umfasst Armutslöhne — das sind Löhne unter 50% des durchschnittlichen Monatsbruttos bei Vollzeitbeschäftigung — und prekäre Löhne — das sind Löhne unter 75% des durchschnittlichen Monatsbruttos bei Vollzeitbeschäftigung.
Der durchschnittliche Monatslohn (der abhängig Beschäftigten) liegt derzeit bei 2884 Euro. Ein prekärer Lohn liegt unter 2163 Euro im Monat brutto, ein Armutslohn unter 1442 Euro — wohlgemerkt für einen Vollzeitjob.

Faktor Arbeitslosigkeit

Mehrere Faktoren erklären die rasante Zunahme des Niedriglohnbereichs seit den 90er Jahren. Der erste und wichtigste ist die seit gut 30 Jahren anhaltende und zunehmende Massenarbeitslosigkeit. Sie führt dazu, dass — auch im Bereich der Gewerkschaften — die Haltung sich verstärkt, Arbeit zu fast jedem Lohn sei besser als gar keine Arbeit. Seit die Gewerkschaften nach der Einführung der 35-Stunden-Woche um den Preis flexibler Arbeitszeiten das Thema Arbeitszeitverkürzung fallen gelassen haben, entwickeln sie keine eigene Antwort mehr auf die Massenarbeitslosigkeit. Die Propaganda der Unternehmer, niedrige Löhne schafften Arbeitsplätze, bleibt unbeantwortet.
In den 90er Jahren konnten diese ihre Forderungen deshalb Schritt für Schritt durchsetzen: Beschäftigungsverhältnisse wurden befristet, Leiharbeit verallgemeinert, sozial und tariflich nur unzureichend geschützte Mini- und Midijobs gesellschaftlich hoffähig und schließlich in Gestalt der 1-Euro-Jobs Arbeit fast zum Nulltarif angeboten.
Die gewerkschaftliche Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns weicht dem Thema Massenarbeitslosigkeit weiter aus. Sie konzentriert sich darauf, in einem bestimmten Segment des Arbeitsmarkts, nämlich bei den Vollzeitbeschäftigten, einen Damm einzuziehen. Deren Löhne können dem Erosionsdruck der Massenarbeitslosigkeit nicht standhalten. Das WSI hat berechnet, dass es (immer bezogen auf 1997) in 130 Tarifbereichen Tätigkeiten bzw. Tarifgruppen unter 6 Euro Stundenlohn gab. Zugleich ist die Zahl derer gestiegen, die völlig ohne den Schutz eines Tarifvertrags auskommen müssen — im Westen auf 30%, im Osten auf 45% der Beschäftigten. Sie müssen ihren Arbeitslohn individuell mit dem Arbeitgeber aushandeln. Die Bedeutung der Gewerkschaften als ein Kartell, das durch monopolistische Organisierung dafür sorgt, dass der Preis der Ware Arbeitskraft so hoch wie möglich getrieben wird, sinkt rapide.

Die Gewerkschaften

Dies mag einige Vorstände zum Umdenken veranlasst haben. Denn noch der 17.DGB-Bundeskongress im Jahr 2002 wehrte die Forderung von Ver.di und der IG BAU nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ab. Die Mehrzahl der Gewerkschaften argumentierte damals, Löhne und Gehälter würden in Tarifverträgen geregelt, ein gesetzlicher Mindestlohn stelle einen Eingriff in die Tarifautonomie dar. Wortführerin war die IG Metall, deren Vertreter zur Begründung dieser Position u.a. ausführten, der damals von der NGG (für eine Vollzeitbeschäftigung) geforderte Mindestlohn von 1500 Euro brutto läge über einigen Tarifen im Metallhandwerk (vgl. SoZ 7/02).
Dabei blieb es jedoch nicht. Im DGB wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet und es gab zwischen den Einzelgewerkschaften eine intensive Debatte mit dem Ziel, eine gemeinsame Position zu formulieren. Der auf dem DGB-Kongress im Mai 2006 erzielte gemeinsame Nenner sieht nun wie folgt aus:
Alle Gewerkschaften erachten einen Mindestlohn für erforderlich. Sie schlagen jedoch unterschiedliche Wege dahin ein:
•Ver.di und NGG haben eine gemeinsame Kampagne zur Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns gestartet, wobei sich in der Festlegung der Höhe Ver.di durchgesetzt hat: die gemeinsame Forderung beläuft sich nun auf einen Brutto- Stundenlohn von 7,50 Euro.
•Die IG BAU fordert eine Ausweitung des Entsendegesetzes. Sie hat mit den Bau-Arbeitgebern Mindestlöhne ausgehandelt und will vor allem vermeiden, dass ausländische Beschäftigte zu ihren Heimatlöhnen hier arbeiten.
•Die IG Metall fordert eine gesetzliche Untergrenze für niedrige Tariflöhne und tariffreie Bereiche sowie die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit für die untersten Branchentariflöhne.
Die Linksfraktion im Bundestag fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro die Stunde. Die SPD erwägt, wenn überhaupt, einen Mindestlohn von 6 Euro; die CDU/CSU 4,50 Euro; die FDP lehnt ihn gänzlich ab.

Mindestlohn und Armutsgrenze

Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden bringt nachstehender Stundenlohn folgenden Monatslohn (brutto/netto bei Steuerklasse I):
10,00 Euro: 1670 Euro (Erwerbslose)
9,00 Euro: 1500 Euro (NGG, WASG)
8,80 Euro: 1479 Euro
Armutslohn: 1442 Euro brutto
8,38 Euro: 1400/992 Euro (LPDS)
8,00 Euro: 1334/963 Euro (Die Linke im Bundestag)
7,50 Euro: 1250/917 Euro (Ver.di, NGG)
6,00 Euro: 1000/768 Euro (SPD, DGB?)

1961 forderte die Europäische Sozialcharta des Europarats, die in Turin auch von der Bundesrepublik unterzeichnet wurde, kein Lohn dürfe unter 68% des Durchschnittslohns liegen — das wären 11,90 Euro — das Doppelte von dem, was Müntefering jetzt durchsetzen will! Das ist der Fortschritt, den uns der Kapitalismus in den letzten 40 Jahren gebracht hat.

Ein Bruttostundenlohn von 8 Euro, den die Linke im Bundestag jetzt fordert, liegt netto noch unterhalb der Pfändungsfreigrenze von 990 Euro. Diese Freigrenze definiert in der bürgerlichen Rechtsprechung das Einkommen, das nicht verpfändet werden darf, weil man es zum Leben braucht. In einigen Berechnungen wird sie deshalb auch als Armutsgrenze (auch ohne Arbeit) angeführt. Die EU definiert die Armutsgrenze anders (60% des Nettoäquivalenzeinkommens) und kommt auf 730 Euro. Zum Vergleich: ALG II führt bei Singles zu einer monatliche Stütze um die 660 Euro.

Die Zahlen belegen: Sowohl die Gewerkschaften als auch beide Linksparteien haben bereits stillschweigend akzeptiert, dass der Mindestlohn allmählich auf die Armutsgrenze gedrückt wird. Damit werden Mindestlöhne aber nicht armutsfest gemacht. Denn wenn schon der Lohn auf der Armutsgrenze liegt, zwischen Mindestlohn und Sozialhilfe aber ein Lohnabstand liegen soll, kann das nur bedeuten, dass die Sozialhilfe (das ALG II) weit unter die Armutsgrenze rutscht — und die Löhne früher oder später nach sich zieht. Das entspricht exakt den Bemühungen der Bundesregierungen, das Niveau von ALG II abzusenken.
Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Armutsgrenze, die unabhängig von der Erwerbsarbeit definiert ist, muss für Transferleistungen gelten, und der Mindestlohn muss deutlich darüber liegen.

Eine lahme Kampagne

Mit Unterschriftensammlungen, Plakataktionen, Demonstrationen und Kremser Touren sind seit Monaten Ver.di-Aktive unterwegs, um Bevölkerung und Politiker zu sensibilisieren.
Müntefering reagierte mit der Ankündigung, das Entsendegesetz auf die Gebäudereiniger auszudehnen (850000 Beschäftigte). Ein gleichlautender Vorstoß in Richtung Zeitarbeitsfirmen (450000 Beschäftigte) wurde vom Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister, der als einziger einen Tarifvertrag mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund hat, ausgebremst.
Am 13.9. berichtete die Berliner Zeitung jedoch, SPD und Gewerkschaften hätten sich auf ein Konzept zur Einführung von Mindestlöhnen verständigt. Danach sollten die Tarifparteien zunächst versuchen, Mindestlöhne für ihre Branchen zu beschließen und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Bereiche der Wirtschaft ausdehnen. Sollte dies nicht möglich sein bzw. die Tarifverträge ein bestimmtes Niveau unterschreiten, solle in einem weiteren Schritt ein "einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn" eingeführt werden.
Dessen Höhe soll "eigenständige Existenzsicherung bei Vollzeitbeschäftigung gewährleisten" (das bedeutet wohl, dass es nach Münteferings Vorstellungen ein Recht auf Existenzsicherung ohne Vollzeitbeschäftigung nicht gibt!) und mit Mindestlöhnen in Nachbarländern vergleichbar sein. Den Vorstellungen der SPD zufolge sind das 6 Euro — wie es aussieht, hat sich der DGB darauf eingelassen. Hochgerechnet auf eine 38,5-Stunden-Woche ist das ein Bruttomonatslohn von 1000 Euro.
Der Zwei-Stufen-Plan wurde dem Bericht zufolge von einer Projektgruppe unter Leitung von Andrea Nahles erarbeitet. Müntefering hatte bis spätestens November eine Verständigung innerhalb der Bundesregierung auf Eckpunkte zur Neuregelung des Niedriglohnsektors angekündigt.

Mindestlohn in Europa

In 18 der 25 EU-Mitgliedstaaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, die BRD gehört nicht dazu, sie gehört zu den Ausnahmen. In Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden liegt der gesetzliche Mindestlohn zwischen 7 Euro und 8,50 Euro — Deutschland wäre selbst mit 7,50 Euro noch absolutes Schlusslicht. In Portugal, Spanien und Griechenland liegt er zwischen 2,50 und 4 Euro; in den Staaten Mittel- und Osteuropas unter 1,50 Euro.
Die Charta der Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989, ebenfalls von der BRD ratifiziert, fordert das "Recht auf ein angemessenes Entgelt". Die EU-Kommission forderte 1993 noch die Mitgliedstaaten auf, "geeignete Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, dass das Recht auf ein angemessenes Arbeitsentgelt geschützt wird", ähnlich äußerte sich damals das Europaparlament. Erste Zielmarke sollten 50% des nationalen Durchschnittslohns sein.
Mit diesen Pfunden wuchert der DGB nicht. Es sieht ganz danach aus, als wollte sich er wieder auf einen faulen Kompromiss einlassen, um einen Erfolg zu verkaufen, wo keiner ist. Den Demonstrationen am 21.Oktober wäre damit einmal mehr ein Zahn gezogen.
Alle Menschen in diesem Land aber, die nicht trotz Arbeit arm bleiben wollen, sollten diese Demonstrationen nutzen, um lautstark andere Forderungen zur Geltung zu bringen: Kein Stundenlohn unter 10 Euro! Erhöhung des Regelsatzes für ALG II auf 500 Euro! 30-Stunden-Woche!

http://www.vsp-vernetzt.de/sozkoeln/index2.htm

Daniel Kreutz

Der Kombilohn: Ergänzende Sozialhilfe in neuem Gewand

Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken. (Art.24 Abs.2 Landesverfassung NRW)

Im Juli stellte Arbeitsminister Müntefering im Rahmen der "Initiative 50plus" Überlegungen zu einem Kombilohn für Ältere vor. Demnach sollen Bezieher von Arbeitslosengeld I über 50 Jahre mit einem ALG-Restanspruch von mindestens 120 Tagen bei Annahme eines schlechter entlohnten Jobs im ersten Jahr 50%, im zweiten Jahr 30% der Differenz zum vormaligen Lohn erhalten. Danach entfällt die Förderung. Die Rentenversicherungsbeiträge sollen für die Förderdauer auf Basis von 90% des früheren Lohn weitergezahlt werden.
Diese Weiterentwicklung des Hartz-Moduls der sog. "Entgeltsicherung" für Ältere soll 250 Millionen Euro kosten und 50000 Betroffene in geringer entlohnte

Jobs bringen. Damit ist Müntefering deutlich bescheidener als weiland Kohls Arbeitsminister Blüm, der 1998 100000—150000 Langzeiterwerbslose per Kombilohn in den Niedrigstlohnsektor bringen wollte. Mit der Kombilohndiskussion wurde damals ein Richtungswechsel in der staatlichen Arbeitsmarktpolitik eingeleitet — von der Förderung und Stützung regulärer Beschäftigung zur politisch forcierten Ausweitung und Ausgestaltung des prekären Niedriglohnsektors.

Wenig praktikabel

Ein gewisser Zug zur Bescheidenheit war der Debatte über die öffentliche Subventionierung von Niedriglöhnen — anfangs als "Wunderwaffe" gepriesen — allerdings von Beginn an zu eigen. Vorstellungen eines Einsatzes in großem Stil scheiterten regelmäßig an den enormen Kosten. Zum anderen haben sämtliche bisherigen Modellversuche die Kritiker bestätigt, die erhebliche Drehtür- und Mitnahmeeffekte und allenfalls geringe positive Beschäftigungswirkungen vorhersagten.
Die bundesweite Erprobung des "Mainzer Modells" musste 2003 nach nur einem Jahr wegen offensichtlicher Erfolglosigkeit abgebrochen werden. Aus solchen Gründen, aber auch, um dem Einstieg in den Kombilohn öffentliche Akzeptanz zu sichern, nahm die Diskussion zunehmend Kurs auf begrenzte, am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Zielgruppen bei relativ kurzer Dauer der Lohnsubventionierung. NRW-Arbeitsminister Laumann (CDU) schlug etwa einen Kombilohn für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von behinderten Menschen, gering Qualifizierten und Älteren in begrenzten, vom Markt nicht ausreichend besetzten sozialen Dienstleistungsfeldern vor. Ein politischer Vorteil solcher Einstiegskonzepte liegt darin, dass sie bei den gewerkschaftlichen Führungen eher Kooperations- als Widerstandsbereitschaft wecken.
Dass sich die Kombilohnidee trotz geringer Praktikabilität und Effektivität so hartnäckig hält, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass ihr die Vorstellung einer reinen Marktpreisbildung für Arbeitskräfte zugrundeliegt. Nach neoliberaler Diagnose ist bekanntlich Arbeit zu teuer und die Massenerwerbslosigkeit Folge überhöhter Arbeitskosten. Daher gelte es, durch Freisetzung der Marktkräfte am Arbeitsmarkt niedrigere, "markträumende" Preise für Arbeit durchzusetzen und insbesondere den Niedrigstlohnsektor auszubauen.
Dem steht die Erwartung gegenüber, dass Vollzeitbeschäftigte von ihrem Lohn auch leben können müssen. Bei Kombilohn kann sich der Arbeitgeber auf die Zahlung eines Vollzeitlohns beschränken, der sich "am Markt rechnet", auch wenn man davon nicht leben kann. Um leben zu können, wird das Einkommen aus Steuermitteln aufgestockt. Dabei ist der Begriff Kombi-"Lohn" insoweit irreführend, als "Lohn" die arbeitsvertraglich geschuldete Gegenleistung des Arbeitgebers für die Arbeitskraft ist. Eher handelt es sich um ein Kombieinkommen aus Niedrigstlohn für die Arbeit und staatlichem Zuschuss für die "Existenzsicherung".
In der eingangs zitierten Verfassungsbestimmung drückt sich dagegen das in der Gründungszeit des westdeutschen Sozialstaats allgemein anerkannte Verständnis aus, dass die Kapitalseite die angemessene Existenz (und Reproduktion) der Lohnabhängigen zu gewährleisten hat. Was "angemessen" bedeutet, wird durch Tarifverträge bestimmt und ist in jedem Fall mehr als der fürsorgerechtlich definierte "notwendige" Lebensbedarf (ALG II oder Sozialhilfe). Angemessene Entlohnung sollte Armut trotz Vollzeitarbeit ausschließen.
Nach diesem Verständnis hätte der Staat die Arbeitgeber per Mindestlohngesetz zur Zahlung mindestens existenzsichernder Löhne zu verpflichten, wenn die Kraft der Gewerkschaften nicht ausreicht, um dies auf tarifpolitischem Wege zu garantieren. Für die neoliberale Idee, dass Arbeitskräfte Waren wie alle anderen seien und sich die Lohnhöhe allein danach zu richten habe, was der Markt "akzeptiert", war hier kein Raum. Der Kombilohn bricht nun radikal mit dem Existenzsicherungsanspruch gegen den Arbeitgeber und deutet die Frage der Existenzsicherung von Arbeitnehmern zu einem "sozialpolitischen" Problem um, für dass die Allgemeinheit (der Staat) zuständig sei.

Trotzdem begehrt

De facto sind Kombieinkommen schon seit längerer Zeit bekannt. Schon zu Zeiten des alten Sozialhilferechts hatten Haushalte von Niedriglöhnern Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe. Die politisch geförderte Ausweitung von prekärer Beschäftigung und der mit Hartz IV geschaffene Zwang, die Hilfebedürftigkeit etwa durch Annahme eines Minijobs zu verringern, hat mittlerweile rund eine Million Erwerbstätiger hervorgebracht, die aufstockendes ALG II beziehen müssen. Ganz überwiegend handelt es sich hier indes um Minijobber und prekäre Teilzeitbeschäftigte. Die Einkommensaufstockung bei Vollzeitbeschäftigten ist noch die Ausnahme.
Traditionelle arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente für Arbeitgeber (z.B. Lohnkostenzuschüsse) unterscheiden sich von Kombieinkommen trotz ähnlich arbeitgeberfreundlicher Wirkung systematisch dadurch, dass sie den Arbeitgeber nicht aus der Verpflichtung zur Zahlung regulärer Entgelte entlassen. Der mit dem Ausgleich von Leistungsminderungen gerechtfertigte Lohnkostenzuschuss soll umgekehrt den Arbeitgeber darin unterstützen, dieser Verpflichtung auch nachzukommen.
Angesichts der kaum lösbaren fiskalischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme, die mit der Einführung von Kombieinkommen in großem Stil verbunden sind, verfolgen die Neoliberalen das Kapitalinteresse an Befreiung vom Existenzsicherungsanspruch und an "markträumend" niedrigen Löhnen zunehmend unter den Überschriften "bedingungsloses Grundeinkommen" oder "solidarisches Bürgergeld".
Die entsprechenden Vorschläge von HWWI-Chef Thomas Straubhaar, vom thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) oder dem skurrilen Drogeriemarktkönig Götz Werner zielen darauf, dass der Staat eine grundsätzliche Existenzsicherungsverpflichtung für alle Bürgerinnen und Bürger übernimmt. Auch bei Arbeitnehmern ginge sie damit von den Arbeitgebern auf den Staat über. In der Folge kann das Lohnniveau insgesamt abgesenkt werden. Was hier als "sozialpolitische" Reformidee daher kommt und auch von manchen Linken beklatscht wird, bedeutet tatsächlich "Kombilohn für alle".
Was immer die Große Koalition im Herbst zum Thema Kombilohn tatsächlich vorstellen wird, wird ein weiterer Förderbaustein für den Niedriglohnsektor sein. Die Folgen für die unmittelbar Betroffenen zeigen sich spätestens nach Ablauf der befristeten Subventionierung, wenn sie ohne Zuschuss auf dem Niedriglohn sitzen bleiben. Münteferings vorrangiges Interesse gilt Maßnahmen, die sich flankierend zur beschlossenen Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre als "Förderung der Beschäftigung Älterer" verkaufen lassen. Allerdings kann er sich auch die unter 25-Jährigen als Zielgruppe vorstellen. Schon aus fiskalischen Gründen dürfte die Zahl der potenziellen Kombilöhner recht begrenzt und von den rund 300000 "1-Euro"-Pflichtarbeitenden weit entfernt bleiben. Auch deshalb wird die Debatte um öffentlich subventionierte Niedrigstlöhne weitergehen.

Daniel Kreutz ist verdi- und attac-Mitglied

http://www.vsp-vernetzt.de/soz-0609/0609061.htm

Attac Schweiz : Editorial der GATS-ETTE

Privatisierung der Gesellschaft - ein Spiel mit dem Feuer?

Die Welthandelsorganisation (WTO) feierte im letzten Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Zehn Jahre, in denen die Liberalisierungspolitik und Globalisierung des Finanzwesens vorangetrieben wurden. Ein Blick auf die Entwicklung der Welt während dieser zehn Jahre lässt einem die Gänsehaut aufsteigen: mehr Armut, Verschärfung der Ungleichheiten, Anstieg der Arbeitslosigkeit usw. Die Schweiz wirkt aktiv an dieser Globalisierung mit, sei es durch die Unterzeichnung der Freihandelsabkommen oder auf der Ebene der nationalen Politik. So teilen sich in der Schweiz heute 70 % der Menschen 6 % aller Reichtümer, während 60 % in den Händen von nur 5 % der Bevölkerung liegen![1]

Die Überlegung, dass die weltweite Entwicklung und das Gemeinwohl nicht an der Handelsliberalisierung und Privatisierung der Dienstleistungen festzumachen sind, findet seitens der nationalen Behörden und internationalen Wirtschaftseliten kaum Beachtung.[2] Eine Haltung, die sich auch in den einschlägigen Publikationen des Bundesrats oder des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) widerspiegelt. So schreibt der Bundesrat: "Die Schweiz verfügt in vielen Bereichen des Dienstleistungssektors über eine im Allgemeinen liberale Rechtsordnung und es gibt keinen Grund, diese Rechtsordnung auf multilateraler Ebene nicht festzuschreiben."[3] Was dabei verschwiegen wird: Alle Anwendungsbereiche des mit der WTO verhandelten Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) geraten de facto in eine Einbahnstraße. Eine Rücknahme ist unmöglich, da für jeden zurückgezogenen Sektor ein äquivalenter Ausgleich zu leisten ist.[4]

In freigegebenen Dienstleistungssektoren kommt eine Reihe von Bestimmungen zur Anwendung, die die Möglichkeit einer öffentlichen Politik zunichte machen. Einschränkungen hinsichtlich des Umfangs der erbrachten Leistung sind ebenso wenig möglich wie eine Beschränkung von Investitionen oder des Handels. Ferner werden auch Umwelt- und Sozialkriterien unterbunden, wenn sie "restriktiver als notwendig" sind. Das gilt beispielsweise für Umweltschutznormen und Arbeitszeitregelungen, wie das Streitbeilegungsgremium (DSB, die Rechtsinstanz der WTO - praktisch die einzige internationale Instanz mit Rechtsdurchsetzungsgewalt) bereits festgestellt hat.

Ob der Tragweite des Abkommens und angesichts dessen, dass es stellvertretend für einen ultraliberalen Wahnsinn steht, der aus jeder menschlichen Aktivität eine vermarktbare Ware machen und die unterschiedlichsten sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zueinander in Konkurrenz setzen will, regt sich seit vielen Jahren weltweit massiver Widerstand. Zahlreiche Kommunen, deren Zuständigkeiten direkt betroffen sind, haben sich symbolisch zur "GATS-freien Zone" erklärt. Diese Kommunen haben sich 2005 in Lüttich versammelt, das nächste Treffen findet Ende 2006 in Genf statt. Eine Reihe von Organisationen und Tausende von Menschen engagieren sich in dieser Kampagne an der Seite der Kommunen, darunter auch die AktivistInnen von ATTAC, die sehr aktiv an der Informationsverbreitung mitwirken. Sie machen insbesondere an diesem Abkommen deutlich, in welche Richtung die neoliberale Globalisierung heute weist. In der Tat spricht aus GATS die volle liberale Philosophie - eine Philosophie, derzufolge jedes Tun nach seinen Kosten und seiner Rentabilität zu bewerten ist...

Es ist deshalb fundamental und unerlässlich, sich zur Wehr zu setzen: JedeR kann mit ihren/seinen Mitteln beitragen, durch Aktionen, an der Wahlurne, bei Debatten, durch Aufklärung und im Konsumverhalten.[5]

Dieses Bulletin richtet sich an alle, die sich mit ihren Mitteln am Widerstand beteiligen wollen. Ihr findet hier nicht nur Aktuelles zum Stand der Verhandlungen, sondern auch Berichte zu möglichen Formen des Widerstands. Nicht zuletzt stellen wir die Ankündigung zum Internationalen Konvent der Gebietskörperschaften für die Förderung des öffentlichen Dienstes vor, das am 28./29. Oktober 2006 in Genf stattfindet. An diesem Konvent nehmen alle öffentlichen Gebietskörperschaften teil, die sich der ungezügelten Liberalisierung widersetzen, entweder indem sie öffentlich Stellung beziehen (bzw. sich wie knapp 100 Schweizer Gemeinden zur GATS-freien Zone erklären) oder indem sie lebenswichtige Dienste wie die Müllverwertung, die Wasserversorgung, den Verkehr u.v.m. wieder unter kommunale Zuständigkeit stellen. Es ist der Konvent jeder und jedes Einzelnen unter uns. Es ist an uns, die Informationen und den Aufruf zur Teilnahme so publik wie möglich zu machen!

1- "Verteilung des Wohlstands in der Schweiz", Studie im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung, 14. Februar 2004. 2- Internationale Finanzinstitutionen und Vereinigungen der "großen" Industriestaaten (G8, aber auch Weltwirtschaftsforum von Davos)

3- Bericht des Bundesrates über WTO/GATS-Verhandlungen und Ausnahmen im öffentlichen Dienstleistungsbereich und im Subventionssystem. Dezember 2005. Weitere Dokumente mit ähnlichem Tenor finden sich auf der Webseite des Staatssekretariats für Wirtschaft: www.seco.admin.ch

4- Auf der Liste der Angebote der Schweiz steht derzeit die Krankenversicherung. Fällt die Volksinitiative "Für eine soziale Einheitskrankenkasse" nach der Öffnung dieses Sektors unter die GATS-Regelungen, würde keine Möglichkeit mehr bestehen, eine zahlenmäßige Beschränkung der Dienstleister zu erlassen (Art. 16.2).

5- Das bedeutet v.a. Konsumverzicht: Insofern als unser Wirtschaftssystem auf Konsum begründet ist, wird die Verminderung desselben zum kämpferischen, ja subversiven

http://www.schweiz.attac.org/-GATS-ETTE-2-Juni-2006-

INTERNATIONALER KONVENT DER LOKALEN GEMEINDEN, 28-29 OKTOBER 2006, GENF



Face à l'AGCS
Convention internationale des collectivités locales pour la promotion des
Services publics

TEILNAHMEAUFRUF

Wir möchten Dich einladen, dich an dem Internationalen Konvent der Lokalen Gemeinden zur Förderung des Öffentlichen Dienstes zu beteiligen, welcher an der Uni Dufour, Genf, Schweiz, am 28. und 29. Oktober stattfindet.

Trotz einer Suspendierung der Verhandlungen der Doha-Runde in der Welthandelsorganisation (WTO), ist der öffentliche Dienst immer noch durch das Allgemeine Abkommen zum Handel in Dienstleistungen (GATS), bilaterale und regionale Handelsabkommen und Finanzpolitiken bedroht.
Um die gegenwärtige Situation herauszufordern, zielt der Konvent darauf:

- Die Bindungen zwischen den lokalen Gemeinden zur Förderung der öffentlichen Dienstleistungen zu stärken;
- Die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Gemeinden, die „GATS-freie Zonen" sind, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, NROs und anderen an der Mobilisierung Beteiligter zu verstärken.

Programme: **für weitere Einzelheiten siehe das Programm auf der website http://www.agcs-gats.org**

Winfried Wolf
12 Argumente gegen den Bahn-Börsengang

In der Debatte um einen Bahn-Börsengang heißt es oft: Ein Verkauf der DB AG an private Investoren OHNE Netz ist ein „kleineres Übel“ oder von Vorteil, da „Wettbewerb Fortschritt“ bringe. Dazu zwölf Gegenargumente.

(1) Der Wert des Bahnbetriebs - vor allem des rollenden Materials (Loks, Waggons, Triebfahrzeuge usw.) liegt bei einem Vielfachen dessen, was beim Verkauf der Bahnverkehrsgesellschaften (DB Regio, DB Reise & Touristik, DB Railion oder Schenker) erzielt werden soll. Es sollen Milliarden Euro verschenkt werden.

(2) Alle Privatisierungsmodelle gehen davon aus, dass der Staat nach der Privatisierung ähnliche Summen für das System Schiene ausgeben muss wie vor der Privatisierung. Im Fall einer Bahnprivatisierung ist der Einfluss auf die Verwendung dieser Gelder allerdings weit geringer als heute. Also: **Gleiche Staatsknete - weniger Einfluß.**

(3) Alle Privatisierungsvarianten gehen davon aus, dass der Fernverkehr und der Nahverkehr im Verkehrsmarkt Marktanteile verlieren. Das heißt: Auch die Betreiber der Privatisierung sagen, dass mit einem Börsengang der DB AG **die Schiene weiter im Verkehrsmarkt an Boden verlieren wird.**

(4) Mehr als bei den konkurrierenden Verkehrsträgern Straße und Luftverkehr sind im Schienenverkehr die Verkehrsmittel (Loks, Waggons, Triebfahrzeuge usw.) eng mit der Schiene verzahnt. Kommt es zu einer Trennung, so werden **Standards von Service und Sicherheit gefährdet**. Darüber hinaus führt die Trennung zu neuen Synergieverlusten.

(5) Private Investoren rechnen mit zehn und mehr Prozent **Kapitalrendite** - mehr als das Vierfache der aktuellen Gewinne der DB AG. Da unter den gegebenen Bedingungen relevante Steigerungen im Schienenverkehr nicht erwartet werden, können solche Renditen nur erzielt werden: durch Mehreinnahmen bei den Fahrgästen (Fahrpreiserhöhungen), durch weniger Service für die Fahrgäste, durch weniger Personal und niedrigere Arbeitseinkommen und durch (abgepresste) höhere Subventionen. Real wird es wohl einen Mix aus all dem geben.

(6) Private Bahnbetreiber werden sich **auf diejenigen Strecken konzentrieren, die die höchste Rendite abwerfen**. Sie werden im Umkehrschluss solche Strecken, die niedrige Renditen bringen, ausdünnen oder nicht mehr betreiben bzw. sie werden Bund und Länder und Kommunen zu höheren Unterstützungsleistungen erpressen, wenn auf diesen ein weiterer Betrieb aufrecht erhalten werden soll.

(7) Private Bahnbetreiber haben oft eine Verbesserung des Services mit sich. Allerdings handelt es sich bei manchen dieser erfolgreichen „privaten“ Bahngesellschaften um Betreiber, die sich ebenfalls in öffentlichem Eigentum befinden. Dezentrale Formen des öffentlichen Eigentums sind oft von Vorteil gegenüber einer zentralisierten „Staatsbahn“. Entscheidend ist, dass sich die erfolgreichen „rein privaten“ Betreiber im Personenverkehr so gut wie ausschließlich im Bereich des Nahverkehrs finden, dort wo rund 70 Prozent der entstehenden Kosten durch Steuergelder (Regionalisierungsmittel) finanziert. **Es ist unternehmerisch keine Leistung, bei 70 Prozent garantierten Staatszuschüssen gewinnbringend zu wirtschaften.**
Im übrigen legt es jedes vernünftige Marketing nahe, am Beginn eines solchen Engagements „gut Wetter“ zu machen - u.a. indem im Wortsinn „Farbe in den Betrieb“ gebracht und die Züge neu lackiert oder einige Nettigkeiten (wie aushängende Zeitungen, Café im Zug usw.) geboten werden. Mittelfristig ist oft bald der Lack ab. Siehe Großbritannien: Das hierzulande öfters gelobte Unternehmen Connex (heute: Veolia) bot in Großbritannien eine derart schlechte Performance, dass die Aufsichtsbehörde es diesem Betreiber zeitweilig untersagte, an neuen Ausschreibungen für Bahnkonzessionen überhaupt teilzunehmen.

(8) Private Betreiber richten den Betrieb nach den eigenen Interessen und Bedürfnissen aus. Darunter **leiden ein einheitlicher Fahrplan, einheitliche Tarife, einheitliche soziale und Sicherheits-Standards**. Im Ergebnis bekommen wir einen Flickenteppich auf all diesen Ebenen. Wird aber all das „reguliert“, dann gibt es keinen Wettbewerb mehr. Doch genau dies soll ja angeblich Zweck der Übung sein.

(9) Das Kapital, das allein im Eisenbahnbetrieb - ohne das Netz - angelegt ist, hat einen Wert von rund 40 Milliarden Euro. Solche Anlagen amortisieren sich in 10 bis 20 Jahren. Eine betriebswirtschaftlich korrekte Gewinn- und Verlustrechung müsste jährlich mindestens zwei Milliarden Euro an Abschreibungen (Kosten) auf das rollende Material buchen. Entsprechend müssten große Rückstellungen angelegt werden, um bei Eintreten des technischen Verschleißes der Anlagen diese vernutzen Anlagen (Loks, Triebfahrzeuge, Waggons) neu beschaffen zu können.
Private Investoren wollen jedoch kurzfristig hohe Gewinne und hohe Dividenden erzielen. Sie haben kein Interesse an hohen (Abschreibungs-) Kosten. Ob in zehn oder zwanzig Jahren ausreichend Rückstellungen da sind, um z. B. die ICE-Flotte zu erneuern, ist für sie nicht von Interesse.
Bei privaten Investoren droht, dass sie auf Verschleiß fahren und sich nach zehn oder fünfzehn Jahren verabschieden. Der Staat kann dann prüfen, ob das System Schiene durch eine Investition von Dutzenden Milliarden Euro reaktiviert werden kann.

(10) Grundsätzlich gibt es auf der Schiene systembedingt keinen klassischen Wettbewerb, wie es ihn auf der Straße, in der Luft und im Binnenwasserverkehr gibt. Die enge Verzahnung des Rad-Schiene-Systems lassen private Betreiber kaum direkt untereinander konkurrieren. In der Regel erhalten private Betreiber Konzessionen für ein bestimmtes Netz, eine bestimmte Strecke und dies für einen festgelegten Zeitraum. Es kommt zur Bildung von regionalen Monopolen und meist bald zur Konzentration unter den privaten Betreibern, so dass es Oligopole im Gesamtnetz und Monopole in Teilnetzen gibt. Damit gibt es die erhofften Vorteile eines echten Wettbewerbs nicht: Das Gegenteil ist der Fall: **Die Verkehrsnutzer werden abhängig von der Willkür der privaten Oligopolisten und Monopolisten.**

(11) Wenn einzelne private Betreiber in indirekte Konkurrenz zueinander treten, dann findet der tatsächliche Wettbewerb in der Regel im Bereich des **Sozialdumpings** statt. Dies ist bereits heute dort zu beobachten, wo Strecken und Netze ausgeschrieben werden. Der Druck auf die Löhne der Beschäftigten hat sich deutlich erhöht, obgleich deren Arbeitseinkommen an der unteren Skala vergleichbarer Berufsgruppen liegt. Sozialdumping steht auch in Widerspruch zu den Interessen der Fahrgäste, für die dies mit einem weiteren Abbau von Service und Sicherheit verbunden ist.

(12) Der Verkauf des Bundeseigentums an der DB AG muss unter den Bedingungen eines Verkehrsmarkts, der vom Auto und vom Flugzeug beherrscht wird, zum Einstieg von Investoren verlocken, die direkte Konkurrenzinteressen vertreten. In Großbritannien stiegen in großem Maßstab Busgesellschaften (u.a. Stage Coach) und Airlines (Virgin) als Bahnbetreiber ein. **Damit wird der Schienenverkehr nach den Interessen der Konkurrenz gelenkt.**

Wissenschaftlicher Beirat von attac Deutschland

Der Börsengang der Deutsche Bahn: Ein Beitrag zur Klimaverschlechterung

In den kommenden Wochen will die Große Koalition die größte und folgenschwerste Privatisierung, die es in der deutschen Geschichte je gab, in Angriff nehmen. Ende Oktober soll der Bundestag darüber entscheiden, ob das Bundeseigentum an der Deutschen Bahn AG weitgehend an private "Investoren" verkauft wird. Gleichgültig welche Form der Privatisierung am Ende gewählt werden würde - ob es zu einem "integrierten Börsengang" oder zur Umsetzung des sog. Eigentumsmodells kommt, gilt: Damit droht eine Schienenverkehrs-Infrastruktur, Voraussetzung für umweltfreundliche Formen des Verkehrs, die in 170 Jahren aufgebaut wurde, weitgehend zerstört zu werden. In einer Reihe von Ländern - in den USA, in Neuseeland, in den meisten Staaten von Lateinamerika und in Großbritannien - kann man die destruktiven Folgen einer solchen Privatisierungspolitik im Bahnsektor anschaulich studieren.

Grundlage für die anstehende Entscheidung ist im Wesentlichen ein **Gutachten,** das im Auftrag des Bundestags erstellt und Anfang 2006 vorgestellt wurde. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass die Beratergruppe Booz Allen Hamilton, die für dieses Gutachten verantwortlich zeichnet, laut Internet-Eigendarstellung auch dabei engagiert ist, bei der Zusammenstellung von privaten Söldnerarmeen und einem "breiten Spektrum von Dienstleistungen für Armee-Kundschaft" behilflich zu sein. (www.boozallen.com/capabilities/industries/arm/army_2). Das Investmenthaus Morgan Stanley als Unterauftragnehmer der Studie ist bei diesem Thema eng mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG liiert. Die Rechtsanwaltskanzlei Waldeck als weiterer Unterauftragnehmer ist führend beim Ausverkauf öffentlichen Eigentums beteiligt und verfügt über enge Beziehungen zum Bundesfinanzministerium, das als Vertreter des Bundes, für einen möglichst umfassendes Verkauf des Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG plädiert.

Grundsätzlich ist die aktuelle Debatte zur Zukunft der Schiene in unserem Land von purer Ideologie geprägt. In einer Zeit, in der die bedrohlichen klimatischen Veränderungen - und damit die Notwendigkeit einer nachhaltigen Verkehrspolitik - so deutlich wie selten zuvor demonstriert werden, kursiert als reines Zeitgeist-Mantra: Bahn-Börsengang.

Dabei wird so getan, als ginge es nicht mehr um das "Ob", sondern lediglich um das "Wie" einer Privatisierung.

Tatsächlich wurde **1994** mit der Bahnreform beschlossen, dass sich die neu gebildete DB AG zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes befindet. Es gab damals keine Partei, die eine materielle Privatisierung der Bahn propagiert hätte. Seither gibt es keine Entscheidung des Bundestags, das Bundeseigentum an der Deutschen Bahn AG aufzugeben.
Damals, vor zwölf Jahren, wurden für die Bahnreform exakt die gleichen Ziele genannt, die für die materielle Privatisierung der Bahn nun in den Mittelpunkt gestellt werden. Es gehe um erstens Kostensenkung für die Steuerzahlenden, zweitens um Servicefreundlichkeit der Bahn, und drittes um eine verbesserte Marktposition der Schiene.

Doch alle drei Ziele wurden bereits hier verfehlt.
-Der Bund zahlt inzwischen laut Bundesrechnungshof mehr an staatlichen Geldern für die Schiene als vor 1994 (jährlich rd. 12 Mrd Euro).Gleichzeitig ist die DB AG, die 1994 schuldenfrei startete, mit 21,5 Milliarden Euro so hoch verschuldet wie die Bundesbahn Ende 1993.
-Im Ranking unter allen großen Unternehmen landet die DB AG in puncto Kundenfreundlichkeit in der Regel auf dem letzten Platz.
-Laut offizieller Verkehrsstatistik "Verkehr in Zahlen" (2005/2006) hat die Schiene im Personen- wie im Güterverkehr im Zeitraum 1993 bis 2004 weiter an Boden verloren. Dies gilt insbesondere für den Fernverkehr, der - im Gegensatz zum Nahverkehr - eigenwirtschaftlich betrieben wird. Obgleich in diesen Bereich im Zeitraum 1994 bis 2005 rund 100 Milliarden Euro investiert wurden, gab es sogar einen absoluten Rückgang der Fernverkehrsleistungen.

Eine differenzierte Bilanz der Bahnreform erscheint daher als erste Voraussetzung für eine Debatte um eine Forcierung des Privatisierungskurses.

Wo gab es weshalb welche Erfolge?
Wir bestreiten nicht die Existenz von Teilerfolgen bei der Bahnreform. Solche gab es im Nahverkehr und bei einzelnen privaten Anbietern, aber auch bei dezentralen Anbietern in öffentlichem Eigentum (z.B. Usedomer Bäderbahn, Gaisbockbahn in Oberschwaben oder die Verkehrsbetriebe in Karlsruhe und Umland). Tatsächlich gibt es diese Erfolge im Personenverkehr jedoch nur im Nahverkehr, also dort, wo zwei Drittel der Einnahmen aus staatlichen Unterstützungen stammen. Mit der Bahnreform wurden diese Unterstützungszahlungen deutlich erhöht ("Regionalisierungsgelder").
Im Güterverkehr sind die Privaten dort erfolgreich, wo die DB AG freiwillig das Feld räumt. Oder wo Transporte über größere Entfernungen als Ganzzüge gefahren werden. Gleichzeitig hat die DB AG den kleinteiligen und für regionale nachhaltige Wirtschaftskreisläufe wichtigen Schienengüterverkehr radikal abgebaut. Gab es 1992 noch 13.629 "Privatgleisanschlüsse" (mit Industriegleisen direkt ans Schiennetz angeschlossene Unternehmen), so waren es 2004 gerade noch 4004 oder 29 Prozent des ursprünglichen Bestandes.
In der Regel gibt es daher im Personennahverkehr einen Wettbewerb um Staatsgelder. Im Güterverkehr kommt es zur klassischen "Rosinenpickerei". Es ist bezeichnend, dass kein privater Investor in größerem Umfang in den Schienenpersonenfernverkehr eingestiegen ist. Dabei hat die DB AG hier 2001 mit der Aufgabe der Zuggattung InterRegio ein wahrhaft weites Feld geöffnet.

Marktordnung

Die ernüchternde Bilanz macht Sinn. Die Schiene befindet sich - in krassem Widerspruch zu den hehren Erklärungen auf den Klimakonferenzen und den Forderungen nach einer nachhaltigen Energie- und Verkehrspolitik - international seit Jahrzehnten auf dem Rückzug. In den USA, im ehemals klassischen Eisenbahnland, ist ihr Marktanteil im Personenverkehr auf 0,4 Prozent gesunken. Europa ist der einzige Kontinent, in dem die Schiene im Personenverkehr mit rund acht Prozent Marktanteil noch eine nennenswerte Position im Verkehrsmarkt einnimmt. In der EU-25 gibt es noch ein Schienennetz mit einer Länge von knapp 200.000 km. Noch könnte dieses Schienennetz als ein eisernes Rückgrat und Ausgangspunkt für eine alternative Verkehrspolitik wirken.

Doch auch der europäische und der deutsche Verkehrsmarkt werden seit langer Zeit vom Auto und vom Flugzeug bestimmt. Die Marktordnung begünstigt diese Verkehrsarten. Als Stichworte seien genannt: Steuerfreiheit für Kerosin, Förderung von Billigfliegern und Regionalflughäfen, zusätzliche Belastung der Schiene mit dem halben Satz der Ökosteuer. Die konkrete Verkehrspolitik ergänzt die Ungleichgewichte: So werden seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland jährlich (!) rund 1000 km neue Straßen (Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen bzw. Bundesautobahnen) gebaut und - ebenfalls jährlich! - bis 1993

rund 200 km und seit 1994 rund 450 km des Schienennetzes abgebaut. Allein seit der Bahnreform 1994 "verschwanden" 5300 km des deutschen Schienennetzes.

Unter diesen Bedingungen ist der Schienenverkehr als Ganzes dort defizitär, wo er eigenwirtschaftlich betrieben wird. Anders stellt es sich dar, wenn die volkswirtschaftlichen Kosten zu Grunde gelegt, wenn Konsequenzen aus der Debatte um die "externen Kosten des Verkehr" gezogen und die Folgekosten des Verkehrs für Umwelt, Klima und kommende Generationen in Betracht gezogen werden. Bei einer solchen Sichtweise müssten sich die Transporte auf Straßen und der Luftverkehr deutlich verteuern. Es käme automatisch zu einer relevanten Verlagerung von Transporten auf die Schiene, womit deren betriebswirtschaftliche Bilanz sich insgesamt positiv darstellen würde.
Die Bundesrepublik Deutschland hat sich noch unter der Kohl-Regierung verpflichtet, relativ ehrgeizige klimapolitische Ziele zu realisieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei der Verkehrsbereich und der Ausbau des Schienenverkehrs. Dies wird durch unsere Verfassung weiterhin unterstützt. Zwar wurden mit der Bahnreform 1993 die gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen, wonach der Bund Verantwortung für Daseinsvorsorge auch im Bahnbereich trage, relativiert. Dennoch heißt es in dem 1993 eingefügten neuen Grundgesetz-Artikel 87e:
"Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt."

Offensichtlich ist laut Grundgesetz der Bund auch dafür verantwortlich, dass es "auf dem Schienennetz Verkehrsangebote" im Fernverkehr gibt, die "dem Wohle der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen ..., Rechnung" tragen. Nun stehen aber die Prinzipien eines privaten Eisenbahnbetriebs in offenem Widerspruch zu einer solchen Vorgabe.

Mit der materiellen Privatisierung der Bahn würde nicht nur ein möglicherweise vager Verfassungsauftrag verletzt. Die realen Konsequenzen sind weitreichend.
Sechs seien im folgenden benannt.

Konsequenz 1: Die Schiene wird im Personenverkehr zum Nischenanbieter mit stark verschlechtertem Nutzen für die Kunden.

Die Behauptungen, die Privatisierung der Bahn bringe mehr Verkehr auf die Schiene, werden genau durch diejenigen widerlegt, die diese Privatisierung propagieren. Alle maßgeblichen Gutachten (Morgan Stanley 2002; Booz Allen Hamilton 2006) gehen davon aus, dass das Schiennetz im Fall einer Bahnprivatisierung erneut deutlich reduziert wird. Im Gespräch ist ein Abbau von weiteren 5000 km. Damit läge die Gesamtlänge des deutschen Schiennetzes bei weniger als 30.000 km; sie würde damit auf den Stand von 1875 gebracht.
Die Ausrichtung an einer hohen Rendite, zu der sich jeder private Investor verpflichtet sieht, mündet in der Konzentration auf rentable Strecken und der Aufgabe von - aus dieser Sicht - unrentablen Verbindungen. Laut dem zitierten Bundestags-Gutachten von Booz Allen Hamilton würde bei allen Privatisierungsmodellen der Schienenpersonennahverkehr weitgehend auf dem erreichten Niveau verharren. Dabei sind die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen der Regionalisierungsmittel für den Zeitraum 2006-2010 noch nicht berücksichtigt. Es käme also auch in diesem Segment zu einem Abbau des Anteils der Schiene am Verkehrsmarkt. Der Schienenpersonenfernverkehr soll sogar absolut rückläufig sein. Damit würde sein Anteil am Verkehrsmarkt nochmals deutlich sinken. Lediglich im Schienengüterverkehr soll es unter spezifischen Bedingungen zu Anteilsgewinnen kommen. Im Umkehrschluss aber heißt dies: Die Bahnprivatisierung ist Teil eines Umwelt- zerstörerischen Verkehrsmodells, in dem der Straßen- und Luftverkehr weiter gesteigert und der Schienenpersonenverkehr weiter abgebaut wird.
Damit verbunden ist ein noch schlechterer Service für die Kunden zu erwarten. Die kapitalen Böcke, die sich die Bahn AG seit der "Bahnreform" geleistet hat (konfuses und ständig wechselndes Tarif- und Bonus-System, das nicht einmal die Bahnangestellten selbst durchschauen, Verspätungen, Überfüllung von Zügen, Verlagerung bisheriger Service-Leistungen auf die Kunden), haben bereits jetzt zu einer massiven Verärgerung der auf die Nutzung der Bahn angewiesenen Verbraucher und zu einer Abwanderung zu anderen Verkehrsträgern geführt. Diese Entwicklung zu schlechter Qualität wird noch verstärkt werden.

<u>Ergebnis:</u> Eine privatisierte und im Sinn der Investoren "rentable" Bahn wird notwendig dazu führen, dass das Schiennetz weiter abgekappt, der Fahrplan deutlich ausgedünnt und die Qualität des Kunden-Nutzens weiter sinken wird. Das aber kommt einer deutlichen Minderung der Lebensqualität in unserem Land gleich. Gleichzeitig stellt dies einen Beitrag zur weiteren Umweltzerstörung und zur Klimabelastung dar.

Konsequenz 2: Ausverkauf von gesellschaftlichem Eigentum.

Das gesamte Vermögen der Bahn - Infrastruktur und rollendes Material - wird in seriösen Schätzungen auf einen Wert von 100 bis 150 Milliarden Euro geschätzt. In der Bilanz der DB AG wird ein Anlagewert von 40 Milliarden Euro ausgewiesen. Die Differenz ist Resultat von zwei Kunstgriffen: Erstens tauchten Anfang 1994 zwei Drittel des Anlagewerts, den Bundesbahn und Reichsbahn Ende 1993 ausgewiesen hatten, in der Eröffnungsbilanz der DB AG vom Januar 1994 nicht mehr auf. Sie "verdampften" gewissermaßen über Nacht. Damit wurden günstige Startbedingungen für ein positives Bild der Bahnreform geschaffen: Niedrigere Abschreibungen bewirken höhere (künstliche) Gewinne. Zweitens wurden die Bauzuschüsse des Bundes für das Schienennetz in Höhe von 40 Milliarden Euro, die im Zeitraum 1994 bis 2005 gezahlt wurden, nicht bilanziert. Diese Zuschüsse sind spätestens dann reales Anlagevermögen und pures Gold wert, wenn private Investoren einsteigen.
Die Bundesregierung veranschlagt als mögliche Einnahmen im Fall eines "integrierten Börsengangs" nur 10 bis 15 Milliarden Euro. Selbst wenn es nur zu einem Verkauf des Bahnbetriebs kommt und das Netz beim Bund bleibt, kann der Wert des "rollenden Materials" auf 20 bis 25 Milliarden Euro geschätzt werden. Doch die Bundesregierung erwartet bei einem Verkauf des reinen Schienentransport-Sektors lediglich Einnahmen von 4 bis 7 Milliarden Euro. In beiden Fällen entsprechen die erwarteten Einnahmen nur einem Bruchteil des tatsächlichen Werts.

<u>Ergebnis:</u> Die Bahnprivatisierung ist die Verschleuderung von gesellschaftlichem Vermögen, das in 170 Jahren Eisenbahngeschichte aufgebaut wurde.

Konsequenz 3: Die Bahnprivatisierung kommt die Steuerzahlenden teuer zu stehen.

Alle Privatisierungsmodelle sehen vor, dass parallel mit der Kapitalprivatisierung in einer für rund zehn Jahre festgeschriebenen "Leistungs- und Finanzierungs-Vereinbarung - LuFV" die Unterstützungsleistungen für das Schienennetz (rund 2 bis 3 Mrd. Euro jährlich) gesetzlich verpflichtend festgeschrieben werden. Die Höhe der Regionalisierungsgelder für den Nahverkehr (derzeit 7 Mrd. Euro jährlich; 2009 ca. 6,5 Mrd. Euro jährlich) steht ohnehin fest. Andere Unterstützungen kommen hinzu (z.B. vermittelt über das Bundeseisenbahnvermögen - BEV). In der Gesamtsumme sollen nach einer Bahnprivatisierung die staatlichen Unterstützungszahlungen nicht niedriger sein. Das aber heißt: Die kurzfristigen Einnahmen durch den Teilverkauf des Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG an private Investoren werden spätestens im zweiten Jahr nach der Bahnprivatisierung übertroffen von den staatlichen Unterstützungsleistungen, die der Schiene - nunmehr in erheblichem

Maß: den privaten Anteilseignern - zufließen.

Ergebnis: Ein zentrales Instrument zur sinnvollen Lenkung der Verkehrsentwicklung wird aus den öffentlichen Händen gegeben. Jährlich werden bis zu zwölf Milliarden Euro an Steuergeldern für die Förderung der dann neuen privaten Bahneigentümer ausgegeben. Gleichzeitig tendiert die Kontrolle über die Verwendung dieser Mittel - in einem Jahrzehnt mehr als 100 Milliarden Euro! - gegen null.

Konsequenz 4: Schlechtere Kapitalausstattung

Eine gängige Behauptung lautet: Mit der Bahnprivatisierung könne sich die Bahn frisches Kapital besorgen. Das Gegenteil trifft zu. Eine privatisierte Deutsche Bahn AG hätte zunächst ein deutlich schlechteres Kredit-Rating als die DB AG in Bundesbesitz. Jede Form der Aufnahme von Fremdkapital käme teurer. Vor allem aber müssen private Investoren darauf drängen, die derzeitige offizielle Rendite von zwei Prozent zumindest zu vervierfachen. Sie würden somit der Bahn Gelder, die potentiell dem Schienenverkehr zur Verfügung stehen, entziehen.

Ergebnis: Eine privatisierte Bahn ist eine zu Lasten der Fahrgäste arme Bahn.

Konsequenz 5: Gefahr der Fremdbestimmung

Alle Modelle eines Bahn-Börsengangs sind damit verbunden, dass private Investoren, gelegentlich auch Heuschrecken genannt, Miteigentümer werden. Auch bei der Hereinnahme von Minderheitsaktionären (z.B. 49 % Anteile von privaten "Investoren") würden diese in erheblichem Maß mitentscheiden. Vor dem Hintergrund eines vom Auto und Flugzeug dominierten Verkehrsmarkts ist auch vorstellbar, dass Investoren einsteigen, die dem Schienenverkehr widersprechende Interessen vertreten. In Großbritannien sind heute Busverkehrgesellschaften (StageCoach; Arriva) und (Billig-)Flugverkehrsunternehmen (Virgin) die wesentlichen Eigentümer privater Bahnbetreiber. Solche Investoren werden Eisenbahnverkehr nur dort mit Engagement betreiben, wo dies nicht ihrem wesentlichen Interesse widerspricht.

Ergebnis: Eine private Bahn droht in dem vom Auto und Flugzeug beherrschten Markt ein Schicksal zu erleiden, wie es die Bahnen in den USA erlebt haben. Diese wurden durch die US-Auto- und Reifenindustrie bzw. von Unternehmen, die eng mit den Autokonzernen verbunden waren, aufgekauft und auf diese Weise in ein Nischendasein gedrängt.

Konsequenz 6: Arbeitsplatzabbau

In kaum einem anderen Wirtschaftsbereich wurden in den vergangenen 15 Jahren die Arbeitsplätze derart radikal abgebaut wie im Bahnsektor. In Europa wurden seit 1995 rund 750.000 Arbeitsplätze bei den Bahnen und in der Bahnindustrie (Bahntechnik) zerstört. In der BRD kam es seit der Bahnreform im Schienenverkehrsbereich zu einer Halbierung der Beschäftigtenzahl (von 360.000 auf 180.000; ohne Stinnes-Schenker). Hinzu kommen einige zehntausend Arbeitsplätze, die in der Bahntechnik abgebaut wurden. Die nun zur Entscheidung anstehende materielle Bahnprivatisierung gefährdet in den Bereichen Schiene und Bahntechnik weitere 80.000 bis 100.000 Arbeitplätze.

Ergebnis: Ein privater Schienenverkehr führt zu einem Abbau von gesellschaftlich sinnvollen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Dies muss die Qualität des Service weiter verschlechtern. Selbst elementare Standards der ansonsten sprichwörtlichen Sicherheit des Schienenverkehrs werden auf diese Weise gefährdet, wie wir bereitsz.B. in Enschede erfahren mussten.



Ein Plädoyer für eine Verkehrswende, in deren Zentrum der Ausbau der Schiene steht, für eine Bahn in öffentlichem Eigentum. Diese andere Verkehrswelt ist nicht nur möglich. Sie existiert zumindest in zentralen Bestandteilen in der Schweiz in Form der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB).
ISBN 3-89965-198-7, 6, 50 €

Neue Debatte seit Ende der parlamentarischen Sommerpause: "Eigentumsmodell"

Alle Privatisierungsmodelle haben die beschriebenen sechs verheerenden Konsequenzen. Nun gibt es seit Juni 2006 eine neue Situation. Im Gespräch ist das so genannte Eigentumsmodell. Dieses, die Nummer zwei in der Auflistung des Gutachtens von Booz Allen Hamilton, wird wie das Kaninchen aus dem Zylinder hervor gezaubert.

Diese Privatisierungs-Variante sieht eine formelle Trennung von Netz und Transport vor: Das Netz wird aus der DB AG herausgetrennt und bleibt im Besitz des Bundes. Die materiell zu privatisierende (Rest-) Deutsche Bahn AG wird über eine Art Generalvertrag allein zuständig bleiben für den Unterhalt und die Bewirtschaftung des Netzes. Da es bei dieser Variante einen engen Zusammenhang zwischen der Transportgesellschaft DB AG und dem formell staatlichen Netz geben wird, darf - so die derzeit noch vorherrschende Auffassung, orientiert an GG Artikel 87e - die DB AG nur zu 49 Prozent in das Eigentum von privaten Investoren übergehen.
Dieses Modell soll es allen recht machen: Das Netz bleibt staatlich ("Keine irreversible Entscheidung"!). Der Transport ist zwar weitgehend privatisiert; doch DB AG und Netz bleiben vertraglich gesichert eng verbunden ("Keine Zerschlagung des Konzerns!")

Im Grundsatz treffen auch auf dieses Privatisierungsmodell die erwähnten sechs negativen Folgen zu. Doch darüber hinaus steckt, wie so oft, der Teufel im Detail. Zunächst wirft dieses Modell **drei kritische Fragen** auf.

Erstens: Ist die neue, staatliche Infrastrukturgesellschaft nur identisch mit der Netz AG? Oder präziser: Wo verbleiben die in der AG Station & Service zusammengefassten rund 5500 Bahnhöfe?

Zweitens: Was ist mit den "falsch verbuchten Immobilien"? Im Mai 2006 wurde nach Untersuchungen des Bundesrechnungshofs bekannt, dass die DB AG eine nicht näher benannte Zahl wertvoller Bahnhöfe und Trassen nicht, wie seit 1999 gesetzlich erforderlich, in den Bilanzen der Infrastrukturgesellschaften Netz AG und AG Station und Service verbuchte. Stattdessen wurden diese der Holding DB AG zugeschlagen. Dies trifft beispielsweise zu auf den Hauptbahnhof in Frankfurt am Main, auf den Hauptbahnhof in Hamburg und auf die Trassen im Verlauf des neuen Berliner Hauptbahnhofs. Es dürfte sich hier nur um die Spitze eines Eisbergs handeln. Selbst wenn die falsch bilanzierten Infrastrukturobjekte noch rechtzeitig vor der materiellen Privatisierung der DB AG "umgebucht" werden sollten, bleibt der Tatbestand bestehen, dass von 1999 bis 2006 Einnahmen der DB Holding zuflossen, die eigentlich dem Netz oder Station & Service hätten zufließen müssen, dass also die Netz AG und Station & Service bzw. die neue Infrastrukturgesellschaft entsprechend unterfinanziert sind. Der Bahnvorstand kündigte zwar Ende August 2006 an, eine Umbuchung der falsch bilanzierten Grundstücke vornehmen zu wollen. Erstmals nannte er auch einen Wert von rund zwei Milliarden Euro (!), auf den diese Grundstücke zu bilanzieren wären. Gleichzeitig wurde jedoch mitgeteilt, diese Grundstücke wären mit hohen Verbindlichkeiten belastet. Das heißt: Im Fall einer Trennung von Netz und Be-

trieb würde allein diese Umbuchung zu neuen hohen Verbindlichkeiten des Bundes führen.

Doch dies ist - drittens - ein grundlegendes Dilemma bei dem "Eigentumsmodell": Das Top-Management der DB AG verpackte im Netz eine Giftpille: 15 Milliarden Euro Verbindlichkeiten von den gesamten 21,5 Milliarden Euro Bahnschulden lasten bereits heute auf der Netz AG (als bisheriger Tochter der DB AG). Wenn das Netz beim Bund verbleibt, dann übernimmt dieser 70 Prozent der Schulden, die die DB AG im Zeitraum 1994 bis 2006 anhäufte. Innerhalb von zwölf Jahren kommt es zu einer "zweiten Entschuldung der Bahn". Allein die Übernahme dieser Bahnschulden läge beim Doppelten dessen, was der Bund mit einem Verkauf von 49 Prozent der (Rest-) DB AG erzielen könnte.

Entscheidend aber ist: So pfiffig das Eigentumsmodell daher kommt, es vereint die wesentlichen negativen Aspekte des Integrations- und des Trennungsmodells.

Beim Trennungsmodell ("Netz bleibt beim Bund") wird vielfach argumentiert, es komme zu einem "Mehr an Wettbewerb", was den Fahrgästen zugute komme. Einmal abgesehen davon, dass die zitierten Gutachten auch beim Trennungsmodell davon ausgehen, dass zumindest der Personenverkehr weiter deutlich abgebaut wird, zeitigt gerade der Aspekt "mehr an Wettbewerb" fatale Folgen: Je mehr private Betreiber es im Schienennetz gibt, desto mehr wird sich dies zu einem Flickenteppich in Bezug auf Fahrpläne, Tarife und Standards von Service und Sicherheit entwickeln. Das ist bereits heute der Fall beim Vergleich von privaten Bahnbetreibern und der DB AG. Dies ist auch die vernichtende Bilanz der britischen Bahnprivatisierung.
Das Eigentumsmodell ist aber gleichzeitig mit dem wesentlichen negativen Element des Modells "integrierter Börsengang" verbunden: Durch den beschriebenen und langfristigen Generalvertrag bleibt die teilprivatisierte DB AG faktisch Herr über das Netz. Sie wird nicht nur Wartung und Unterhalt, sondern weitgehend auch die Investitionstätigkeit im Netz und die Trassengelder und teilweise die Trassenvergabe kontrollieren. Anstelle des vielfach kritisierten staatlichen Monopolisten wird es zur Herausbildung (und staatlichen Förderung) eines privaten Monopolisten kommen.
Der Bund konnte bisher bereits eine DB AG, die sich zu 100 Prozent in Bundeseigentum befand, nicht kontrollieren (vor allem: weil er eine solche Kontrolle nicht wollte und mit Ausverkauf und Börsengang des bisherigen Bahnmanagements sympathisierte). Dieser Bund wird in Zukunft eine teilprivatisierte DB AG mit einer bundeseigenen Infrastrukturgesellschaft, die eng mit der DB AG verbandelt ist, erst recht nicht kontrollieren können bzw. wollen. In die Netzgesellschaft werden jährlich zwei bis drei Milliarden Euro für Investitionen fließen, die ebenfalls weitgehend von der DB AG kontrolliert werden dürften. Die Regionalisierungsgelder von rund 7 Milliarden Euro jährlich fließen ebenfalls überwiegend in die teilprivatisierte DB AG bzw. zu deren Tochter DB Regio. Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass allein im ersten Jahrzehnt nach der Bahnprivatisierung rund 100 Milliarden Euro Steuergelder in einen weitgehend privatisierten Sektor Schiene fließen. Dies stellt ein einmaliges Potential für Missbrauch dar. Das Eigentumsmodell wird sich im Wortsinn als ein großer Verschiebebahnhof für gewaltige Transfers an öffentlichen Geldern erweisen.

Es gibt Alternativen!

Lucas Zeise, der Finanzkolumnist der "Financial Times Deutschland", schrieb: "Bei der Bahn handelt es sich um ein Objekt, das für eine Privatisierung - vielleicht kurz nach dem Militär - am wenigsten geeignet ist." (FTD vom 9.5.2006). Tatsächlich stellt sich die Frage: Warum überhaupt privatisieren? Es gibt dabei aus Sicht des Schienenverkehrs keine sachlich nachvollziehbaren Vorteile, wohl aber gravierende Nachteile. Weiter ist zu fragen: Warum werden nur Privatisierungsmodelle untersucht, die für die Schiene nur Verschlechterungen und für die öffentliche Hand eher Verteuerungen mit sich bringen?

Als Wissenschaftlicher Beirat von Attac sprechen wir uns strikt gegen jede Form einer materiellen Privatisierung der Deutschen Bahn AG aus. Wir sehen darin einen fortgesetzten Abbau der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Sektors.

Wir stellen fest:
-dass damit die Lebensqualität in unserem Land erheblich verschlechtert wird
-dass damit die Mobilität für Dutzende Millionen Menschen reduziert und für einige Millionen (z.B. Behinderte) elementar in Frage gestellt wird
-dass damit die Bundesrepublik Deutschland ohne jeden Zwang ein entscheidendes Instrument aus der Hand gibt, um eine Politik der Verkehrswende zu betreiben und den umweltpolitischen und klimatologischen Anforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Beispielsweise könnte der Schienenverkehr relativ problemlos mit zukunftsfähigen Energieformen (z.B. Strom aus Sonnenenergie) betrieben werden und damit exemplarisch zugleich für die dringend erforderliche Energiewende werden.

Wir fordern stattdessen eine Untersuchung und Umsetzung des "status quo plus": Eines Schienenverkehrsmodells als einer optimierten Bahn in öffentlichem Eigentum. Beispielsweise gibt es die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) als eine relativ dezentralisierte, in öffentlichem Eigentum befindliche Bahn, die - wie auch das Booz Allen Hamilton-Gutachten zugestehen muss - bei wesentlichen besseren Gesamtergebnissen dennoch je Transporteinheit nur ein Drittel so viel an staatlicher Unterstützung benötigt wie der deutsche Schienenverkehr. Und es gibt auch in unserem Land eine größere Zahl dezentraler Unternehmen mit schienengebundenen öffentlichen Verkehrsmitteln, die erfolgreich und kundennah betrieben werden.

In Zeiten, in denen der Ölpreis immer wieder neue Rekordhöhen erreicht, in Zeiten, in denen Kriege um Öl geführt werden, in Zeiten, in denen die Klimaerwärmung unübersehbar und die Gefährdung elementarer Bedingungen für menschliches Leben auf unserem Planeten Erde offensichtlich ist, verbietet sich in der Privatisierungspolitik jedes "Weiter so!".

Die dringend erforderlich nachhaltige und zukunftsfähige Energie- und Verkehrspolitik setzt materielle Instrumente voraus. Eines davon ist der Erhalt des öffentlichen Eigentums an der Schieneninfrastruktur und dem Betrieb des Schienenverkehrs.

http://www.fr-aktuell.de
Erscheinungsdatum 29.09.2006

Attac Schweiz
Service Public - Perspektiven jenseits der Privatisierung

Die Privatisierungspolitik hält ihre Versprechen nicht ñ Attac analysiert die heutige Situation und zeigt Alternativen auf.

Besser, billiger, bürgernäher? Eine vorläufige Bilanz der Privatisierungspolitik lässt wenig Zweifel, dass kaum eines der damit verbundenen Versprechen eingehalten worden ist.
Vor dem Hintergrund der Antiprivatisierungskampagnen der letzten Jahre beschreiben die Autorinnen und Autoren von Attac Schweiz die Motive und Mechanismen der Privatisierungspolitik. Die Auswirkungen werden an den Beispielen von Post und Telekommunikation, Elektrizität, Wasser, Gesundheit, Bildung und Bahn konkret aufgezeigt. Sie analysieren die Ökonomisierung des Staates im internationalen Zusammenhang mit WTO, GATS und EU. Mit der Diskussion über Demokratisierung, gesellschaftliche Aneignung und Selbstverwaltung werden überdies Wege für radikale Alternativen zur Privatisierungspolitik aufgezeigt.

Service public ist der zweite Band der neuen, kleinformatigen und preisgünstigen Sachbuchreihe »Attac-Texte´. 15 SFR

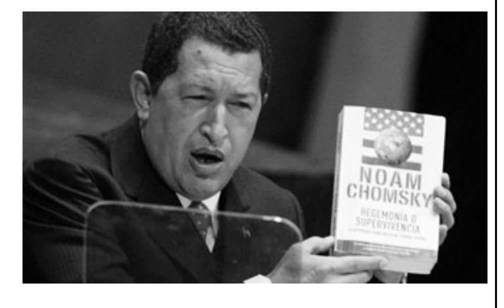
Hugo Chavez,
Präsident der bolivarischen Republik Venezuela, vor der 61. Vollversammlung der Organisation der vereinten Nationen (UNO)
New York, 20. September 2006

Präsidentin der 61. Vollversammlung der Vereinten Nationen, Sheika Haya Rashed Al-Khalifa:
Im Namen der Vollversammlung habe ich die Ehre, Seine Exzellenz, Herrn Hugo Chávez Frías, Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, bei den Vereinten Nationen willkommen zu heißen und lade ihn ein, sich an die Versammlung zu wenden.

Teilnehmer [Beifall]

USA: Hegemonie oder überleben

Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, Hugo Chávez:
Frau Präsidentin, Exzellenzen, Staatschefs, Regierungschefs und hohe Repräsentanten der Regierungen der Welt: Guten Tag ihnen allen.
Zu Beginn möchte ich voller Respekt alle, die dieses Buch noch nicht lesen konnten, einladen, es zu lesen: Noam Chomsky, einer der angesehensten Intellektuellen dieses Amerika und der Welt, Chomsky, eine seiner jüngsten Arbeiten: Hegemonie oder Überleben , Die imperialistische Strategie der Vereinigten Staaten. *



Eine ausgezeichnete Arbeit, um zu verstehen, was in der Welt des 20. Jahrhunderts geschehen ist, was heute geschieht und über die größte Gefahr, die über unserem Planeten lastet: die hegemonialen Bestrebungen des nordamerikanischen Imperialismus bringen das Überleben der menschlichen Spezies in Gefahr.

Wir warnen weiter vor dieser Gefahr und rufen das Volk der Vereinigten Staaten und die Welt auf, diese Bedrohung zu stoppen, die wie das Schwert des Damokles über uns schwebt. Ich wollte ein Kapitel vorlesen, aber um die Zeit zu respektieren belasse ich es lieber bei einer Empfehlung. Es liest sich schnell. Es ist sehr gut, Frau Präsidentin. Sicher kennen Sie es. Es ist erschienen in Englisch, in Deutsch, in Russisch, und sicherlich in Arabisch.

Teilnehmer [Beifall]

Präsident Chávez: Sehen Sie, ich denke, dass die ersten Bürger, die dieses Buch lesen sollten, die Brüder und Schwestern Bürger der Vereinigten Staaten sind, denn sie haben die Bedrohung im eigenen Haus; der Teufel ist im Hause. Der Teufel, der Teufel selbst ist im Haus. Gestern kam der Teufel hierher.

Teilnehmer [Beifall]

Präsident Chávez: Gestern war der Teufel hier, an diesem selben Ort. Dieser Tisch, an dem es nun an mir ist, zu reden, riecht es immer noch nach Schwefel! Gestern, meine Damen und Herren, sprach von dieser selben Bühne der Herr Präsident der Vereinigten Staaten, den ich „den Teufel“ nenne; er kam hierher, um als Herr der Welt zu sprechen, als Herr der Welt. Ein Psychiater wäre nicht genug, um die gestrige Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu analysieren. Als Sprachrohr des Imperialismus kam er, um seine Rezepte zu verteilen, um zu versuchen, das gegenwärtige Herrschaftsverhältnis zu bewahren, das Ausbeutungs- und Ausplünderungsverhältnis gegen die Völker der Welt. Das wäre gut für einen Film von Alfred Hitchcock, ich würde sogar den Titel vorschlagen: „Das Rezept des Teufels“.

Das heißt, der nordamerikanische Imperialismus – und hier sagt es Chomsky klipp und klar – unternimmt hoffnungslose Anstrengungen, um sein hegemoniales Herrschaftssystem zu festigen. Wir dürfen nicht erlauben, dass dies geschieht, wir dürfen nicht erlauben, dass die Weltdiktatur errichtet wird, dass sie sich festigt, dass sich die weltweite Diktatur festigt.

Die Rede des Welttyrannpräsidenten ist voller Zynismus, voller Heuchelei; es ist die imperiale Heuchelei, der Versuch, alles zu kontrollieren. Sie wollen uns das demokratische Modell aufzwingen, wie sie es verstehen: die falsche Demokratie der Eliten. Und außerdem ein sehr originelles demokratisches Modell: Durchgesetzt mit Bomben, mit Bombenangriffen und durch Invasionen und Kanonenschüsse! Was für eine Demokratie! Man müsste noch einmal die These von Aristoteles lesen, oder? Und die der Ersten, die dort in Griechenland von der Demokratie gesprochen haben, um zu sehen, was für ein Demokratiemodell das ist, dass durch Marines, durch Invasionen, durch Aggressionen und Bomben durchgesetzt wird.

Gestern sagt der Präsident der Vereinigten Staaten in diesem selben Saal das Folgende:

„Wohin Sie auch sehen, hören Sie Extremisten, die Ihnen sagen, dass man durch Gewalt, Terror und Märtyrertum dem Elend entfliehen und die Würde zurückgewinnen kann“.

Wo auch immer er hinblickt, sieht er Extremisten! Ich bin sicher, dass er dich sieht, Bruder, mit dieser Farbe und glaubt, du bist ein Extremist. Mit dieser Farbe ist Evo Morales – der gestern gekommen ist, der würdige Präsident Boliviens – ein Extremist. Überall sehen die Imperialisten Extremisten.

Nein, wir sind keine Extremisten; was passiert ist, dass die Welt erwacht und überall wir, die Völker, uns erheben.

Ich habe den Eindruck, Herr imperialistischer Diktator, dass Sie den Rest ihrer Tage mit einem Alptraum leben müssen, denn wo auch immer Sie hinschauen, werden wir erscheinen, wir, die sich gegen den nordamerikanischen Imperialismus erheben, die die völlige Freiheit der Welt fordern, die Gleichheit der Völker, den Respekt für die Souveränität der Nationen.

Ja, sie nennen uns Extremisten, wir erheben uns gegen das Imperium, wir erheben uns gegen das Herrschaftsmodell.

Danach sagte der Herr Präsident Ihnen:

„Heute möchte ich direkt zu den Bevölkerungen des Mittleren Ostens sprechen, mein Land wünscht den Frieden...“

Das stimmt. Wenn wir durch die Straßen der Bronx gehen, wenn wir durch die Straßen von New York, Washington, San Diego, Kalifornien, irgendeiner Stadt, San Antonio, San Francisco gehen und die Menschen auf der Straße fragen, die Bürger der Vereinigten Staaten, dann will dieses Land den Frieden. Der Unterschied ist, dass die Regierung dieses Landes, der Vereinigten Staaten, nicht den Frieden will, sie will uns durch Krieg ihr Modell der Ausbeutung und Ausplünderung und ihre Hegemonie aufzwingen. Das ist der kleine Unterschied.

Sie will den Frieden, und was passiert im Irak? Was ist im Libanon und in Palästina passiert? Was ist in 100 Jahren in Lateinamerika und weltweit passiert? Und nun die Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen

gegen den Iran... Er sprach zum Volk des Libanon:

„Viele von Ihnen haben gesehen, wie Ihre Heime und ihre Gemeinden im Kreuzfeuer gefangen waren“.

Was für ein Zynismus! Was für eine Fähigkeit, schamlos vor aller Welt zu lügen! Die Bomben auf Beirut, die mit millimetergenauer Präzision abgeworfen wurden, sind Kreuzfeuer? Ich glaube, der Präsident denkt an die Westernfilme, als man aus der Hüfte schoß und irgendwer im Kreuzfeuer gefangen war. Imperialistisches Feuer, faschistisches Feuer, mörderisches Feuer, völkermörderisches Feuer des Imperiums und Israels gegen das unschuldige Volk Palästinas und das Volk des Libanon! Das ist die Wahrheit! Jetzt sagen sie, dass sie leiden, dass *„wir leiden, weil wir ihre Heime zerstört sehen“.*

Schließlich kam der Präsident der Vereinigten Staaten, um zu den Völkern zu sprechen, er kam, um außerdem zu sagen – Frau Präsidentin, ich habe einige Dokumente mitgebracht, weil ich heute Morgen einige Reden gesehen und meine Worte aktualisiert habe – er sprach zum Volk Afghanistans, zum Volk des Libanon: *„Dem Volk des Iran sage ich... Dem Volk des Libanon sage ich... Dem Volk Afghanistans sage ich...“*

Gut, man fragt sich: so wie der Präsident der Vereinigten Staaten diesen Völkern sagt *„Ich sage ihnen...“*, was würden ihm diese Völker sagen, wenn diese Völker reden könnten. Was würden sie ihm sagen? Ich werde es aufgreifen, denn ich kenne den größten Teil der Seele dieser Völker, der Völker des Südens, der angegriffenen Völker. Sie würden sagen:
„Yankee-Imperium go home!“ Das wäre der Schrei, der überall ertönen würde, wenn die Völker der Welt mit einer einzigen Stimme zum Imperium der Vereinigten Staaten sprechen könnten.

Die UNO: Gute Reden, keine Macht

Deshalb, Frau Präsidentin, Kollegen, Freundinnen und Freude, kamen wir im vergangenen Jahr hierher, in diesen selben Saal, wie alle Jahre in den vergangenen acht, und sagten etwas, das heute voll bestätigt wurde, und ich glaube, dass fast niemand hier in diesem Saal aufstehen kann, um sich zu verteidigen: Das System der Vereinten Nationen, das nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde – akzeptieren wir es ehrlich – ist zusammengebrochen, hat sich aufgelöst. Es taugt nicht! Es taugt, um hierher zu kommen und Reden zu halten, um uns einmal im Jahr zu sehen, ja, dafür taugt es. Und um sehr lange Dokumente zu machen und gute Reflexionen und gute Reden zu hören wie gestern die von Evo, wie die von Lula und viele Reden, die wir jetzt gerade gehört haben, des Präsidenten von Sri Lanke und die der Präsidentin von Chile. Ja, dafür taugt es. Aber sie haben uns diese Versammlung in ein rein beratendes Gremium verwandelt, nur beratend, ohne irgendeine Art von Macht, um auch nur auf die geringste Weise der schrecklichen Realität entgegenzutreten, die die Welt erlebt.

Vier Vorschläge zur UNO

Deshalb wiederholen wir unseren Vorschlag; Venezuela schlägt hier heute, an diesem 20. September, erneut vor, dass wir die Vereinten Nationen neu gründen. Wir haben im vergangenen Jahr, Frau Präsidentin, vier bescheidene Vorschläge unterbreitet, die wir für unaufschiebbar dringend halten, damit wir Staatschefs, Regierungschefs, unsere Botschafter, unsere Vertreter sie aufgreifen und wir sie diskutieren.

Erstens, die Ausweitung – gestern sagte Lula dasselbe – des Sicherheitsrates, sowohl in seinen ständigen wie in seinen nicht ständigen Bestandteilen, damit neue entwickelte und unterentwickelte Länder hereinkommen, die Dritte Welt, als neue ständige Mitglieder. Das als Erstes.

Zweitens, die Anwendung effizienter Methoden zur Behandlung und Lösung der weltweiten Konflikte, transparente Methoden der Diskussion, der Entscheidungen.

Drittens, das erscheint uns grundlegend, die sofortige Abschaffung – und das ist eine Forderung aller – dieses antidemokratischen Mechanismus des Vetos, des Vetos bei den Entscheidungen des Sicherheitsrates. Nur ein jüngstes Beispiel: Das unmoralische Veto der Regierung der Vereinigten Staaten erlaubte es den israelischen Truppen, frei den Libanon zu zerstören, indem sie ganz offen, vor unser aller Augen, eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhinderte.

Und **Viertens**, notwendig ist – das sagen wir immer – die Rolle, die Befugnisse des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu stärken.

Gestern hat uns der Generalsekretär eine Rede gehalten, praktisch sein Abschied, und er erkannte an, dass in diesen zehn Jahren die Welt komplizierter geworden ist und dass die schweren Probleme der Welt, der Hunger, das Elend, die Gewalt, die Verletzung der Menschenrechte, sich verschlimmert haben. Das ist die schreckliche Konsequenz des Zusammenbruchs des Systems der Vereinten Nationen und der nordamerikanischen imperialistischen Ansprüche.

Kandidatur zum Sicherheitsrat

Andererseits, Frau Präsidentin, entschied Venezuela vor mehreren Jahren, diese Schlacht innerhalb der Vereinten Nationen auszutragen. Wir erkennen die Vereinten Nationen als Mitglieder, die wir sind, mit unserer Stimme, mit unseren bescheidenen Reflexionen an; wir sind eine unabhängige Stimme, um die Würde und die Suche nach Frieden zu vertreten, die Neuformulierung des internationalen Systems; um die Verfolgung und die Aggressionen des Hegemonismus gegen die Völker des Planeten anzuklagen. Venezuela hat auf diese Weise seinen Namen gegeben, dieses Heimatland von Bolívar hat seinen Namen gegeben und hat sich für einen Sitz als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates beworben.

Wissen Sie, die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine offene Aggression begonnen, eine unmoralische Aggression auf der ganzen Welt, und versucht zu verhindern, dass Venezuela frei gewählt wird, um einen Sitz im Sicherheitsrat einzunehmen. Sie fürchten die Wahrheit, das Imperium hat Angst vor der Wahrheit, vor den unabhängigen Stimmen, klagt uns an, Extremisten zu sein. Sie sind die Extremisten.

Ich möchte hier all jenen Ländern danken, die ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt haben, auch wenn die Abstimmung geheim ist, und es ist nicht notwendig, dass irgendjemand es ankündigt. Aber ich glaube, die offene Aggression des nordamerikanischen Imperiums hat die Unterstützung durch viele Länder beschleunigt, was Venezuela, unser Volk, unsere Regierung moralisch sehr stärkt. Der Mercosur zum Beispiel hat als Block seine Unterstützung für Venezuela angekündigt, unsere Brüder vom Mercosur – Venezuela ist jetzt Vollmitglied des Mercosur mit Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay – und viele andere Länder Lateinamerikas wie Bolivien; die Caricom hat vollständig ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt; die Arabische Liga hat vollständig ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt. Ich danke sehr der arabischen Welt, unseren Brüdern aus Arabien, diesem tiefen Arabien. Unseren Brüdern der Karibik, der Afrikanischen Union: fast ganz Afrika kündigte seine Unterstützung für Venezuela an. Und Länder wie Russland, wie China und viele andere Länder des Planeten.

Vielen, vielen Dank im Namen Venezuelas, im Namen unseres Volkes und im Namen der Wahrheit. Denn Venezuela wird, wenn es einen Sitz im Sicherheitsrat besetzt, nicht nur die Stimme Venezuelas einbringen, sondern die Stimme der Dritten Welt, die Stimme der Völker des Planeten. Wir werden dort sein und die Würde und die Wahrheit verteidigen.

Gründe zum Optimismus

Darüber hinaus, Frau Präsidentin, glaube ich, dass es Gründe gibt, optimistisch zu

sein, unweigerlich optimistisch, würde ein Dichter sagen, denn neben den Drohungen, den Bomben, den Kriegen, den Aggressionen, dem Präventivkrieg, der Zerstörung ganzer Völker, kann man spüren, dass sich eine neue Ära erhebt, wie es Silvio Rodríguez singt: „Die Ära gebärt ein Herz“. Es erheben sich alternative Strömungen, alternative Ideen, alternative Bewegungen, Jugendliche mit anderen Ideen. Es wurde innerhalb eines Jahrzehnts bereits bewiesen, dass die These vom Ende der Geschichte völlig falsch war, völlig falsch die These von der Begründung des amerikanischen Imperiums, der pax americana, der Begründung des neoliberalen kapitalistischen Modells, denn was es hervorbringt ist Elend und Armut. Die These ist völlig falsch, sie geht zugrunde, jetzt muss die Zukunft der Welt definiert werden. Es liegt Morgendämmerung über dem Planeten, und man sieht sie überall, in Lateinamerika, in Asien, in Afrika, in Europa, in Ozeanien.

Ich möchte diese Vision des Optimismus hervorheben, damit sich unser Bewusstsein und unsere Bereitschaft zum Kampf für die Rettung der Welt und für den Aufbau einer neuen Welt, einer besseren Welt verstärken. Venezuela reiht sich in diesen Kampf ein und deshalb werden wir bedroht.

Die Machenschaften der USA

Die Vereinigten Staaten planten, finanzierten und initiierten bereits einen Staatsstreich in Venezuela und die Vereinigten Staaten unterstützen weiter putschistische Bewegungen in Venezuela und gegen Venezuela, sie unterstützen weiter den Terrorismus. Die Präsidentin Michelle Bachelet hat vor einigen Tagen - Entschuldigung, vor einigen Minuten – an die schreckliche Ermordung des früheren chilenischen Außenministers Orlando Letelier erinnert. Ich möchte nur das Folgende hinzufügen: die Schuldigen sind frei und die Schuldigen jenes Ereignisses, bei dem auch eine Bürgerin der Vereinigten Staaten starb, sind Nordamerikaner von der CIA, Terroristen der CIA.

Aber es muss auch in diesem Saal daran erinnert werden, dass sich in wenigen Tagen auch die schreckliche terroristische Tat der Sprengung des kubanischen Flugzeugs zum 30. Mal jährt, bei der 73 Unschuldige starben, ein Flugzeug der Cubana de Aviación. Und wo ist der größte Terrorist dieses Kontinents, der die Verantwortung für die Sprengung des kubanischen Flugzeugs als geistiger Urheber übernommen hat?

Er war in Venezuela einige Jahre lang gefangen, er floh mit der Hilfe von Beamten der CIA und der damaligen venezolanischen Regierung. Er lebt hier in den Vereinigten Staaten, geschützt von dieser Regierung, er war gefangen und geständig.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein doppeltes Gesicht und beschützt den Terrorismus.

Diese Reflexionen besagen, dass Venezuela dem Kampf gegen den Terrorismus, gegen die Gewalt verpflichtet ist und sich mit allen Völkern vereint, die für den Frieden und eine Welt der Gleichen kämpfen.

Ich habe von dem kubanischen Flugzeug gesprochen. Der Terrorist heißt Luis Posada Carriles, er wird hier beschützt. Geschützt werden hier die großen Korrupten, die aus Venezuela geflohen sind; eine Gruppe von Terroristen, die dort Bomben in den Botschaften mehrerer Länder gelegt haben, die dort während des Staatsstreichs Menschen ermordet haben, die diesen bescheidenen Diener entführten und ihn erschießen wollten, nur dass Gott und eine Gruppe guter Soldaten und ein Volk, das auf die Straße gingen, ihre Hand erhoben haben. Durch ein Wunder bin ich hier. Sie sind hier, die Führer dieses Staatsstreichs und dieser terroristischen Akte, beschützt von der Regierung der Vereinigten Staaten.

Ich klage die Regierung der Vereinigten Staaten an, den Terrorismus zu schützen und einen absolut zynischen Diskurs zu führen.

Die Blockfreien Länder

Wir sprechen von Cuba, wir kommen aus Havanna, wir kommen glücklich aus Havanna, wir waren dort mehrere Tage; und dort kann man die Geburt einer neuen Ära sehen: den Gipfel der G-15, den Gipfel der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit einer historischen Resolution: „Abschlussdokument“ – erschrecken Sie nicht, ich werde nicht alles vorlesen -, aber hier gibt es eine Reihe von Resolutionen, die in offener und transparenter Diskussion von mehr als 50 Staatschefs getroffen wurden. Havanna war eine Woche lang die Hauptstadt des Südens. Wir haben die Bewegung der Nichtpaktgebundenen neu gestartet, und wenn ich Sie alle um etwas bitten darf, Compañeros und Brüder und Schwestern, dann ist es, dass wir großen Willen in die Stärkung der Gruppe der Nichtpaktgebundenen setzen, das ist überaus wichtig für die Geburt der neuen Ära, um die Hegemonie und den Imperialismus zu verhindern.

Und außerdem, Sie wissen es, haben wir Fidel Castro für die nächsten drei Jahre zum Präsidenten der Gruppe der Nichtpaktgebundenen bestimmt und wir sind sicher, dass der Genosse Präsident Fidel Castro den Taktstock mit großer Effizienz führen wird. Die, die wollten, dass Fidel stirbt, nun gut, sie blieben frustriert zurück und sie werden frustriert zurück bleiben, denn Fidel trägt wieder die olivgrüne Uniform und jetzt ist er nicht nur der Präsident Cubas, sondern der Präsident der Nichtpaktgebundenen.

Frau Präsidentin, liebe Kollegen, Präsidenten, dort wurde eine sehr starke Bewegung geboren, die des Südens. Wir sind Männer und Frauen des Südens, wir sind Überbringer dieser Dokumente, dieser Ideen, dieser Kritiken, dieser Reflektionen. Ich schließe schon meine Mappe und das Buch nehme ich wieder mit - vergessen Sie nicht, dass ich es Ihnen in aller Bescheidenheit sehr empfehle -.

Wir haben versucht, Ideen für die Rettung dieses Planeten beizutragen, um sie vor der imperialistischen Bedrohung zu retten und damit, hoffentlich bald, in diesem Jahrhundert, nicht sehr spät, unsere Kinder und unsere Enkel besser leben können, hoffentlich können wir es noch sehen und erleben: eine Welt des Friedens, unter den grundlegenden Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen, aber einer neu gestarteten, einer neu gestarteten und anderswo untergebrachten.

Ich glaube, wir müssen die Vereinten Nationen in einem anderen Land unterbringen, in einer Stadt des Südens, haben wir aus Venezuela vorgeschlagen. Sie wissen, dass mein persönlicher Arzt eingeschlossen im Flugzeug bleiben musste: sie haben ihm nicht erlaubt, zu den Vereinten Nationen zu kommen. Ein weiterer Missbrauch und Angriff, Frau Präsidentin, den wir aus Venezuela beantragen als einen –sogar persönlichen – Angriff des Teufels zu registrieren.

Es riecht nach Schwefel, aber Gott ist mit uns. Eine gute Umarmung und Gott schütze Sie alle. Guten Tag.

Teilnehmer [Beifall und Applaus]

http://www.netzwerk-venezuela.de
Übersetzung: André Scheer

Noam Chomsky: Der gescheiterte Staat. Aus dem Amerikanischen von Gabriele Gockel u. a. Verlag Antje Kunstmann, geb., 399 S., geb., 24,90 EUR

Noam Chomsky, Hybris - Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA, Piper Verlag, EUR 9,00

Dokumente der UN-Generalversammlung auf Deutsch: http://www.un.org/Depts/german/

Harald Neuber

Mehr Demokratie wagen

Gipfel der Blockfreien-Bewegung in Havanna beendet. Aufruf zur Reformierung der Vereinten Nationen.

Die Bewegung der Blockfreien Staaten hat ihre politische Apathie überwunden. Erstmals seit Ende des Kalten Krieges, mit dessen Gefahrenpotential sie drei Jahrzehnte lang ihre Existenz begründete, hat die Allianz ihre Ziele neu definiert. Die »Erklärung von Havanna«, wie das offizielle Abschlußdokument des 14.Gipfeltreffens heißt, ruft die 118 Mitgliedsstaaten zum politischen und wirtschaftlichen Schulterschluß gegen die Vorherrschaft der Industriestaaten auf: »Die reichen und mächtigen Länder üben – gerade in Wirtschaft und Handel – weiterhin einen großen Einfluß auf die internationalen Beziehungen aus, und sie definieren die Regeln, von denen viele zu Lasten der Entwicklungsstaaten gehen«, heißt es zu Beginn des Dokumentes, das in Folge zum Widerstand gegen »Neoliberalismus« und »Imperialismus« aufruft. Dieser Duktus der Erklärung wurde von dem sozialistischen Kuba als Gastgeberland geprägt – und von den übrigen Mitgliedern zum Teil ausdrücklich befürwortet.

Im Beisein von UN-Generalsekretär Kofi Annan hatten bei der Abschlußversammlung am Samstag mehrere der anwesenden 56 Staats- und Regierungschefs zur Demokratisierung der Weltorganisation aufgerufen. Dies sei notwendig, »damit die UN endlich den Willen der Mehrheit repräsentieren«, sagte der Premierminister Lesothos, Pakalitha Mosisili.

Annan selbst gab der Forderung der Blockfreien recht: Die Wahrnehmung einer schmalen Machtbasis berge die Gefahr, daß nicht nur die Autorität und Legitimität der UN erodiere, sondern auch ihre Neutralität und Unabhängigkeit, sagte er: »Der Sicherheitsrat muß sich reformieren– um der Entwicklungsländer und der Vereinten Nationen selbst willen«.

In der Positionierung gegen die aggressive Außenpolitik der USA regte sich unter den Gipfelteilnehmern aber auch Widerstand. Malaysias Premier Abdullah Ahmed Badawi wies in seiner Rede auf die unterschiedlichen Auffassungen unter den Mitgliedsländern hin. Es habe sich bei dem Treffen nicht um einen »Gipfel gegen die USA« gehandelt. Indiens Premier Manmhan Singh pflichtete Badawi mit einem Appell zu »Mäßigung, Eintracht und Vernunft« bei.

Solche Zwischentöne wiesen auf die größte Hürde bei der Reorganisierung der Blockfreien-Bewegung hin: Regionale »Tigerstaaten« wie Indien und Brasilien stehen der Formierung neuer Süd-Süd-Allianzen zugunsten wirtschaftlicher und politischer Bündnisse mit der Großmacht USA weiterhin zögernd gegenüber. Ohne sie wird eine Neustrukturierung der UN aber ebenso schwierig werden wie die Schaffung effektiver Alternativen zum neoliberalen Welthandel.

Doch hat sich in der breiten Unterstützung für die »Erklärung von Havanna« auch gezeigt, daß die Entwicklungs- und Schwellenstaaten in ihrer überwiegenden Mehrheit auf der Suche nach solchen Alternativen sind. Dies war bei der Gründung der Bewegung 1961 nicht anders. Kuba, das den Blockfreien in den kommenden drei Jahren vorstehen wird, hat viel zu tun. Vor allem aber ist es zum politischen Aufbruch bereit, wie der amtierende Präsident Raúl Castro erklärte: »Nicht allein als Mitglied dieses Bündnisses, sondern aus der Tradition seines Kampfes heraus«.

Gemeinsames Programm der "Dritten Welt"

Auszüge aus der 90-seitigen (!) Abschlusserklärung des Blockfreien-Gipfels in Havanna

Mit einem deutlichen Signal zur Demokratisierung der Vereinten Nationen und zum Schutz des Völkerrechtes ist in der Nacht zum Sonntag die 14. Konferenz der blockfreien Staaten zu Ende gegangen. Die "junge Welt" dokumentierte die "wichtigsten Punkte" der 90-seitigen Abschlusserklärung:

Die 118 Mitglieder der Blockfreien-Bewegung »nehmen mit Sorgen den Anstieg von Aktivitäten wahr, deren Ziel es ist, die Stabilität Venezuelas zu erschüttern; darunter die jüngste Einrichtung einer Behörde (in den USA, d. Red.), deren Arbeit darauf abzielt, die Spionage gegen Kuba und Venezuela zu verstärken und geheimdienstliche Informationen zusammenzutragen«.

Sie erklären »ihre uneingeschränkte Unterstützung und Solidarität mit dem Volk und der Regierung von Bolivien zu einem Zeitpunkt, zu dem externe Kräfte versuchen, das Land zu spalten, seine Institutionen zu destabilisieren und so die Demokratie gefährden«.

Sie fordern von Washington, »die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba zu beenden«. Auch lehnen sie »die Schritte der US-Regierung ab, die Blockade zu verschärfen«.

Sie bestehen zudem darauf, »die Souveränität Kubas über das besetzte Territorium wiederherzustellen, auf dem sich derzeit die US-Marinebasis in Guantánamo befindet«.

Sie erklären ihre entschiedene Verurteilung der »zügellosen Aggression« Israels gegen Libanon und der »schweren Verletzungen« der territorialen Integrität und Souveränität dieses Landes. Israel trage »die volle Verantwortung für die Konsequenzen dieser Aggression«.

Sie bitten die internationale Staatengemeinschaft, sich für den Frieden in Palästina einzusetzen.

Sie drücken der neuen irakischen Regierung ihre Unterstützung aus und verurteilen alle Terrorakte, die in diesem Land begangen werden.

Sie unterstützen die staatliche Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel und eine friedliche Lösung des dortigen Nuklearstreits.

Sie fordern die Industriestaaten zu mehr Flexibilität und politischen Willen auf, um die Stagnation in den WTO-Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels zu überwinden.

Sie bekräftigen die Notwendigkeit einer Reform der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates, um die Rolle dieser Organisation zu stärken und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

In einer gesonderten Erklärung unterstützten die Blockfreien-Staaten die Bemühungen Irans, ein Atomprogramm mit friedlichen Zwecken aufzubauen.

(jW)

http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Weltordnung/havanna.html

Ergebnisse der Blockfreien Konferenz (auf englisch): http://www.cubanoal.cu/ingles/index.html

Dominique Vidal
Israel unter Druck

Fast sechzig Jahre sind vergangen, seit die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloss, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen und Jerusalem mit seinen Heiligen Stätten unter internationale Verwaltung zu stellen. Wäre dieser UN-Teilungsplan vom 29. November 1947 je umgesetzt worden, so hätte Israel seither sicherlich nicht einen Krieg nach dem anderen erlebt.

Einige dieser Kriege waren schnell gewonnen. 1956 eroberte Israel in nur sechs Tagen den Sinai. 1967 dauerte es keinen Tag länger, das Westjordanland, den Gazastreifen und Ostjerusalem zu besetzen. Auch 1982 brauchten die Streitkräfte nur eine Woche, um bis Beirut vorzurücken und die Stadt einzuschließen.

Andere Konflikte erwiesen sich als schwieriger. Schon der Unabhängigkeitskrieg und die Vertreibung der Palästinenser 1948 bedeuteten einige Wochen der Ungewissheit: Vom 15. Mai bis zum Waffenstillstand am 11. Juni war der Kampf nicht wirklich entschieden. Im Jom Kippur-Krieg von 1973 brachten Ägypten und Syrien die israelische Armee eine Zeit lang in arge Bedrängnis. Und nicht zu vergessen: Die unterschwelligen Dauerkonflikte - die Intifada der Steine (ab 1988) und die Al-Aqsa-Intifada (ab 2000)...

Aber niemals hat es eine **Niederlage** gegeben - bis zu diesem Sommer. Natürlich ist die israelische Armee auch diesmal nicht besiegt worden. Sie hat ihre Ziele jedoch nicht erreicht. Dreiunddreißig Tage dauerten die Kämpfe. Aber einem Militärapparat, der zu den mächtigsten der Welt gehört, gelang es nicht, den Widerstand einiger Tausend Guerillakämpfer zu brechen. Noch am 13. August, dem Tag vor dem Waffenstillstand, beschoss die Hisbollah die Städte im Norden Israels mit etwa 250 Raketen. Und die Organisation war populär wie nie zuvor - nicht nur unter den vierzig Prozent Schiiten im Libanon, sondern auch bei vielen Christen und Sunniten. Und jenseits im arabischen Raum...

Dabei hatte die israelische Armee mit allen Mitteln gearbeitet. Das uralte, abscheuliche Gesetz der Vergeltung kam hier zu neuen Ehren. "Auge um Auge, Zahn um Zahn" heißt es in der Bibel. Diesmal galt eher: "Zehn Augen um ein Auge, zehn Zähne um einen Zahn". Während den Kämpfen in Gaza und im Libanon kamen 160 Israelis ums Leben - die meisten waren Soldaten. Auf der Gegenseite gab es fast 1500 Todesopfer - die meisten waren Nicht-Kombattanten.

Unverhältnismäßigkeit ist das Schlüsselwort in diesem Konflikt. Hamas und Hisbollah entführten drei israelische Soldaten. Im Gegenzug nahm Israel, in Gaza wie im Libanon, die ganze Bevölkerung in Geiselhaft. Im Juni wurden 35 palästinensische Minister und Abgeordnete verhaftet. Ohnehin sitzen etwa zehntausend Palästinenser in israelischen Gefängnissen.

In einem militärischen Konflikt keinen Unterschied zwischen der Zivilbevölkerung und den gegnerischen Kräften zu machen, bedeutet eine **Verletzung des internationalen Kriegsrechts**. Genau dies hat Amnesty International der Hisbollah ebenso wie Israel zum Vorwurf gemacht. Allerdings heißt es im Amnesty-Bericht, Israel habe solche Folgen nicht als *"Kollateralschäden"* in Kauf genommen, sondern sie zum *"Teil seiner militärischen Strategie gemacht"*. Amnesty kommt zu dem Schluss, ich zitiere weiter: *"Viele der in diesem Bericht aufgeführten Verstöße sind Kriegsverbrechen, die in die Verantwortung einzelner Personen fallen* (1)*"* Zu den schlimmsten Vergehen zählt ohne Zweifel, dass Israel über dem Libanon Hunderttausende von Bomben abgeworfen hat, die Phosphor und abgereichertes Uran enthalten oder mit Mehrfach-Sprengköpfen versehen sind.

Selbst der Einsatz derart entsetzlicher Mittel brachte Israel diesmal keinen Sieg. Und **die Folgen dieses Scheiterns** sind gewaltig. Nicht nur innenpolitisch - sie erschüttern den Nahen Osten, sie **haben weltpolitische Konsequenzen.**

Die israelischen Streitkräfte galten als unbesiegbar. Dieser Mythos ist nachhaltig beschädigt. Die israelische Armee, die in den letzten knapp zwanzig Jahren – während die Intifadas - den vor allem Vergeltungsaktionen gegen Frauen und junge Leute durchgeführt hatte, ist nach diesem Sommer nicht mehr dieselbe wie vorher. Der Militärgeheimdienst hat die Kampfstärke der Hisbollah unterschätzt. Der Luftwaffe gelang es nicht, die Infrastruktur der Guerilla zu zerstören, und auch Panzer und Infanterie waren insgesamt nicht erfolgreich. Auf manchen Kriegsschauplätzen, wie etwa in Bint Jbeil, mussten sie sogar Niederlagen einstecken. Als unzureichend erwies sich auch die Logistik: Viele Berufssoldaten und Reservisten beklagten sich darüber, dass es an Waffen und Ausrüstung gefehlt habe. Sie hatten keine aktualisierten Karten vom Kampfgebiet, zeitweise waren sogar Essen und Wasser knapp.

Das Schlimmste am militärischen Scheitern des Libanon-Feldzugs sind seine **politischen Konsequenzen**. Seit 2004 hatte Ariel Scharon eine unilaterale Politik verfolgt, die sein Nachfolger Ehud Olmert fortsetzte. Israel geht es dabei nicht um Verhandlungen, sondern darum, den Palästinensern und den anderen Nachbarstaaten seine Bedingungen zu diktieren. Dies setzt jedoch die unangefochtene militärische Oberhoheit Israels voraus. Am 1. August erklärte Olmert noch voller Zuversicht: *"Hisbollah ist nicht mehr die Gefahr, die sie einmal war. Sie kann unser Volk nicht mehr bedrohen, weil wir uns gewehrt und den Sieg davon getragen haben.* (...) *Wenn die Kämpfe heute beendet wären, könnte man sagen, das Gesicht des Nahen Ostens hat sich radikal gewandelt: Die israelische Armee und das israelische Volk haben einen vollständigen Sieg errungen* (2).*"* Davon ist inzwischen nicht mehr die Rede. Auch mit den hochfliegenden Plänen, die Hälfte Westjordanland schweigend zu annektieren oder den Libanon zur israelischen Einflusszone zu machen, ist es vorbei.

Olmerts Niederlage trifft sogar den Präsidenten der USA an einem empfindlichen Punkt. Bush hatte den Libanonkrieg zu einer *"dritten Front im weltweiten Krieg gegen den Terror* (3)*"* erklärt. Israel sollte der Hisbollah *"das Genick brechen* (4)*"* - seine Armee war aber nicht in der Lage, die Anweisung aus Washington auszuführen. Andererseits dürften die Amerikaner und ihre Verbündeten das Problem aus Afghanistan und dem Irak kennen. Man hat es eben nicht nur mit einigen *"von Teheran gesteuerten Terroristen"* zu tun, sondern mit Kräften, die über Rückhalt in der Bevölkerung verfügen, und für deren Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit einstehen. In der Vergangenheit waren die nationalistischen und sozialistischen Bewegungen der arabischen Welt Träger dieser Hoffnung. Seither hat sich in der Region und in der Welt viel verändert. Große Teile der Bevölkerung glauben heute, dass allein der politische Islam, beziehungsweise fundamentalistische Bewegungen einen solchen Wandel bewirken können. Man mag das bedauern - aber es ist eine Tatsache.

Der "Neue Nahe Osten", den sich die USA nach dem 11. September 2001 ausgedacht hatten, ist weniger denn je in Sicht. Die Vorstöße und Einsätze im "globalen Krieg gegen den Terror" kommen allesamt wie ein Boomerang zurück. Sie haben die Verbündeten geschwächt und den Gegner gestärkt. Die Konflikte gleichen sich, die Gegner der USA verbünden sich, die staatliche Autorität in den Konfliktgebieten ist geschwächt, und bewaffnete Gruppen gewinnen an Einfluss. Alle Formen des Widerstands gegen die Supermacht Amerika finden leichter zusammen, seit es die Theorie vom "Kampf der Kulturen" und das Motto vom "Kreuzzug gegen den faschistischen Islam" gibt.

Häufig werden die Gefahren des so genannten "schiitischen Halbmonds" im Nahen Osten beschworen. Zweifellos hat der Misserfolg der Koalitionstruppen im Irak die regionale Machtstellung des **Iran** gestärkt - genau das wollte der Westen in den 1980er Jahren verhindern, als er sich im iranisch-irakischen Krieg auf die Seite Bagdads schlug. Nach dem Scheitern des israelischen Angriffs auf den Libanon hat Teheran nun noch bessere Karten als zuvor. Die Schiiten bilden allerdings weder in der Region, noch in einzelnen Staaten eine geschlossene Gruppe. Und **das Erstarken radikaler Kräfte hat weit mehr mit den politischen und sozialen Verhältnissen zu tun als mit der Religion.** Das zeigt auch das Beispiel Hisbollah: stark gemacht hat die Organisation weniger ihr Rückhalt im schiitischen Iran als vielmehr ihre führende Rolle im Widerstand gegen Israel und ihr Eintreten für eine unterdrückte Minderheit im eigenen Land.

In Israel herrscht Empörung. Man richtet Untersuchungsausschüsse ein und ein paar Generäle und Politiker werden ihre Posten räumen müssen - so war es schon nach dem Jom Kippur-Krieg (als der Agranat-Ausschuss ermittelte) und nach dem Einmarsch in den Libanon (als der Kahane-Ausschuss tagte). Aber es geht um mehr. Vor allem darum, welche Schlüsse die Israelis aus diesem militärischen Abenteuer ziehen. Werden sie sich eine neue "Dolchstoßlegende" einfallen lassen, die nur den nächsten Waffengang rechtfertigen soll ? Oder werden sie endlich begreifen, dass sie mit ihren Nachbarn verhandeln müssen - vor allem mit den Palästinensern ? Eines zeigt sich deutlicher denn je: **Die entscheidende Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten ist die Bildung eines palästinensischen Staates in den seit 1967 besetzten Gebieten. Seine Hauptstadt muss Ostjerusalem sein. Außerdem muss eine faire Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.**

Es könnte einen großen Fortschritt bedeuten, wenn Hamas und Fatah tatsächlich eine Regierung der nationalen Einheit bilden. Damit wäre nicht nur die Gefahr eines palästinensischen Bürgerkriegs gebannt, sondern Israel hätte keinen Vorwand mehr, Verhandlungen zu verweigern. Und das skandalöse internationale Wirtschaftsembargo gegen Palästina müsste aufgehoben werden. Einmal mehr ist die Europäische Union gefordert. Vor allem Frankreich und Deutschland müssen **Druck auf Israel und die USA ausüben, damit der Friedensprozess wieder in Gang kommt.**

Israel hat stets auf seine - vor allem militärische - Übermacht in der Region gesetzt, um sein Überleben zu sichern. Eine Ausnahme bildeten nur die beiden ersten Jahre des Oslo-Prozesses. Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Stärke in den sogenannten "asymmetrischen Konflikten", die von den USA unter Präsident Bush immer wieder ausgelöst werden, keine Garantie für militärische Siege bietet. In diesem Sommer sind Raketen auf Haifa, Akko, Hadara, Nazareth und Bet Schean niedergegangen. Im nächsten Krieg könnten schlimmere Geschosse als Katjuscha-Raketen auch in Tel Aviv und Jerusalem einschlagen. Dies gilt es zu verhindern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(1) Siehe www.amnesty.fr/var/amnesty/storage/fckeditor/File/MDE_18_007_2006_fra.pdf
(2) AFP, 1. August 2006.
(3) Le Monde, 16. August 2006.
(4) Diese Zielsetzung stammt von der US-Regierung. Siehe Yediot Aharonot (Tel Aviv), 14. Juli 2006.

Dieser Beitrag wurde in Berlin anlässlich der Vorstellung des Atlas der Globalisierung am 27. September 2006 gehalten.

Uri Avnery

Mohammeds Schwert

Anmerkungen zu einer Rede vom Papst Benedikt

SEIT DEN Tagen, als römische Kaiser die Christen den Löwen zum Fraß hinwarfen, haben die **Beziehungen zwischen Kaisern und Kirchenführern** viele Wandlungen durchgemacht.

Konstantin der Große, der 306 – genau vor 1700 Jahren – Kaiser wurde, machte das Christentum zur Staatsreligion seines Kaiserreiches, das damals auch Palästina einschloss. Jahrhunderte später teilte sich die Kirche in einen östlichen (orthodoxen) und einen westlichen (katholischen) Teil. Im Westen erwarb der Bischof von Rom den Titel Papst und verlangte vom Kaiser, sich ihm zu unterwerfen.

Der Kampf zwischen Kaiser und Papst spielte in der europäischen Geschichte eine zentrale Rolle und spaltete die Völker. Es gab für beide Seiten Siege und Niederlagen. Einige Kaiser setzten den Papst ab oder vertrieben ihn, einige Päpste setzen den Kaiser ab oder exkommunizierten ihn. Einer der Kaiser, Heinrich IV., „ging nach Canossa“, stand drei Tage barfuss im Schnee vor der Burg des Papstes, bis der Papst sich herabließ, die Exkommunizierung aufzuheben.

Aber es gab auch Zeiten, in denen die Kaiser und die Päpste in Frieden miteinander lebten. Heute erleben wir solch eine Zeit. Zwischen dem gegenwärtigen Papst Benedikt XVI. und dem gegenwärtigen Kaiser George Bush II. besteht eine wunderbare Harmonie. Die vor einer Woche gehaltene Rede des Papstes, die einen weltweiten Sturm auslöste, passt gut zu Bush’s Kreuzzug gegen den „Islamo-Faschismus“ - im Kontext des „Kampfes der Kulturen“.

IN SEINER Vorlesung an einer deutschen Universität beschrieb der 265. Papst den großen Unterschied zwischen **Christentum und Islam**: während das Christentum sich auf die Vernunft gründe, verleugne der Islam diese. Während die Christen die Logik in Gottes Handlungen erkennen, verleugneten die Muslime jegliche Logik in den Taten Allahs.

Als jüdischer Atheist habe ich nicht die Absicht, mich auf den Streitboden dieser Debatte zu begeben. Es liegt außerhalb meiner bescheidenen Fähigkeit, die Logik des Papstes zu verstehen. Aber ich kann eine Passage nicht übersehen, die auch mich betrifft, als Israeli, der in der Nähe der angeblichen Grenzlinie des „Kampfes der Kulturen“ lebt.

Um den Mangel an Vernunft im Islam zu beweisen, behauptete der Papst, dass der Prophet Muhammad seinen Anhängern befahl, seine Religion mit dem Schwert auszubreiten. Nach Ansicht des Papstes wäre dies unvernünftig, weil der Glaube aus der Seele kommt und nichts mit dem Körper zu tun hat. Wie könnte also das Schwert die Seele beeinflussen?

Um dies noch zu unterstreichen, zitierte der Papst ausgerechnet das Wort eines byzantinischen Kaisers, der natürlich zur konkurrierenden Ostkirche gehörte. Ende des 14. Jahrhunderts erzählte Kaiser Manuel II. Palaeologus von einem (zweifelhaften) Streitgespräch, das er mit einem nicht namentlich genannten persisch muslimischen Gelehrten geführt hätte. In der Hitze des Gefechtes schleuderte der Kaiser – nach seiner eigenen Aussage – folgende Worte gegen seinen Kontrahenten:

„Zeig mir doch, was Mohammad Neues gebracht hat und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten.“

Diese Worte geben Anlass, drei Fragen zu stellen: a) Warum sagte der Kaiser sie? b) Stimmt das denn ? c) Warum hat der gegenwärtige Papst diese Worte zitiert?

ALS MANUEL II. seine Abhandlung schrieb, war er das Haupt eines Imperiums, das im Niedergang begriffen war. Er kam 1391 zur Macht, als dem einst so blühenden Kaiserreich nur noch wenige Provinzen

geblieben waren, die auch schon von den Türken bedroht wurden.
Zu diesem Zeitpunkt hatten die ottomanischen Türken bereits das Donauufer erreicht. Sie hatten Bulgarien und den Norden Griechenlands erobert und zweimal Europas Heere besiegt, die das östliche Kaiserreich retten sollten. 1453, nur wenige Jahre nach Manuels Tod, eroberten die Türken seine Hauptstadt Konstantinopel – das heutige Istanbul - und setzten dem Kaiserreich ein Ende, das mehr als tausend Jahre gedauert hatte.
Während seiner Herrschaft hatte Kaiser Manuel II. die Hauptstädte Europas besucht und versucht, die Trommeln für Unterstützung zu rühren. Er versprach, die Kirche wieder zu vereinigen. Zweifellos schrieb er seine religiöse Abhandlung, um die christlichen Länder gegen die Muslime, die „Achse des Bösen", anzustacheln und sie zu einem neuen Kreuzzug zu bewegen. Das Ziel war praktisch ausgerichtet, die Theologie diente der Politik.
In diesem Sinn passt das Zitat genau zu den Erfordernissen des gegenwärtigen Kaisers George Bush. Auch er will die christliche Welt gegen den Islam, die „Achse des Bösen", einigen. Außerdem klopfen die Türken wieder an die Türen Europas, dieses Mal friedlich. Es ist allgemein bekannt, dass der Papst die Kräfte unterstützt, die gegen den Eintritt der Türkei in die EU sind.

STECKT IRGENDWELCHE Wahrheit in Kaiser Manuels Behauptung?
Der Papst selbst hat Vorsicht angemahnt. Als seriöser und namhafter Theologe konnte er es sich nicht leisten, Texte zu fälschen. Deshalb gab er zu, dass der Koran streng verbietet, den Glauben mit Gewalt zu verbreiten. Er zitierte die 2. Sure, Vers 256 der lautet: „In Glaubenssachen darf kein Zwang herrschen".
Wie kann man eine so simple und eindeutige Feststellung ignorieren? Der Papst behauptete einfach, dass dieses Gebot vom Propheten zu Beginn seiner Kariere festgelegt wurde, als er noch schwach und ohnmächtig war. Aber später befahl er die Anwendung des Schwertes im Dienst des Glaubens. Solch einen Befehl gibt es im Koran gar nicht. Mohammed rief zwar in seinem Krieg gegen feindliche - christliche, jüdische und andere – Stämme in Arabien zur Anwendung des Schwertes auf, als er seinen Staat aufbaute. Aber das war ein politischer und kein religiöser Akt; es ging grundsätzlich um Gebiete – und nicht um die Verbreitung des Glaubens. Jesus sagte: „An den Früchten werdet ihr sie erkennen." Wie der Islam mit anderen Religionen umging, sollte mittels eines einfachen Tests beurteilt werden: Wie haben sich muslimische Herrscher mehr als tausend Jahre lang verhalten, als sie die Macht hatten, „den Glauben mit dem Schwert zu verbreiten"?
Sie haben genau dies nicht getan.
Viele Jahrhunderte lang herrschten Muslime über Griechenland. Wurden die Griechen Muslime? Versuchte jemand sie zu islamisieren? Im Gegenteil. Christliche Griechen besetzten die höchsten Ämter in der ottomanischen Regierung. Die Bulgaren, Serben, Rumänen, Ungarn und andere europäische Nationen lebten länger oder kürzer unter der ottomanischen Herrschaft und hielten an ihrem christlichen Glauben fest. Keiner zwang sie, Muslim zu werden. Alle blieben gläubige Christen.
Die Albaner konvertierten zwar zum Islam und auch die Bosniaken. Aber keiner behauptet, dass dies unter Zwang geschehen ist. Sie nahmen den Islam an, um Vergünstigungen der Regierung zu erlangen und sich der Früchte zu erfreuen.
1099 eroberten die Kreuzfahrer Jerusalem und massakrierten willkürlich seine muslimischen und jüdischen Einwohner im Namen des sanften Jesu. Zu jener Zeit - 400 Jahre nach der muslimischen Besatzung Palästinas waren die Christen noch die Mehrheit im Lande. Während dieser langen Periode wurden keine Anstrengungen unternommen, ihnen den Glauben Mohammads aufzuzwingen. Erst nach der Vertreibung der Kreuzfahrer aus dem Land begann die Mehrheit der Bewohner damit, die arabische Sprache und den muslimischen Glauben anzunehmen – und sie sind die Vorfahren der meisten heutigen Palästinenser.

ES GIBT AUCH keinen Beweis für einen Versuch, den Juden den Islam aufzuzwingen. Wie allgemein bekannt ist, erlebten die Juden Spaniens während der muslimischen Herrschaft eine Blütezeit, wie sie sie nirgendwo beinahe bis in unsere Zeit erlebt hatten. Dichter wie Yehuda Halevy schrieben arabisch, genau wie der große Maimonides. Im muslimischen Spanien waren Juden Minister, Dichter, Wissenschaftler. Im muslimischen Toledo arbeiteten christliche, muslimische und jüdische Gelehrte zusammen und übersetzten die antiken griechischen, philosophischen und wissenschaftlichen Texte. Das war wirklich ein Goldenes Zeitalter. Wie hat das nur möglich sein können, hätte der Prophet die „Ausbreitung des Glaubens mit dem Schwert" verordnet?
Was dann geschah, ist aber noch bedeutsamer. Als die Katholiken Spanien von den Muslimen zurückerobert hatten, begannen sie eine Herrschaft des religiösen Terrors. Juden und Muslime wurden vor eine grausame Wahl gestellt: entweder zum Christentum zu konvertieren, massakriert zu werden oder das Land zu verlassen. Und wohin flohen die Hunderttausende von Juden, die sich weigerten, ihren Glauben aufzugeben? Fast alle von ihnen wurden mit offenen Armen in muslimischen Ländern aufgenommen. Die sephardischen „spanischen" Juden siedelten in der ganzen muslimischen Welt von Marokko im Westen bis zum Irak im Osten, von Bulgarien, (im Norden, damals ein Teil des ottomanisch- türkischen Reiches) bis in den Sudan im Süden. Nirgendwo wurden sie verfolgt. Sie machten nicht die Folterungen der Inquisition, die Flammen der Ketzerverbrennungen, die Pogrome, die schrecklichen Massenvertreibungen durch, die in fast allen christlichen Ländern bis zum Holocaust stattfanden.
Warum? Weil Mohammad ausdrücklich jede Verfolgung der „Völker des Buches" verboten hat. **In der islamischen Gesellschaft war ein besonderer Platz für Juden und Christen reserviert**. Sie hatten zwar nicht völlig die gleichen Rechte, aber beinahe. Sie mussten eine besondere Steuer bezahlen, waren aber vom Militärdienst befreit – eine Übereinkunft, die vielen Juden sehr willkommen war. Es wurde gesagt, dass muslimische Herrscher die Stirne runzelten, wenn Versuche – selbst mit sanften Methoden - gemacht wurden, Juden zum Islam zu konvertieren, weil das weniger Steuereinnahmen bedeutete.
Jeder ehrliche Jude, der die Geschichte seines Volkes kennt, kann gegenüber dem Islam nur große Dankbarkeit empfinden. Er hat die Juden 50 Generationen lang geschützt, während die christliche Welt die Juden verfolgte und viele Male „ mit dem Schwert" versuchte, sie von ihrem Glauben abzubringen.

DIE GESCHICHTE über die „Ausbreitung des Glaubens mit dem Schwert" ist eine üble Legende, eine der Mythen Europas während des langen Krieges gegen die Muslime - die Wiedereroberung Spaniens durch die Christen, der Kreuzfahrer, der Abwehr der Türken, die beinahe Wien erobert hätten. Ich habe den Verdacht, dass auch der deutsche Papst ehrlich an dieses Märchen glaubt. Das würde heißen, dass das Haupt der katholischen Kirche - selbst ein namhafter Theologe - sich nicht die Mühe gemacht hat, die Geschichte der anderen Religionen zu studieren.
Warum äußerte er diese Worte in der Öffentlichkeit? Und warum jetzt?
Man kann sie jetzt nur auf dem Hintergrund des neuen Kreuzzugs von Bush und seiner fundamentalistischchristlichen Unterstützer sehen sowie seiner Slogans vom „Islamofaschismus" und „dem globalen Krieg gegen den Terror" – nachdem „Terrorismus" ein Synonym für die Muslime geworden ist. Denn für Bush's andere Helfershelfer ist dies ein zynischer Versuch, die Herrschaft über die Öl-Ressourcen der Welt zu rechtfertigen.
Es wäre nicht das erste Mal im Laufe der Geschichte, dass ein religiöses Mäntelchen über nackte wirtschaftliche Interessen gebreitet wird; es wäre nicht das erste Mal, dass ein Raubzug zum „Kreuzzug" wird.
Die Rede des Papstes passt zu diesen Bemühungen. Wer kann uns die möglichen unheilvollen Folgen voraussagen?
(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfs und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert)

Bundeswehreinsatz in Afghanistan beenden!

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Am Donnerstag, dem 28. September 2006, hat der Bundestag der erweiterten Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes zugestimmt. Mit Ja haben 492 Abgeordnete, mit Nein 71 Abgeordnete gestimmt, 9 enthielten sich ihrer Stimme. Die Bundesregierung hatte dem Parlament einen Antrag vorgelegt, in dem sie die Zustimmung des Bundestages für eine Fortsetzung bis zum 13. Oktober 2007 beantragt.
Der Gegenantrag der Linksfraktion wurde abgelehnt.
Nachfolgend dokumentieren wir eine Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag, die sich sehr kritisch mit dem Entsendebeschluss auseinandersetzt. Sie war vor der Abstimmung im Bundestag veröffentlicht worden. Mit der Prognose, dass "annähernd 90 Prozent der Abgeordneten" dem Antrag der Bundesregierung zustimmen würden, lag die Erklärung nicht ganz daneben: 86 Prozent stimmten mit ja, 12 Prozent mit Nein (knapp 2 Prozent enthielten sich).

Kassel, 28. September - Heute wird der Deutsche Bundestag zum sechsten Mal in Folge den Bundeswehreinsatz in Afghanistan um ein weiteres Jahr verlängern. Der entsprechende Antrag der Bundesregierung wird voraussichtlich mit einer sehr großen Mehrheit von annähernd 90 Prozent der Abgeordneten abgenickt. In derselben Sitzung wird die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Sudan im Rahmen von UNMIS beschlossen. Vor einer Woche stimmte das Parlament der Entsendung eines größeren Marineverbands vor die Küsten des Libanon zu. Mittlerweile gehört die Entsendung von Soldaten in alle Welt zum Routinegeschäft der Abgeordneten - Einsatzbeschlüsse werden am laufenden Band produziert.

Gegen die fünfjährige Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan und gegen die vorgesehene Verlängerung des Einsatzmandats lassen sich nach Ansicht des Bundesausschusses Friedensratschlag **fünf Gründe** ins Feld führen:

1. Die Verlängerung des Einsatzes beruht auf falschen Voraussetzungen. Wider besseres Wissen schreibt die Bundesregierung in ihrem Antrag: "Durch das Engagement der internationalen Gemeinschaft ist es gelungen, in Afghanistan eine auf demokratischen Grundsätzen basierende politische Ordnung zu etablieren ..." (Bundestags-DS 16/2573, S. 2) Ein nüchterner Blick in die afghanische Realität zeigt, dass heute Afghanistan von demokratischen Verhältnissen ähnlich weit entfernt ist wie vor fünf Jahren. In den meisten Regionen regieren Warlords und Drogenbarone. Die Autorität der afghanischen Regierung reicht kaum über die Grenzen der Hauptstadt Kabul hinaus. Dass gerade in diesem Jahr Gewalt, Terror und Drogenhandel in Afghanistan so stark zugenommen haben, zeigt die Erfolglosigkeit der unter UNO-Flagge operierenden, von der NATO geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF). Nach Presseberichten von heute klärte der deutsche Botschafter in Kabul, Hans-Ulrich Seidt, den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages gestern unter strengster Geheimhaltung über die wahre Gefährdungslage in Afghanistan auf. Es könne zur "Katastrophe" kommen, soll er laut Teilnehmern der Sitzung gewarnt haben. Insbesondere der Süden Afghanistans sei von den NATO-Soldaten militärisch nicht zu gewinnen.

2. Die Menschenrechtssituation hat sich nicht entscheidend verbessert. Berichte von amnesty international und Human Rights Watch zeigen, dass die Sicherheit der Menschen vor kriminellen oder terroristischen Angriffen genauso wenig gestärkt wurde wie die Rechte der Frauen und Mädchen. Die Situation hat sich nach Ansicht der afghanischen Frauenministerin Massouda Jallal in weiten Teilen des Landes sogar noch verschlechtert. Erst am Montag ist die höchste Vertreterin des afghanischen Frauenministeriums in der Provinz Kandahar bei einem Anschlag getötet worden. Andauernde Enthüllungen über die Misshandlung von Gefangenen durch US-Truppen tragen ebenfalls nicht dazu bei, in der afghanischen Gesellschaft den Respekt vor der universellen Gültigkeit der Menschenrechte zu erhöhen.

3. Die Bundeswehr hat neben der Übernahme des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif ihr Einsatzgebiet inzwischen auf ganz Afghanistan ausgedehnt, und zwar "bei Bedarf" und "zeitlich und im Umfang begrenzt". Den "Bedarf" definiert der NATO-Stab, der den ISAF-Einsatz befehligt. Der NATO-Rat hat heute in Brüssel beschlossen, die "Tätigkeit" von ISAF auch auf den heiß umkämpften Osten des Landes einschließlich des afghanisch-pakistanischen Grenzgebiets auszudehnen. Damit wächst, wie Verteidigungsminister Jung verschiedentlich eingestanden hat, das Risiko, auch in größere Kampfhandlungen verwickelt zu werden. Darüber hinaus wird es immer wahrscheinlicher, dass die Bundeswehr explizit auch zur militärischen Bekämpfung des Schlafmohnanbaus herangezogen wird, obwohl dies das bisherige Mandat ausdrücklich ausschließt. Alle bisherigen Erfahrungen (z.B. aus Kolumbien) zeigen, dass der Kampf gegen die Produktion von und den Handel mit Opium militärisch nicht zu gewinnen ist.

4. Ein besonders heikler Punkt ist die Vermischung zweier ursprünglich getrennter militärischer Missionen in Afghanistan: das UN-mandatierte ISAF und der von den USA 2001 begonnene Krieg "Enduring Freedom". Seit fünf Jahren kämpfen - mit zeitweiligen Unterbrechungen - Einheiten der deutschen Spezialtruppe KSK (Kommando Spezialkräfte) in Afghanistan Seite an Seite mit US-amerikanischen und britischen Kampftruppen. Die Bundesregierung weigert sich beharrlich, über die Aktivitäten des KSK Auskunft zu geben. Das Parlament und erst recht die Öffentlichkeit wissen nicht, in welche Kriegshandlungen diese Sondereinheiten verwickelt sind. Für Spekulationen, wonach deutsche Soldaten auch an Kriegsverbrechen, das heißt an groben Verstößen gegen die Genfer Konventionen beteiligt seien, trägt also allein die Bundesregierung die Verantwortung. Auch der heute verabschiedete Einsatzbeschluss schweigt sich über das Mandat für die deutschen Elitekämpfer aus. Festzustellen ist, dass durch die bewusste Vermischung von UN-Mandat und Kriegseinsatz die UN-Truppe ISAF zur Kriegspartei wird. Deutschland wird sich darauf einstellen müssen, Objekt gegnerischer Angriffe zu werden.

5. Der Afghanistan-Einsatz verschlingt in nur einem Jahr 460 Mio. Euro. Der Gesamtbetrag für die "Verteidigung" Deutschlands am Hindukusch hat die Zwei-Milliarden-Grenze weit überschritten. Damit gibt Deutschland für einen zweifelhaften Militäreinsatz ein Vielfaches von dem aus, was in dringend notwendige zivile Hilfsprojekte geflossen ist oder noch fließen wird.

Fazit: Deutschland sollte sich so schnell wie möglich aus dem militärischen Teil des Afghanistan-Engagements zurückziehen. Ein erster Schritt wäre der sofortige Abzug der KSK-Truppe. Deutschland wäre gut beraten, in den Gebieten, wo dies möglich ist, humanitäre, wirtschaftliche und soziale Projekte einschließlich eines anreizbezogenen Ersatzes von Schlafmohnanbau zu fördern. Eine Aufstockung der Mittel wäre bei gleichzeitigem Herunterfahren des Militäreinsatzes kein Problem.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)

http://www.uni-kassel.de